Nr. 47 — Halle (Saale), Mittwoch den 25. Februar 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 49/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/48. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Nieder mit uns?

Als der deutsche Landwirtschaftsrat vor ein paar Wochen seine Sitzungen abhielt, um die Wünsche und Forderungen der Agrarier zu verkünden, erschien auch der Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, um in einer Tischrede seine Ergebenheit für die Sache der Junker zu äußern. In dieser Rede sprach er auch von der Bekämpfung der Sozialdemokratie als seiner wichtigsten Aufgabe, und seine Hörer stimmten ihm voll Ueberzeugung zu. Und nicht nur die dort versammelten Agrarier, sondern auch die Unternehmer, die Scharfmacher, sprechen sich, wenn sie zusammenkommen, in derselben Weise aus; die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist das wichtigste Ziel der ganzen besitzenden, staatserhaltenden, ordnungsliebenden Klasse. Man kann auch ruhig annehmen, daß keine Versicherung aufrichtiger gemeint ist und tiefer aus dem Herzen kommt. Mögen die Herren des Bodens und der Fabrik sonst noch so viel heucheln und flunkern — daß sie die Sozialdemokratie für ihren schlimmsten Feind halten und sie gern vernichten möchten, das ist ihnen aufs Wort zu glauben.

Und dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Beteuerungen nicht ernst gemeint sind. Die Taten stimmen nicht zu den Worten. Wären diese Kampfrufe etwas mehr als schöne Gefühlsergüsse, wären sie als Richtschnur des praktischen Handelns bestimmt, dann müßte zuerst die Frage geprüft werden: Durch welche Ursachen ist die Sozialdemokratie so mächtig geworden? Dann erst könnte man daran gehen, diese Ursachen wegzuräumen.

Und dann müßte jeder dieser Herren, vom Reichskanzler bis zum Fabrikdirektor oder Landrat, eigentlich sein Gewand zerreißen, Asche auf sein Haupt streuen und rufen: mea culpa, mea maxima culpa: meine Schuld, meine allergrößte Schuld!

In der Tat, was haben sie nicht alles getan, die Sozialdemokratie mit Gewalt großzuzüchten! Noch vor kurzer Zeit haben sie den Arbeitern die Selbstverwaltung in den Krankenkassen genommen, um dort ihre Kreaturen unterzubringen, so daß die Kranken, statt wie bisher von ihren Vertrauensmännern Auskunft zu bekommen, von Bureaukraten und pensionierten Offizieren angeschnauzt werden. Suchen die Arbeiter wegen der drückenden Teuerung um Lohnerhöhung nach, so wird diese von den Kapitalisten, trotz ihrer Millionen an Dividenden, brüsk verweigert; treten sie in den Streik ein, dann wird unter dem Schutze der hohen Obrigkeit bewaffnetes Gesindel auf sie losgelassen, dann werden sie von den Schutzleuten von der Straße weggewiesen, dann werden Maschinengewehre aufgefahren, und Agrarier und Fabrikanten fordern brüderlich ein absolutes Verbot des Streikpostenstehens. Wer treibt da die Arbeiter zur Feindschaft gegen die bestehende Staatsordnung? Oder der Unternehmerverband beantwortet den Versuch einer schlecht entlohnten Arbeitergruppe, ihre Lebenshaltung aufrecht zu erhalten, mit einer Generalaussperrung, die Hunderttausende zum Hungern und zum Nachdenken über die Vorzüge der Privatproduktion zwingt. Durch Zölle und indirekte Steuern verteuern die Herren die unentbehrlichsten Lebensmittel der Massen; soll das vielleicht dazu dienen, der Sozialdemokratie ihren Anhang zu nehmen? Wenden sich die Arbeiter an den Staat, wenn sie durch unverschuldete Arbeitslosigkeit infolge der Krise darben müssen, so wird ihnen gesagt: wir können nichts tun, helft euch selbst; Staatshilfe ist nur für die Besitzenden da. Wenn sie, um sich selbst zu helfen, eine Volksfürsorge gründen, haben sie die giftigsten Anfeindungen auszuhalten. Und wenn sie die Straße benutzen, um für ihre Forderungen öffentlich zu demonstrieren, so wird die bewaffnete Schutzmannschaft aufgeboten, die nicht nur die Demonstranten, sondern auch die zufällig dort spazierenden harmlosen Spießer niederhäbelt. Ist es da ein Wunder, daß die Partei des Umsturzes immer mehr stille und offene Anhänger bekommt?

Die Sache ist ja furchtbar einfach. Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck des Hasses gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Die Massen wollen den Sozialismus, weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung für sie unerträglich ist. Alles, was die bestehende Ordnung unerträglicher macht, alles, was die Armut, das Leiden, das Gefühl der Rechtlosigkeit bei den Massen stärkt, muß daher auch die Sozialdemokratie stärken, die diese Ordnung bekämpft. Die Unternehmer, die Junker, die Regierung, die das arbeitende Volk ausbeuten und unterdrücken, die auf deren Beschwerden nicht hören und bei jedem Versuch der Selbsthilfe sofort mit Entrechtung und Gewalt zur Hand sind, sie sind die besten Agitatoren für die Sozialdemokratie. Und wenn sie dann zusammenkommen, über das unaufhaltsame Wachstum der Sozialdemokratie jammern und zum Kampfe gegen sie aufrufen, dann kann man nur sagen, daß ihre Taten zu ihren Worten im schroffsten Widerspruch stehen. Wer wirklich den Sozialismus als ein Unheil fürchtet und im Interesse der Menschheit die bürgerliche Ordnung mit allen Mitteln zu erhalten sucht, der muß gerade den umgekehrten Weg einschlagen. Wir können das beste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hier ruhig verraten, da es gar kein Geheimnis ist und der Bourgeoisie von radikal-bürgerlichen Theoretikern hundertmal vorgehalten wurde. Schafft die Zölle und Steuern auf Lebensmittel ab; gewährt den Arbeitern anständige Löhne; unterstützt sie bei unverschuldeter Not; sorgt dafür, daß bei Arbeitsstreitigkeiten die Behörden die strengste Unparteilichkeit üben; faßt den Massen in der Ausübung aller politischen und bürgerlichen Rechte die größte Freiheit, so daß sie sich nie unterdrückt oder entrechtet fühlen; kurz, macht, daß die Massen mit der heutigen Ordnung zufrieden sind, — und mit der Sozialdemokratie als Massenbewegung ist es aus.

Das ist nicht völlig abstrakte Phantasie. Daß die Sozialdemokratie in anderen kapitalistisch gleich hoch entwickelten Ländern, wie England und Amerika, soviel schwächer ist als hier, kommt wesentlich durch die größere Freiheit der Betätigung und der Ausübung bürgerlicher Rechte. Und jeder weiß, daß gelegentliche Konzessionen das beste Mittel sind, die Unzufriedenheit der Massen zu beschwichtigen, wenn man einen allzu starken Zuwachs der Sozialdemokratie befürchtet. Aber trotzdem erscheint die Welt hier auf den Kopf gestellt, daß wir Sozialdemokraten seelenruhig das beste Mittel zu unserer Bekämpfung hervorheben und sogar unsere Mitarbeit versprechen, während die herrschenden Klassen zu diesem einzig tauglichen Mittel nicht greifen wollen und gerade das Gegenteil machen.

Die Lösung dieses Widerspruchs liegt darin, daß die herrschenden Klassen zu diesem Mittel nicht greifen können! Gelegentliche kleine Anläufe in dieser Richtung werden gemacht, in dem einen Lande mehr als in dem anderen; aber dann geht es immer wieder in einer anderen Richtung. Das neuerliche Wachstum der Sozialdemokratie in England und Amerika als Wirkung wachsender Not und gewaltsamer Unterdrückung beweist, daß man dort umgekehrt dem deutschen Beispiel immer mehr nachfolgt. Und die Ursache wird sofort klar, wenn man die Frage stellt, weshalb die Kapitalisten und Agrarier von dem Sozialismus nichts wissen wollen. Die bürgerliche Gesellschaft mit Privateigentum und Privatwirtschaft ist die Gesellschaft der Ausbeutung und des Profits; der Sozialismus bedeutet die Aufhebung des Profits. Der Profit, das arbeitslose Einkommen durch die Ausbeutung anderer, ist ihnen Sinn und Zweck der ganzen Menschenwelt; Freiheit, Despotismus, Konkurrenz, Monopol, es ist ihnen alles recht, wenn es nur den Profit erhöht. Die heutige Gesellschaftsordnung ist ihnen nur Mittel zum Zweck des Profits; weil aber das Mittel immer dem Zweck untergeordnet ist, muß ihnen der Gedanke absurd erscheinen, den Profit der Sicherung dieser Ordnung zu opfern — es sei denn, daß ihnen das Wasser am Halse steht. Gewiß ist es ein schönes Ding, wenn die Arbeiter zufrieden sind und nicht auf Umsturz sinnen; wenn aber diese Zufriedenheit nur durch Preisgabe eines erheblichen Teils des Profits oder durch Richteinmischung der Behörden bei Streiks zu erkaufen ist, dann fort damit. Der Profit ist eine Sache von heute, die Gefährdung der Ausbeutung überhaupt durch die wachsende Unzufriedenheit der Massen ist eine Sache der fernen Zukunft — nach uns die Sintflut! Daher kann die besitzende Klasse nicht daran denken, die Sozialdemokratie durch Mittel zu bekämpfen, die ihren Profit schmälern; sie würde damit ihrer tiefsten Natur zuwider handeln.

Was bedeuten dann aber die Redensarten von der Bekämpfung der Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie ist für die herrschende Klasse der Inbegriff alles dessen, was die Arbeiter kampffähig, selbstbewußt und widerspenstig macht. Und mit Recht, denn der Kampf gegen das Prinzip der Ausbeutung ist mit dem Kampfe für direkte Verbesserungen auf Kosten des Profits untrennbar verbunden. Was die Ausbeuter in der Theorie unseres sozialen Endziels hassen, ist vor allem die kampfstolze Praxis der Arbeiterbewegung von heute. Wenn sie Bekämpfung der Sozialdemokratie sagen, ist das aufrichtig gemeint — aber sie verstehen darunter nichts anderes, als die Verteidigung ihres Profits. Daher meinen die Herren des Landwirtschaftsrats, der Regierung und der Fabrik, wenn sie einander die Pflicht der Bekämpfung der Sozialdemokratie einschärfen, damit etwas ganz anderes: gewaltsame Niederhaltung der Massen, damit diese unbehindert noch schlimmer geschröpft und ausgebeutet werden können — mag damit die Sozialdemokratie auch weiter gestärkt werden. Denn daß dies die Wirkung sein muß, darüber werden die Herren sich keinen Augenblick im unklaren befinden.

Ein Protest

gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg.

In Frankfurt a. M. hat das unglaubliche Urteil der Frankfurter Strafkammer gegen Genossin Rosa Luxemburg bereits zu einem flammenden Massenprotest geführt. Während sich draußen auf den Straßen der Mummenschanz austobte, fanden am Sonntage drei mit vielen Tausenden gefüllte Protestversammlungen statt, in denen Genossin Luxemburg und ihre beiden Verteidiger, Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. Levy-Frankfurt, referierten. Die Versammlungen, in denen die Referenten oftmals mit nicht endenwollendem Beifall unterbrochen wurden, waren ein Beweis dafür, wie wenig die Härte der Justiz den Mut von Sozialdemokraten zu brechen vermag.

Die aufrichtige Begeisterung über den moralischen Sieg, den wir errungen haben, so rief die Genossin Luxemburg den Tausenden entgegen, hat, wie ich sehe, Sie genau so wie mich ergriffen. Wir haben allen Grund, begeistert, froh und stolz zu sein, weil unsere Feinde durch dieses Urteil gezeigt haben, wie sie vor uns zittern. Man glaubt nun, einen Schlagruf gefunden zu haben. Jeder, der es wagt, an den Grundfesten des Staates zu rütteln, der wird zwölf Monate ins Gefängnis geworfen. Aber dieser Glaube ist irrig. Als ob 12 Monate ein Opfer wären für einen Menschen, der in der Brust die Gewißheit hat, für die ganze Menschheit zu kämpfen. Dieser Prozeß beleuchtet so richtig unsern ganzen Klassenstaat. Hier stehen sich zwei Welten gegenüber, die wegen der vollständigen Unfähigkeit, unsere Ziele zu begreifen, nicht überbrückt werden können. Deshalb gibt es keinen Pardon! Man wollte ein Opfer treffen, aber was bedeutet die Lappalie von einem Jahre Gefängnis gegen jenes Löbtauer Schreckensurteil, das jetzt sein zehnjähriges Jubiläum feiern kann. Gibt es nicht schon Opfer massenhaft? Sind die Tausende von Familien, die in Not und Elend leben, nicht auch ein Opfer des Klassenstaates? Aber je mehr Opfer, um so mehr werden sich um uns scharen.

Doch dieses Urteil hat auch politische Bedeutung. Seit dem berüchtigten Liebknechtschen Hochverratsprozeß haben wir ein solches Urteil nicht mehr erlebt. Damals mußte man sich noch unter die Fittiche des Hochverrats flüchten, heute genügt schon der § 10, um auf ein annähernd gleiches Strafmaß zu kommen. Dieses Urteil hat, wie mein Verteidiger Dr. Rosenfeld ganz richtig ausführte, die Reform des Strafgesetzbuches vorweg genommen, das eine ausgesprochene Klassenrichtung gegen die Sozialdemokratie hat. Die Zeichen der immer stärker werdenden Reaktion geben uns die Lehre, daß wir unsere Aufmerksamkeit verdoppeln und daß wir zum Angriff übergehen müssen, wenn wir uns nicht alles gefallen lassen wollen. (Stürmischer Beifall.)

In dieser Beziehung gibt uns der Prozeß noch andere heilsame Lehren. Er erweist sich als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Der Staatsanwalt hat die Höhe des Strafmaßes damit begründet, daß er sagte, ich habe den Lebensnerv des heutigen Staates treffen wollen. Sie hören, verehrte Anwesende, die Agitation gegen den heutigen Militarismus ist ein Angriff auf den Lebensnerv des Staates. Sie sehen, der Lebensnerv unseres heutigen Staates ist nicht der Wohlstand der Massen, nicht die Liebe zum Vaterlande, nicht die ganze Kultur, nein, es sind die Bajonette.

Dieses offene Bekenntnis des Staatsanwalts wollen wir festhalten und als die wichtigste Lehre mit nach Hause nehmen.

Gegen diesen Lebensnerv wollen wir kämpfen vom Morgen bis zum Abend mit all unserer Kraft. Wenn unsere preußischen Staatsanwälte des roten Glaubens sind, daß unser Hauptmittel im Kampfe gegen den Militarismus darin bestehen, daß wir den Soldaten in dem Augenblick hindern wollen, wenn er den Arm hebt, um die Waffe loszudrücken, so irren sie sich. Die Hand wird vom Hirn geleitet. Auf dieses Hirn wollen wir einwirken, das ist geistiges Sprengpulver. (Stürmischer Beifall.)

Und noch etwas möchte ich hier sagen, was ich verschmähte, dem Staatsanwalt gegenüber auszuführen: Er hat auf meine besondere Gefährlichkeit hingewiesen, weil ich dem extremsten radikalen Flügel unserer Partei angehöre. Aber wenn es gilt, gegen den Militarismus zu kämpfen, da sind wir alle einig, da gibt es keine Richtungen. (Beifall.) Da stehen wir alle wie eine Mauer gegen diese Gesellschaft. (Brausender Beifall.)

Es ist nicht die Rosa Luxemburg, es sind heute bereits zehn Millionen Todfeinde des Klassenstaates. Parteigenossen! Jedes Wort der Urteilsbegründung ist ein offenes Eingeständnis unserer Macht. Jedes Wort ist ein Wort der Ehre für uns. Darum heißt es für mich, wie für euch: Zeigen wir uns dieses Ehrentitels würdig. Wollen wir immer eingedenk sein der Worte unseres verstorbenen Führers August Bebel: Ich bleibe bis zu meinem letzten Atemzug der Todfeind der bestehenden Gesellschaft. (Jubelnder Beifall.)

In den Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutigen Massenversammlungen erheben flammenden Protest gegen das die Genossin Luxemburg zu einem Jahre Gefängnis verurteilende Erkenntnis der Frankfurter Strafkammer. Die Versammlung sieht in dem Urteil das Zugeständnis, daß die sozialdemokratische Partei in ihrem Kampfe gegen den Militarismus den heutigen Klassenstaat in seinem Lebensnerv trifft. Sie geloben, in Zukunft noch viel schärfer als bisher, gemäß den Worten des Staatsanwalts als Todfeind der bestehenden Gesellschaftsordnung bis zum letzten Atemzug zu kämpfen.

Nach Schluß der Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die die Straßen absperrte. Es gelang aber plötzlich der Genossin Luxemburg, in Begleitung zweier Parteigenossen unterkannt die Schutzmannskette zu durchbrechen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hat gegen das Urteil der Strafkammer Revision angemeldet.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 24. Februar 1914.

Der Landtag gegen den Reichstag.

Die preußische Reaktion schreitet zielbewußt auf dem Wege fort, sich im Dreiklassenparlament in die Reichspolitik einzumischen. Während sonst im Landtage niemals über die auswärtige Politik gesprochen wurde und im vorigen Jahre ein Versuch des nationalliberalen Abgeordneten vom Rath, darauf einzugehen, vom Präsidium zurückgewiesen worden ist, hat am Montag der Seniorenkonvent, der natürlich unter Ausschluß der Sozialdemokraten tagt, eine förmliche Richtschnur über die Behandlung der auswärtigen Politik im Landtage beschlossen. Man einigte sich nämlich dahin, daß die auswärtige Politik nur bei der ersten Lesung des Etats und bei der Generaldebatte der dritten Lesung besprochen werden könne; daß dagegen in der zweiten Lesung bei dem Titel Minister der auswärtigen Angelegenheiten nur solche Dinge zur Sprache gebracht werden dürfen, die mit der Tätigkeit der betr. Beamten im Zusammenhange stehen. Infolgedessen wird man also von jetzt ab im preußischen Landtage Debatten über die auswärtige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0001

Politik erleben, die ausschließlich vor den Reichstag gehören. — Nächste Woche wird zunächst die Besoldungsnovelle und das Kommunalabgabengesetz beraten werden.

Wie die Fürsten unser Geld verschleudern.

Die halbamtliche Presse teilt mit, daß in einigen Wochen ein Wechsel in der Person des dem Zaren von Rußland attachierten deutschen Militärbevollmächtigten stattfinden wird. General der Kavallerie Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten wird durch den dienstuenden General à la suite Generalleutnant von Chelius ersetzt werden, der sich bereits im Mai auf seinen neuen Petersburger Posten begibt.

Den Abgang des Grafen Dohna hätte man dazu benutzen müssen, diese Stelle nicht mehr zu besetzen. Der Graf war lediglich dem Gefolge des Zaren von Rußland beigegeben, und der russische Kriegszar hat dafür den russischen General Taktischew zum Gefolge Wilhelms II. kommandiert. Es handelt sich also um eine Aufmerksamkeit, die die beiden Herren einander erwiesen haben. Das deutsche Volk muß dafür pro Jahr 60 000 Mk. bezahlen! Die Geschäfte eines deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg werden von einem anderen höheren sehr hoch bezahlten deutschen Offizier geleitet. Graf Dohna beleidete in Petersburg nur eine höfische Stellung, und es besteht nicht der mindeste Anlaß, ihm nun einen Nachfolger zu geben. Unterbleibt das, dann wird Rußland vermutlich den russischen Begleiter Wilhelms II. ebenfalls zurückziehen — eine Lösung, die im Interesse der Steuerzahler hüben und drüben nur mit Freuden zu begrüßen wäre. Hoffentlich streicht der Reichstag jetzt die Mittel für diese höfische Stellung, denn für das deutsche Volk liegt wirklich nicht der mindeste Anlaß vor, jährlich 60 000 Mk. aufzuwenden für eine sogenannte Aufmerksamkeit, die dem russischen Zaren erwiesen werden soll.

Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Am Sonntag fand wieder eine große Versammlung in Braunschweig statt, die den Volksmassen Gelegenheit geben sollte, das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht mit Nachdruck zu fordern. Gen. Landtagsabg. Ströbel Berlin sprach über **den politischen Massenstreik als Waffe im Wahlrechtskampfe.** Die Versammlung nahm die folgende Resolution einstimmig an:

Die am Sonntag, den 22. Februar, im Konzerthause versammelten Männer und Frauen protestieren entschieden gegen das jetzige Landtagswahlrecht. Sie erklären mit allem Nachdruck, den Wahlrechtskampf weiterführen zu wollen und **gegebenenfalls vor dem äußersten Mittel, dem Massenstreik, nicht zurückzuschrecken.** — Die Versammelten geloben: unablässig für den Ausbau der Organisationen zu wirken und **in ihren Versammlungen den Massenstreik zu propagieren.** — An die Regierung und an die herrschende Klasse richten **die Versammelten die Mahnung, eingedenk zu sein, daß noch wie eine Volksbewegung durch Soldaten, durch Polizeisäbel oder Gummiknüppel niedergehalten wurde. Nur** Organe, die sich ihrer Verantwortlichkeit nicht bewußt sind, **können derartige Mittel empfehlen. — Die Versammlung erwartet, daß Regierung und der demnächst zusammentretende Landtag erneut in die Verhandlung zwecks Abänderung** des jetzigen Wahlrechts eintritt und daß diese Verhandlung endlich dem Wunsche des Volkes auf **Gewährung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts Rechnung trägt.**

Weiter protestierte die Versammlung in einer Resolution gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg. Nach der Versammlung formierte sich die Masse zu einem großen Zuge, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte. Die Polizei hatte wieder zahlreiche Straßen abgesperrt, auch das Militär war konsigniert; zu ernsten Zusammenstößen kam es jedoch nicht. Die Polizei muß sich schon darein finden, daß die Massen die Straße für sich in Anspruch nehmen. Einige Verhaftungen erfolgten.

Die bürgerlichen Demokraten haben gleichfalls eine Versammlung veranstaltet, in der Herr von Gerlach sprach und das Bürgertum aufforderte, sich den Arbeitern im Wahlrechtskampfe anzuschließen.

*

Die Polizei läßt folgendes schauerliche „Stimmungsbild" melden: Eine große Menge meist nur junges Volk hielt die Hagenbrücke und die angrenzenden Straßenzüge dicht besetzt. Als die berittene Polizei sich nach wiederholten Vorstößen durch die Langestraße zurückziehen wollte, wurde auf die Polizeibeamten urplötzlich ein Bombardement von oben eröffnet. Flaschen, Teller, Briketts, allerhand Küchengeräte, kalte und warme Wassergüsse kamen herab. Ein besonders heißer Wassergruß traf den Rücken eines Pferdes, das sich hoch aufbäumte und seinen Reiter abwarf. Im Laufe des Montags wurden Nachforschungen in der Langenstraße angestellt, nach den Personen, die sich an dem Angriff auf die Polizei beteiligt haben.

Beachtet den Schnapsboykott.

Die Spirituszentrale hat in ihren Verhandlungen mit den Destillateurvereinen über die Höhe der zu gewährenden Rabatte nach mehreren Zeitungsmeldungen auf „die Festlegung von Mindeststärken" für die gewöhnlichen Branntweine hingewirkt. Zwar hat sie das nicht zu einer absoluten Bedingung gemacht, aber doch offen ausgesprochen, daß die Normierung von Mindestgrenzen ihr außerordentlich erwünscht wäre. In den Kreisen der Destillateure wird daher angenommen, daß die Spirituszentrale die Einführung von Mindeststärken sicherlich zur Bedingung machen wird, daß sie auch nach dem 1. Oktober weiter Rabatte gewähren wird. Der Grund dieser Verhandlungen ist, daß der Spirituszentrale der Rückgang des Branntweinkonsums unter der Arbeiterschaft höchst unangenehm ist. Deshalb sollen die Destillateure verpflichtet werden, die Schnäpse nur mit einem hohen Alkoholgehalt auszuschenken, damit die Spirituszentrale möglichst viel von ihrer Produktion absetzen und den Junkern ihre Liebesgabe aushändigen kann.

Es ist Ehrenpflicht jedes aufgeklärten Arbeiters, diesen Plan zu durchkreuzen, indem der Beschluß des Leipziger Parteitags mit aller Strenge gehandhabt wird und ständig unter den Indifferenten der Schnapsgenuß durch die Aufklärung über die Vorteile bekämpft wird, die die Erzfeinde der Arbeiter aus dem Schnapskonsum ziehen.

Deutsches Reich.

— **Neue Meldungen über frühere Steuerhinterziehungen** laufen fortgesetzt ein. So wird aus Homburg v. d. H. berichtet: Im Obertaunuskreise sind bei den Wehrsteuererklärungen nach vorläufigen Berechnungen sechs Millionen Mark Kapitalvermögen mehr deklariert worden, die die reichen Patrioten bisher schamhaft vor Besteuerung geschützt hatten.

— **Zur Nachwahl in Schwetz.** Der Landrat v. Halem, dessen **Mandat von der Wahlprüfungskommission binnen Jahresfrist schon zweimal kassiert worden ist, kandidiert wieder.** — Der preußische Minister des Innern wird nunmehr hoffentlich dafür sorgen, daß die von den Reichsparteilern betriebenen skandalösen Wahlschwindeleien endlich unterbleiben. Allerdings besteht dann wenig Aussicht, daß der Landrat v. Halem noch einmal gewählt wird.

— **Unglaubliches vom „fliegenden Gerichtsstand".** Die folgende Notiz geht durch die Presse: Ein Prozeß, der deutlicher als alle früheren Prozesse darlegt, daß der sogenannte fliegende Gerichtsstand der Presse — die Möglichkeit, die Presse an jedem Orte zu verklagen, wo sie in mindestens zwei Exemplaren abonniert ist — einer gesetzlichen Abänderung bedarf, wurde, wie man uns berichtet, vor dem Schöffengericht in Hamburg verhandelt. Der Redakteur Kramer von der in Arolsen erscheinenden Waldeckschen Rundschau hatte sich wegen Beleidigung des Parteisekretärs Dr. Wulfes in Hamburg zu verantworten. Da zur Zeit des Erscheinens des beleidigenden Artikels in Hamburg kein Exemplar der genannten Zeitschrift abonniert war, so bestellte die Geschäftsleitung der deutschsozialen Partei, deren Sekretär Dr. Wulfes war, sofort zwei Exemplare der Waldeckschen Rundschau mit Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern. So wurde künstlich ein „Gerichtsstand" in Hamburg geschaffen. Der Beklagte erhob den Einwand der Unzuständigkeit des Gerichts, den aber dieses nicht anerkannte. Kramer wurde zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Eine herrliche Blüte konnte diese ungeheuerliche Gerichtspraxis wohl kaum treiben.

*

— **Die Schnapswahl im Schulhause.** Aus Köln wird unserm Zentralorgan Vorwärts geschrieben: In Badorf bei Köln entwickelte sich im Flur des Schulhauses, das als Wahllokal diente, bei der Nachwahl in Köln-Land ein richtiges Schnapsgelage. Manche Literflasche Fusel wurde spendiert und geleert. Wer den Schnaps geliefert hatte, konnte zwar nicht festgestellt werden, aber es kann nur eine für die Wahl des Zentrumskandidaten interessierte Person gewesen sein. Vor allem als abends die Bergarbeiter anrückten, die vielfach schon zu den unsicheren Kantonisten des Zentrums gehören, floß der Fusel in Strömen. Und der kostenlose Schnapsausschank übte eine starke Anziehungskraft auf die Leute aus. Es war natürlich auch ein leichtes, den durch Schnaps animierten Wählern, die sich mühsam durch das Gedränge wandten, hinter der Tür den „falschen" Zettel, den sie draußen bekommen hatten, wieder abzunehmen und ihnen den „richtigen" in die Hand zu drücken. Auch in dem Schulzimmer, das dem Wahllokal gegenüber lag, kreiste fleißig die Schnapsflasche. Kurz vor Wahlschluß erschien der Herr Pfarrer, und als man ihm mitteilte, daß die Wahlbeteiligung 90 Prozent betrage, rief er aus: „Deo gratias!" (Gott sei Dank!) Dann nahm er, das eigentliche Oberhaupt von Badorf, auf dem Katheder Platz. Dort thronte er während der Feststellung des Ergebnisses; ein für die Wahl in Köln-Land wahrhaft symbolisches Bild. Das Stimmenresultat war entsprechend: Auf Kuckhoff fielen 337, auf Sollmann 33 Stimmen. Aus rauhen Schnapskehlen wurde der Sieg jubelnd begrüßt.

— **Saalboykott des Zentrums gegen die echten Katholiken.** Gegen seine integralen (auf sich selbst stellenden) Glaubensbrüder scheut das Zentrum selbst vor Kampfmitteln nicht zurück, die sonst nur gegen die gottlosen Sozialdemokraten und Liberalen gebraucht werden. Am 5. März wollte Pfarrer Niborowski, der Anhänger Oppersdorffs, dem man kürzlich so übel mitgespielt hatte, eine neue Versammlung im Elisabethhause abhalten. Aber nachdem das Zentrum auf die Verwaltung dieses katholischen Vereinshauses gedrückt hat, wurde der Saal verweigert. Die Zentrumsschäflein begnügen sich also nicht damit, ihren Pfarrer „Schauspieler" und „Demagoge" zu betiteln, wie das in der letzten Versammlung geschah, sie treiben den geweihten Priester, der vormittags in der Kirche predigte, nachmittags aus dem Vereinshause hinaus. Vielleicht muß er jetzt im — Gewerkschaftshause um Gastfreundschaft bitten.

Frankreich.

Das Dreijahrgesetz und die Soldatenerkrankungen vor der Kammer. Die Besprechung der Interpellation über den Gesundheitszustand in der Armee wurde am Montag fortgesetzt. Der Abgeordnete Albert Denis, Bürgermeister von Toul, versuchte den Nachweis zu führen, daß der Gesundheitszustand im französischen Heere bis zum 1. Januar 1914 ein recht befriedigender gewesen sei, sich von diesem Augenblick aber mit dem Eintritt der großen Kälte verschlimmert habe. Für die Massenerkrankungen sei also keineswegs die dreijährige Dienstzeit verantwortlich zu machen. Kriegsminister Noulens gab den Ernst der Lage zu und behauptete, daß die Militärverwaltung keineswegs die Absicht habe, die Krankheitsfälle zu verschleiern. Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, der Regierung das Vertrauen auszusprechen und die bisherige Kommission zur Untersuchung des Gesundheitszustandes in der Armee mit erweiterten Vollmachten bestehen zu lassen. Zum Schlusse der Interpellation stimmte die Kammer mit 385 gegen 25 Stimmen für die von der Regierung angenommene parlamentarische Untersuchung, mit der die gegenwärtig bestehende Gesundheitskommission beauftragt werden wird.

England.

Die Erschießung des Farmers Benton in Mexiko kam am Montage im Unterhause zur Sprache. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen erklärte auf eine Anfrage im Parlament, daß die englische Regierung eine Intervention in Mexiko für unnütz und politisch unzweckmäßig halte. Wenn es nötig sei, werde die englische Regierung schon Mittel und Wege finden, Leben und Eigentum ihrer Untertanen zu schützen. — Sir Edward Grey teilte in längeren Ausführungen Einzelheiten über den Tod Bentons mit. Er sagte unter anderem, Staatssekretär Bryan habe dem britischen Botschafter mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten zwar jede Verantwortlichkeit für General Villas Handlungen ablehnen müßten, daß aber ihr Konsul allen Einzelheiten nachgehe und baldmöglichst berichten werde. Ueber etwaige fernere Schritte will sich Grey mit dem britischen Botschafter und der Regierung der Vereinigten Staaten beraten.

Rußland.

Schnapspest und Volkswohlstand. Es liegt etwas Tragikomisches in dem Umstande, daß der Finanzminister und Ministerpräsident Kokowzew unter der Mitwirkung seines Vorgängers Witte über das Schnapsmonopol gestolpert ist, das ihm von seinem Vorgänger als Fundament der russischen Finanzwirtschaft überliefert worden war. Indes wäre es falsch anzunehmen, daß dies die Hauptursache seines Falles gewesen ist. Einer der einflußreichsten rechtsstehenden Reichsratsmitglieder äußerte sich dahin, es sei „nicht der Schnaps, der Kokowzew gestürzt habe". Schon als Kokowzew 1904 das Finanzministerium übernahm, belief sich der Schnapskonsum pro Kopf der Bevölkerung — die Säuglinge und Frauen mit inbegriffen — auf 10,5 Flaschen. Jetzt ist dieser Konsum auf über 12 Flaschen gestiegen, und diese Steigerung, in Verbindung mit dem ganzen Apparat der fiskalischen Politik Kokowzews hat in den letzten zehn Jahren eine Steigerung der Monopoleinnahmen um eine halbe Milliarde ergeben. Dies ist die Konsequenz eines Finanzsystems, das die Trunksucht steigern muß, um die ungeheuren Ausgaben für Militär, Polizei und Schuldendienst zu decken, und das ins Wanken gerät, wenn es die Basis seiner Existenz, die Schnapspest, anzutasten wagt. **Welche Ergebnisse diese Politik für den Volkswohlstand** zeitigt, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor, die die beste Charakteristik der vielgerühmten Aera Kokowzew bildet. Es beliefen sich nach amtlichen Angaben:

	auf den Kopf der Bevölkerung		
	Schnapskonsum	Erwerb	Ersparnisse
1904 . . .	10,5 Flaschen	102 Rubel	68,3 Kopeken
1906 . . .	12 „	120,2 „	36,1 „
1910 . . .	11,3 „	170 „	22 „

Die relative Steigerung des Geldlohnes wird wett gemacht durch die ungeheure Lebensmittelteuerung, während der zunehmende Schnapskonsum (er beläuft sich jetzt auf über 12 Flaschen pro Kopf der Bevölkerung bei einem Gesamtkonsum von 107 Millionen Eimer im Jahre 1913) die geringfügigen Ersparnisse noch mehr herabdrückt.

Die Zarenjustiz gegen die Bauern. Im Saratower Kreise wurden über 1000 Bauern zur Haft bis auf einen Monat verurteilt, weil sie ihre Gehöfte, die wegen der Rückstände an Abgaben aufgeschrieben waren, nicht zum Ausgebot stellten. Die Bauern werden in Scharen in die Gefängnisse gebracht.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Frauentag.

beginnt sich auch in der Schweiz immer mehr und mehr einzubürgern. In diesem Jahre werden an 32 Orten des Landes Demonstrationsversammlungen abgehalten werden. Als Beweis des Fortschreitens der proletarischen Frauenbewegung kann betrachtet werden, daß in diesen Versammlungen neben einem referierenden Genossen noch je eine Genossin referieren wird. Noch vor wenigen Jahren schien es ganz unmöglich, daß wir in unserem kleinen Ländli, so wird uns aus Zürich berichtet, mit seinen vier Sprachgebieten zweiundvierzig proletarische Rednerinnen aufbringen können, — diesmal haben wir es zuwege gebracht. Besonders erfreulich ist es, daß es sich dabei nicht um die Frauen rühriger Genossen handelt, wie es früher in der Frauenbewegung der Fall war, sondern zu einem großen Teil um erwerbende Frauen, die den Lehrerinnen, Aerztinnen, Rechtsanwalts- und Fabrikinspektorsberuf ausüben. Auch dies ist ein erfreuliches Symptom dafür, daß die Bewegung der sozialistischen Frauen vorwärts schreitet. Die schweizerischen Frauen werden sich am achten März denen des Auslandes völlig ebenbürtig erweisen.

Gewerkschaftliches.

Ist „Streikbrecher" eine Beleidigung?

Welch naive Frage, wird der Leser sagen. Natürlich gilt das auf alle Fälle als Beleidigung; und wenn wirklich mal ein Freispruch erfolgt, wird er wieder aufgehoben. Dafür ein neues Beispiel: Im August 1913 fand bekanntlich in Stettin ein Werftarbeiterstreik statt. In einer in Stettin abgehaltenen Versammlung der Vulkan-Arbeiter wurde an den Referenten Kupferschmied Kühne die Frage gerichtet, wie man die drei Leute bezeichne, die aus Hamburg nach Stettin gekommen seien, und, obwohl sie wußten, daß auf dem Vulkan gestreikt werde, Arbeit annahmen. Kühne antwortete: diese Leute seien als Streikbrecher zu bezeichnen. Das Fachorgan des Verbandes, der Kupferschmied, berichtet über die Versammlung und brachte auch den erwähnten Ausspruch. Die drei Hamburger Kupferschmiede, ein Werkmeister und zwei Vorarbeiter, stellten deshalb gegen Kühn und den Redakteur des Kupferschmied, Gen. Saupe, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung. Die Privatkläger gehören dem Vernehmen nach der gelben Organisation an.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach die Angeklagten frei. Auf eingelegte Berufung der Privatkläger hatte sich das Landgericht I Berlin mit der Sache zu befassen. Die Beklagten hatten Rechtsanwalt Wolfgang Heine zum Verteidiger, die Hamburger Privatkläger schickten Rechtsanwalt Dr. Franke aus Hamburg. Nach längerer Verhandlung und Beratung hob der Gerichtshof das freisprechende Urteil auf und erkannte auf je 30 Mark Strafe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schwartze, bemerkte in der Urteilsbegründung: Wenn auch der Streik als wilder, von der Gewerkschaft nicht anerkannter anzusehen war, so sei das Wort Streikbrecher in Arbeiterkreisen auf alle Fälle eine der schwersten Beleidigung. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß die Angeklagten die Absicht der Beleidigung hatten, zweifellos aber haben sie das Bewußtsein der Beleidigung gehabt, die schon in der Anfrage an Kühne gelegen habe. Kühne habe die Beleidigung gewissermaßen durch seine Antwort bestätigt. Den Privatklägern wurde die Publikationsbefugnis im Kupferschmied zuerkannt.

Für Streikende gibt es eben keine Entschuldigungsgründe, wie Wahrnehmung berechtigter Interessen, mangelndes Schuldbewußtsein oder berechtigte Abwehr. Bei Streikbrechern hat man solche Gründe oft sehr bald zur Hand

Der Verband der Gastwirtsgehilfen im Jahre 1913.

Auch der Verband der Gastwirtsgehilfen hat unter der Krise zu leiden gehabt; er hat einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Während Ende 1912 der Mitgliederbestand 16 293 betrug, war die Zahl Ende 1913 auf 16 025 gesunken. Der Rückgang wird bald wieder ausgeglichen sein. Zahl und Umfang der Lohnbewegungen sind im Jahre 1913 auch geringer gewesen als im Vorjahre. Insgesamt waren an Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung 138 in 28 verschiedenen Orten, bez. Lohngebieten zu verzeichnen. In den von den Bewegungen berührten Betrieben (197) waren insgesamt 3778 Personen beschäftigt. Von der Gesamtzahl der Bewegungen waren nur 29 mit 591 Beschäftigten bezw. 291 Beteiligten mit einer Arbeitseinstellung. Es wurde erreicht, eine Verkürzung der Arbeitszeit für 301 Personen und 2804 Stunden pro Woche. Die Lohnerhöhung beträgt für 1384 Personen 8576 Mk. pro Woche. Für die Angestellten im Gastwirtsgewerbe sind aber auch „sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen" von großer Wichtigkeit. Es handelt sich da um Beseitigung von ganz erheblichen Mißständen, wie Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und Anerkennung des paritätischen — oder des Verbandsnachweises, Ersatz der Naturalbezüge durch Barlohn, Abschaffung der Abgaben an den Unternehmer usw. Solche Verbesserungen wurden in 106 Fällen für 1755 Personen erreicht.

Ueber die bestehenden Tarifverträge ließ sich zum ersten Male eine lückenlose Darstellung geben: Am Anfang des Berichtsjahres bestanden im ganzen 205 Tarifverträge für 1391 Betriebe mit 5691 beschäftigten Personen, von denen 4995 dem Verbande der Gastwirtsgehilfen angehörten. Von dem im Jahre 1913 abgeschlossenen Verträgen erledigten sich bereits vor Schluß des Berichtsjahres 21 Einzeltarife, so daß sich der Gesamtbestand der aus den Vorjahren in das Jahr 1914 herübergenommenen Tarifverträge auf 250 für 1653 Betriebe beläuft. In diesen Geschäften arbeiten 6876 Personen zu tariflich geregelten Bedingungen, von denen 5844 im Verband der Gastwirtsgehilfen organisiert sind. Hierzu kommen noch einige Tarifverträge, die in Zürich, wo der Verband eine Verwaltungsstelle hat, abgeschlossen worden sind. Es sind dies 6 Verträge in 6 Betrieben mit 104 Personen, wovon 75 dem Verband angehören.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0002

Generalstreikerklärung der französischen Bergarbeiter. Wie wir berichteten, hatte der Kongreß der Bergarbeiter beschlossen, am 1. März den Generalstreik zu erklären, wenn bis dahin der Senat nicht das Pensionsgesetz in der gewünschten Fassung angenommen habe. Den Senat, dem der Bergarbeiterstreik wegen des Achtstundengesetzes noch in frischer Erinnerung stand, ist angst geworden, und er hat am Freitag im Handumdrehen das Gesetz angenommen. Er schloß jedoch die Schieferbruchsarbeiter aus, setzte das bezugsberechtigte Alter auf 55 Jahre nach 30jähriger Beitragszahlung — Unternehmer und Arbeiter je 3 Prozent des Lohnes — fest, statt, wie gefordert 50 Jahre und 25. Außerdem hielt er mit einer Abänderung den umstrittenen § 12 aufrecht, wonach die Unternehmer, die auf Grund eines Tarifvertrages ihren Arbeitern eine entsprechende Pension sichern, für sich und ihre Arbeiter der allgemeinen Kasse nicht beitreten brauchen. Die Leitung des Bergarbeiterverbandes hat, um zu verhindern, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt Gesetz wird, nun sofort am Sonnabend die Streikorder ausgegeben. Aus dem Zentrum und dem Süden liegen Nachrichten vor, daß die Streikorder mit Bezeichnung aufgenommen wurde. Aus dem großen Becken des Nordwestens fehlen Nachrichten. Zugleich erläßt die Leitung des Verbandes der Seeleute einen Aufruf an seine Mitglieder, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, um die Einfuhr ausländischer Kohlen zu verhindern. Folgen die Bergarbeiter des Nordwestens der Streikorder, dann ist den Bergarbeitern der Sieg sicher.

In der Farbenfabrik Lassel in Riga wird gestreikt. Die Verwaltung hat beschlossen, Streikbrecher in Deutschland zu werben. Die lettischen Arbeiter appellieren an das Solidaritätsgefühl ihrer deutschen Brüder und ersuchen, Arbeitsangebote der Firma zurückzuweisen.

Der Fleischerstreik in Sidney. Der Minister für öffentliche Arbeiten und Industrie droht auf Grund des Schiedsgerichtsgesetzes, welches strenge Strafen für böswillige Abmachungen zur Einschränkung des Handels mit dringend notwendigen Waren vorsieht, mit scharfen Maßnahmen, falls der Fleischerstreik nicht bald beendet werde. Zehntausend Personen sind infolge des Eisenarbeiterstreiks in Sydney beschäftigungslos.

Aus der Provinz.

Genossen, haltet euch bereit!

Von uns allen wird erwartet, daß wir in der

roten Woche

nach besten Kräften unsere Pflicht tun. Niemand darf sich der überaus wichtigen Arbeit mit einer kleinlichen Ausrede entziehen. Jeder stelle sich **zur Hausagitation** zur Verfügung.

An die Vorstände aller Arbeitervereinigungen (Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer-Vereine usw.) richten wir das Ersuchen, in der Zeit vom **8. bis 15. März keinerlei Veranstaltungen** zu unternehmen, damit die allgemeine Werbearbeit nicht erschwert wird. Soweit in den verschiedenen Arbeitervereinigungen pflichteifrige Parteimitglieder sind, wird sicher die rote Woche ernste Beachtung finden, so daß es wohl nur dieses Hinweises bedurfte.

Helft alle freudig mit.

Mit Parteigruß

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei.

Die Politik in der Fortbildungsschule.

Mit der Frage: Ist die Zeitschrift Wir sind Deutschlands Jugend ein Lernmittel für die Fortbildungsschule? — also mit einer für die Jugenderziehung äußerst wichtigen Angelegenheit hatte sich das Kammergericht in seiner Sitzung am 23. Februar zu beschäftigen.

Wir sind Deutschlands Jugend — so nennt sich eine zweimal im Monat erscheinende, von dem im Auftrage der Regierung „nationale Jugendpflege" betriebenen Rektor Hemprich in Merseburg herausgegebenen, literarisch auf dem allerniedrigsten Niveau stehende Jugend-Zeitschrift. Das Blättchen macht in von uns schon mehrfach gekennzeichneter, sattsam bekannter Weise in Entüchtigung der Jugend, indem es unter anderem gegen die Sozialdemokratie scharf macht und sie herabsetzt. Mit Genehmigung des Regierungspräsidenten von Merseburg war diese Zeitschrift zu einem Lernmittel für die gewerbliche Fortbildungsschule in Schkeuditz bestimmt worden. Und zwar an Stelle eines Buchs. Sie sollte dem Unterrichtsgegenstand „Bürgerkunde" dienen.

Vier junge Leute, die pflichtmäßig die Fortbildungsschule in Schkeuditz besuchten, Müller, Lauter, Hartung und Zehrt, weigerten sich, die Zeitschrift, die ihnen als „zum Unterricht nötiges Lernmittel" bezeichnet worden war, zu beschaffen und in den Unterricht mitzubringen; weiter weigerten sie sich, die von der Schulleitung beschafften Exemplare anzunehmen. Sie erhielten darauf Strafverfügung und das Schöffengericht in Schkeuditz verurteilte sie ebenfalls zu einer Geldstrafe von 3 Mk. weil sie das Ortsstatut über die Fortbildungsschule in Schkeuditz im Verbindung mit § 120 und § 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung übertreten hätten.

Das Landgericht in Halle sprach dann jedoch die Angeklagten frei. Es führte u. a. aus:

Die Vorschrift des § 6 Ziffer 2 des Ortsstatuts, daß die Fortbildungsschüler die ihnen als nötig bezeichneten Lernmittel beschaffen und zum Unterricht mitbringen müßten, sei allerdings rechtsgültig als eine ortsstatutarische Vorschrift gemäß § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung, und eine Bestrafung wegen Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift auf Grund des § 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung sei an sich sehr wohl möglich. Eine Bestrafung könnte aber nur eintreten, wenn es sich bei der Zeitschrift wirklich um ein Lernmittel handelte. Die Strafkammer verneine das. Sie sei den eingehenden Ausführungen des unparteiischen Sachverständigen Barth gefolgt, eines Leipziger Universitätsprofessors, der Mitglied mehrerer Lehrerprüfungskommissionen sei und den Lehrauftrag für Pädagogik habe. Danach sei regelmäßig Voraussetzung eines Lernmittels, daß der Lehrer von seinem Inhalt Kenntnis erhalte, bevor es in die Hand des Schülers gelange. Daß er also in der Lage sei, seinen Inhalt vorher zu prüfen. Diese Voraussetzung liege bei einer periodisch erscheinenden Zeitschrift nicht vor. Ausnahmsweise könnte man rein fachliche Zeitschriften, zum Beispiel eine mathematische oder naturwissenschaftliche Zeitschrift, als Lernmittel ansehen. Denn bei solchen Fachzeitschriften könne der Lehrer mit einiger Gewißheit auf den Inhalt der spätern Nummern schließen. Anders sei es bei Zeitschriften, die einen moralischen Einfluß ausüben wollen, und besonders bei solchen, welche das politische Gebiet streifen. Da könne nie der Lehrer die künftige Haltung mit genügender Bestimmtheit vermuten. Er könne zum Beispiel nicht wissen, ob die nächste Nummer überhaupt etwas Pädagogisches enthalte. Die Zeitschrift Wir sind Deutschlands Jugend solle nun einen vorwiegend erziehlichen, charakterbildenden Einfluß ausüben. Sie enthalte auch Aufsätze politischen Inhalts. Sie sei daher nicht als Lernmittel anzusehen. Somit könne eine Verurteilung der Angeklagten wegen Uebertretung der fraglichen Vorschrift des Ortsstatuts nicht erfolgen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Rechtsanwalt Wolfgang Heine trat dem Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft entgegen. Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrtum, fußend auf dem Gutachten eines Pädagogen, festgestellt, daß die Zeitschrift kein Lernmittel sei. Das habe er können, weil das Gesetz den Begriff Lernmittel nicht definiere. Die Feststellung sei vor zutreffenden Erwägungen ausgegangen. Im übrigen werde der Vorderrichter wohl nach der damals erfolgten Verlesung mehrerer Nummern der Zeitschrift einen äußerst schlechten Eindruck von dem Inhalt der Zeitschrift erhalten haben. Sie habe überhaupt keinen wissenschaftlichen, keinen pädagogischen Wert, sondern sie enthalte hervorragend politische Hetzartikel minderwertigster Art. Das Landgericht werde keine Freude daran gehabt haben. Es müßte bei der Freisprechung verbleiben.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg **hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück.** Begründend wurde ausgeführt:

Allerdings stelle sich der Senat nicht auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft, daß es genüge, daß etwas als Lernmittel „eingeführt" werde. Es müsse auch ein solches sein. Ob es dies sei, habe das Gericht zu prüfen. Es sei dies aber **keine Tatfrage, sondern eine Rechtsfrage.** In dieser Beziehung weiche das Kammergericht vom Landgericht ab. Ein Lernmittel sei ein Gegenstand, woran etwas gelernt werden solle. Es könne zum Beispiel eine Aehre sein, es könnten Pflanzen sein, die ein Schüler mitbringe; es könnten Steine sein, die ein Schüler auf das Geheiß des Lehrers, Kristalle, die er finde, mitzubringen, herbeischaffe. Durch das Gutachten eines Sachverständigen könne nicht bindend festgestellt werden, daß etwas ein Lernmittel sei. Das Gericht habe dies nach eigenem Ermessen zu prüfen. Nach dem Ausgeführten sei es **nicht unbedingt notwendig, daß der Lehrer vorher den Inhalt des Lernmittels kenne.** Das sei auch bei den eingeführten Schulbüchern oft nicht der Fall, zum Beispiel bei der Herausgabe neuer Auflagen von Büchern, die erweitert oder umgearbeitet seien. Desgleichen bei periodischen Zeitschriften, die dem Unterricht in Sprachen dienten. Ebenso wären ja auch in Schülerbibliotheken Zeitschriften, deren neue Nummern der Lehrer nicht kenne. Die Sache müsse deshalb an das Landgericht zurückverwiesen werden, damit dieses bei einer nochmaligen Nachprüfung, ob die hier in Betracht kommende Zeitschrift ein Lernmittel sei, davon absehe, daß der Lehrer den Inhalt der einzelnen Nummern nicht vorher kenne. Es sei vom Landgericht zu prüfen, ob nicht andere Gründe gegen die Annahme des Lehrmittelcharakters der Zeitschrift sprächen, beziehungsweise ob sie ein Lernmittel sei.

Man merkt es der Urteilsbegründung an, daß das preußische Kammergericht diese politische Hetzschrift, die Rechtsanwalt Heine in der Strafkammer-Verhandlung als ein jämmerliches, elendes Machwerk bezeichnete und es ein pädagogisches Verbrechen wäre, Schulkindern solch literarischen Schund in die Hände zu geben, doch als offizielles Verblödungsmittel erklärt wissen möchte. Mag die Strafkammer so oder so entscheiden, der Arbeiterschaft ist erneut zum Bewußtsein gebracht, daß von den sogenannten staatserhaltenden Elementen die unglaublichsten Mittelchen in Anwendung gebracht werden, um die Proletarierjugend im Sinne der Herrschenden zu beeinflussen. Man schreckt keinen Augenblick davor zurück, die Parteipolitik ins Schulzimmer zu verlegen und den Fortbildungsschülern eine höchst zweifelhafte Geisteskost zu verabreichen, wenn nur der Drang nach Bekämpfung des „inneren Feindes" seine Befriedigung findet.

Schkeuditz. Bauarbeiter. Unsere regelmäßige Versammlung fand am 15. Februar statt. Nachdem die Kassengeschäfte erledigt sowie einige Aufnahmen vollzogen waren, erstattete die Kommission über die Verschmelzungsfrage mit Leipzig ihren Bericht, an den sich eine längere Diskussion knüpfte. In derselben wurden nochmals alle Punkte erwähnt, welche durch die Verschmelzung mit Leipzig für unsere Organisation schädlich wirken könnten. Auch war die Versammlung der Ansicht, wenn die Verschmelzung stattfände, das eigene Verwaltungsrecht des Zweigvereins Schkeuditz für immer verloren gehen würde. Die Abstimmung über diesen Punkt war geheim. Es wurden 2 Stimmen für und 71 Stimmen gegen die Verschmelzung abgegeben. Da der bisherige Kassierer seinen Posten niederlege, wurde Karl Luhfs-Schkeuditz, Mühlstraße, mit diesem Posten betraut. Weiter wurde über das Einziehen der Beiträge diskutiert und beschlossen, das Hauskassieren einzuführen. Zur Uebernahme dieser Posten wurden acht Kollegen gewählt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Lützen. Parteiangelegenheiten. Diesen Donnerstag, abends ½9 Uhr, findet der letzte Lehrabend des Genossen Schöning statt. Die Genossen und die Genossinnen, die bis jetzt die Unterrichtsabende besucht haben, werden aufgefordert, auch an diesem letzten Abend zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Um zu der geplanten Frauenversammlung eine Genossin als Referentin zu bekommen, findet unsere Frauenversammlung schon Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Bürgergarten statt. Als Referentin ist die Genossin Hennig aus Leipzig gewonnen worden. Die Genossen und vor allen Dingen aber die Genossinnen werden ersucht, schon jetzt für diese wichtige Versammlung tüchtig zu agitieren, damit der Erfolg nicht ausbleibt.

— Stadtverordnetenversammlung. Diesen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, findet eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Da die Sitzung öffentlich ist und eine umfangreiche interessante Tagesordnung zu erledigen ist, ist der Besuch zu empfehlen.

— Einsturz. Am Montag vormittag stürzte der Hausgiebel des Heinzeschen Grundstücks in der Luisenstraße ein. Die Giebelwand flog in das Nachbargrundstück des Herrn Hübner. Da sich in diesem Augenblick glücklicherweise niemand auf dem Hofe befand, entstand kein größeres Unglück.

Lauchа. Stadtverordnetensitzung. Die Eisenbahnunterführung am Hirschrodaer Wege, die ursprünglich von der Bahnverwaltung nur zur Chausseierung vorgesehen war, muß, da die Stadt hiergegen Einspruch erhoben hatte, gepflastert werden. Nachdem die Bahn die Pflasterung übernommen, beantragte diese, daß die Stadtgemeinde die kostenlose Unterhaltung übernehmen und für anormale Verhältnisse, Stauungen von Wasser usw. bei einer einmaligen Pauschalsumme von 1500 Mk. für die Entfernung dieser Mißstände Sorge tragen soll. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt und übernimmt die Stadt nur die kostenlose Unterhaltung. Die Beseitigung der sich ansammelnden Schlamm- und Wassermassen, die Instandhaltung, Beleuchtung usw. soll die Bahn selbst besorgen. Für den Rathaustreppenüberbau sind nunmehr die Unterlagen beschafft und wird der Mehrbetrag von 554 Mk. bewilligt, jedoch dem Magistrat anheimgestellt, nochmals mit Maurermeister Madeung zwecks Nachpflasterung zu verhandeln. Die Entschädigung von 150 Mark an den Stadtgutsbesitzer Rauschenbach wurde bewilligt und soll dieselbe den hiesigen Viehbesitzern nach Kopfzahl aller deckfähigen Rinder auterlegt werden. Die hiesige Zuckerfabrik hat bei den Landkraftwerken Kulitzsch um eine Verstärkung der Kraftleitung nachgesucht und ist eine solche provisorisch ausgeführt worden, die 150 Mk. Kosten verursacht hat. Die Hälfte der Kosten will die Zuckerfabrik selbst zahlen, die andere soll von der Stadtgemeinde (!) getragen werden. Die Versammlung lehnte aber diesen Antrag des Magistrats mit 9 gegen 2 Stimmen ab. Für die Ostseegeschädigten werden 50 Mk. bewilligt. Um Kosten und unnötige Ausgaben zu sparen, soll ein hiesiger Unternehmer mit der Bohrung nach Wasser betraut werden. Falls genügend gutes Wasser gefunden wird, soll zwecks Baues der Wasserleitung weiter verhandelt werden. Eine recht lebhafte Debatte erregte die Bewilligung der Kosten zu der Turnhallenzeichnung. Der Baurat Zimmermann ist von einem Magistratsmitgliede ersucht worden, eine Zeichnung herzustellen. Diese ist auch ausgeführt und eine Rechnung beigelegt worden. Der Magistrat will die Zeichnung nicht bestellt haben und auch der Stadtverordnetenversammlung ist von einem solchen Auftrag nichts bekannt. Der Antrag auf Zahlung wurde daher abgelehnt. Wer hat denn nun diese Zeichnung bestellt?

Delitzsch. Zur Kirchenaustrittsbewegung. Recht interessant gestaltete sich die Versammlung am Sonnabend, in der Genosse Studt-Halle über das Thema „Massen, heraus aus der Kirche! sprach. An der Hand zahlreicher Beispiele zeigte der Redner, wie das Volk von der kapitalistischen Staatskirche von der Wiege bis zum Grabe geleitthammelt wird und wies besonders darauf hin, daß sich die Kirche und ihre Diener bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Kapitalisten und Besitzlosen immer auf die Seite der Unternehmer gestellt haben. Deshalb muß es heißen: Heraus aus der Kirche! Reicher Beifall lohnte diesen Ausführungen. Außer einigen Rednern, die sich in zustimmendem Sinne äußerten, nahm auch ein Herr Wegner, Vorsitzender vom Blauen Kreuz, und ein Herr Renkewitz, Missionar zur Rettung des religiösen Glaubens, das Wort in der Diskussion. Natürlich gelang es ihnen in keiner Weise, die durchschlagenden Worte des Referenten zu entkräften. Die Herren verrieten vielmehr, daß sie von der Naturentwicklung nicht die geringste Ahnung haben, und es war dem Referenten ein leichtes, die Falschheit ihrer Denkweise klarzulegen. Stürmische Lachlaven gab es noch, als Genosse Münzer ein Schreiben des Pastors Rahmer der Versammlung zu Gehör brachte, und die übrigen in den Zeitungen losgelassenen recht fadenscheinigen Gründe des Fernbleibens unter die Lupe nahm. Der Aufforderung, aus der Kirche auszutreten, kam eine größere Zahl von Versammlungsteilnehmern nach. Alle diejenigen, die Formulare mitnahmen, sowie diejenigen, die keine mehr erhalten konnten, seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie innerhalb einer Woche ausgefüllt an den Genossen Münzer zurückgegeben resp. neue in Empfang genommen werden können. Die Weiterbeförderung soll gemeinsam erfolgen.

Roitzsch. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag wurde beim Schuhmachermeister Kittler ein dreister Diebstahl ausgeführt. Der Meister hatte sich um 1 Uhr zu Bett gelegt; kurze Zeit darauf ging der Dieb zu Werke; er schob die Jalousie hoch, drückte die Ladenscheibe ein und entwendete für etwa 200 Mk. Schuhwaren. Der Diebstahl wurde erst mittags entdeckt, wodurch dem Polizeihund die „Arbeit" erschwert wurde. In der letzten Zeit sind in unserm Orte mehrere ähnliche Diebstähle vorgekommen, doch konnten in einzelnen Fällen die Diebe ermittelt werden.

Zwochau. Tod durch elektrischen Schlag. Auf schreckliche Weise kam am Sonntag vormittag der Bezirksmonteur Reinacks von hier ums Leben. R. betrat in Cursdorf den Speisetrum der Ueberlandzentrale, um etwas nachzusehen. Kaum war er eingetreten, als er auch schon mit voller Wucht aus dem Raume hinausgeschleudert wurde. Nach wenigen Minuten hatte er sein Leben ausgehaucht, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Eilenburg. Ein Heiratsschwindler, der es auf Mädchen in mittleren Jahren mit etwas Vermögen abgesehen hat, treibt in der Umgebung sein Unwesen. Er gibt sich als Witwer aus, dessen Frau vor Jahresfrist an Blutvergiftung gestorben ist. Bei seiner Vorstellung bedient er sich immer anderer Namen und gibt an, daß er als Chinakämpfer eine monatliche Pension von 75 Mk. beziehe, ferner verfüge er über Ersparnisse von etwa 3000 bis 4000 Mk. Er soll er sich in Wedelwitz und Liemehna einer Heirat mit abgenetzten Mädchen genähert haben. Im letztgenannten Orte ließ er sich von seiner Angebetenen einen Geldbetrag von 3,50 Mk. sowie ein Fahrrad geben. Der „Getreue" ist aber bis heute noch nicht zurückgekehrt. Er soll etwa 1,70 Meter groß sein, ist von kräftiger Figur, hat dunkelblondes Haar und schwarzen Schnurrbart, trägt dunkelbraunen Anzug und helle Sportmütze. Als besonderes Kennzeichen sind auf dem Handrücken Tätowierungen zu sehen. Etwaige Wahrnehmungen über das Auftreten des Heiratsschwindlers wolle man der Eilenburger Polizeibehörde zugehen lassen.

Wittenberg. Strafkammer. Der Kellner Kötz und der Bäckergeselle Mickstein waren am 6. Januar in der Runzeschen Bierniederlage in der Tauentzienstraße eingebrochen und waren dabei aber erwischt worden. Da sie beide schon erheblich vorbestraft sind, kommt ihnen der Einbruch recht teuer zu stehen, denn Kötz wird zu drei Jahren und Mickstein zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurden das Dienstmädchen Wilke zu drei Monaten und die wegen Beihilfe mitangeklagte Richter genannt Horrem zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der ersteren wurde bedingte Begnadigung beantragt; die letztere wurde auch in die Kosten verurteilt, bei ihr wurde gewerbsmäßiges Handeln angenommen. — Des Diebstahls beschuldigt stand der Maurer Baum aus Zahna vor der Strafkammer. Er hatte im Görnemannschen Geschäftslokale einen Einbruch verübt und dabei eine größere Anzahl Wertmarken sowie ein elektrisches Plätteisen gestohlen. Zwar bestreitete er den Diebstahl, wurde aber überführt, gemeinsam mit einem bisher unbekannte Komplizen die Tat vollbracht zu haben. Er wurde, da er schon vorbestraft ist, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Artern. Erwischt. Die Diebe, welche in der Nacht zum 17. d. Mts. in der Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins eingebrochen sind, wurden am Sonntag durch die eigene Unvorsichtigkeit verhaftet und dem hiesigen Gefängnisse eingeliefert. Es sind drei junge arbeitscheue Elemente. Der Bäcker Bruno Schönau, der Schmied Rudolf Henze und der Schlosserlehrling Fritz Ehrhardt. Die gestohlenen Sachen hatten sie in einem Strohdiemen versteckt. Alle in der letzten Zeit hier verübten Diebstähle sind wahrscheinlich diesen Dreien zur Last zu legen. Einige davon, den Zuckerdiebstahl und die Werkzeugdiebstähle in der Weberschen Maschinenfabrik und in der Kyffhäuserhütte haben sie schon eingestanden.

Biehla. Die Wählerliste zur Gemeindevertreterwahl in der dritten Abteilung liegt beim Genossen Wilh. Höffgen bis Ende dieses Monats zur Einsicht aus. Pflicht eines jeden Genossen und Wählers ist es, die Liste auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen Frau **Marie Schmidt**, Wilhelmstr. 7.

Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilch-Seife für zarte weisse Haut

a Stück 50 ₰

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 25-19/fragment/page=0003

Hochfeine frische **Eier, 1 Mandel** 105 Pfg., ab ca. 10 % Rabatt, netto **95 Pfg.**

Ia. Trink-Eier 1 Mandel 120 Pfg., ab ca. 10 % Rabatt netto **108** Pfg.
Ia. Stempel-Eier 1 Mandel 135 Pfg., ab ca. 10 % Rabatt netto **122** Pfg. 7302

Hochfeine geräucherte **Schinken-Ecken** 1 Pfund 78 Pfg., ab ca. 10 % Rabatt netto **71** Pfg. **A. Knäusel,** Filialen. Ia. Delikatess-Leber- u. **Rotwurst** 1 Pfund 68 Pfg., ab ca. 10 % Rabatt, netto **62** Pfg.

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Letzte Woche! Letzte 5 Tage!

Heute, Fastnachts-Dienstag zum 10. Mal: 7300

Das Farmermädchen.

Deutsch-Amerikanische Operette in 3 Akten von Okonkowski. Musik von Georg Jarno.

Hierauf: **Grosser karnevalistischer Bunter Abend,** gegeben vom Max Walden-Ensemble. Diverse ulkige Ueberraschungen!

Sonnabend 4 Uhr: **Familien-Vorstellung.**
Sonnabend 8 Uhr: **Abschieds-Vorstellung.**

Marionettentheater

(Münchener Künstler).
Neumarktstrasse Nr. 3/4 (früher Lichtspiele).
Mittwoch den 25. Februar:

Familien- und Schüler-Vorstellungen.

Nachmittags 3 Uhr: **„Die sieben Raben".**
Um 5 Uhr: **Hänsel und Gretel".** Märchenspiel in 4 Akten.
Abends ½9 Uhr: **„Das Eulenschloss".**
Hierauf: **Das Rosenfest".**
Näheres die Tageszettel. 7294

Theater- und Maskengarderobe-Verleih-Geschäft von

Zeugner & Riedel,

vorm. **Gottschalk,** 6207
Halle (Saale), Grosse Ulrichstr. 55,
hält seine reichhaltige Auswahl neuer, feiner
Herren- u. Damen-Maskenkostüme
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.
Jahresproduktion 1914-1915 125 000 DW.
Zu haben beim *2798
Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

15 % **Brotfabrik Karl Müller** 15 %
6791
empfiehlt ihr
kräftiges und gutes Brot.
Filialen: Gr. Brunnenstr. 65 und Oleariusstr. 4 (am Hoffmarkt).
15 % Die Rabattkarten können zu jeder Zeit im Haupt-Geschäft **Friedrichstr. 32** eingelöst werden. 15 %

Neue Frühjahrs-Hüte

Die neuesten Farben. Moderne Formen.
Grosse Auswahl in sämtlichen Preisl. v. 2.50 M. an.

S. Weiss.

Leipzigerstr. 105|106, am Markt. 7301

Neu! Neu!

Das sozialdemokratische Programm.

Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze.
Preis 60 Pfg. Von Robert Danneberg. Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 29.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 Uhr, die grossen Varieté-Attraktionen mit der Sensations-Neuheit: 7298

„Eine Meile in der Minute"

(Die Wettfahrt zwischen Auto und Expreßzug).
Im Berliner Metropoltheater der Clou des Abends!

Bitte probieren Sie

Nr. 60

Fehlfarben einer 10 ₰-Zigarre
10 Stück 70 Pfg.
Ansprechendes Format.
Weisser Brand.
Feines Aroma. F.
Joh. Sanow
Nachfl., H. Spengler
Geiststrasse 5.
Gegr. 1887.

7 46 **Abbruch**

Lagerplatz Kurfürstenstr. 78 sind sof. Flügel, Haus-, Stuben- und Brettertüren, 30 Stck. Fenster, wie neu, 50 Stück für Lauben passend, 3 Ladenfaustien, Bretter, Balken, Rahmen, Sparren, Säulen, Stollen und verschied. mehr, Brennholz in Fuhren u. einzeln billig zu verk. Verkauf zu jeder Tageszeit. **Osk. Kittelmann.**

Komplette
Wohnungs-Einrichtung
für 835 Mark,
1 elegantes Speisezimmer, echt Eiche,
1 moderne Schlafzimmer-Einrichtung,
1 Küchen-Einrichtung,
Fluroiette, echt Eiche,
verkauft 7299
Friedrich Pelleke,
Geiststraße 25.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Mittwoch d. 25. Februar 1914.
— Anfang 6 Uhr. —
Sonder-Vorstellung bei vollständig aufgehobenem Abonnement.
Gastspiel
Paul Hansen, Deutsches Opernhaus Berlin-Charlottenburg und **Cornelis Bronsgeest,** Königl. Hofoper Berlin.

Parsifal.

Ein Bühnenweih-Festspiel von Richard Wagner.
Kassenöffnung 5½, Anfang 6 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Wiener

Märzfestschrift 1914

Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung in Halle (Saale), Harz Nr. 29.**

Von grossartiger Wirkung bei

Pickeln

und Mitesser im Gesicht ist Obermeyer's Herba-Seife.
Zeugnis:
„Ihre Herba-Seife ist vorzüglich und hat bei sogenannten Pickeln u. roten Knötchen grossartig gewirkt."
Johannes Briest, Harsleben.
Medizinal-Herba-Seife à Stück 50 Pf., 30 % stärk. Präp. Mk. 1.– Zur Nachbehandlg. **Herba-Creme** à Tube 75 Pf., Glasdose Mk. 1.50. Z. h. i. allen **Apotheken, Drogerien und Parfümerien.** *3323

G. Brose, *3108
Leipzigerstrasse 96,
empfiehlt jeder Hausfrau ein
Bidet.
Grosse Auswahl.

Das Mädchenbuch

von **Adelheid Popp.**
Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (Saale), Harz 29.

TAG-Zigaretten!

2—7 Pfg.
Trustfrei! *3149

Preise für „Kleine Anzeigen".
Zeile 20 oder jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10, 2 Zeilen hoch 20 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleiner Anzeiger.

Abonnenten erhalten gegen Vorzeigung der Quittung auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen 50 % Rabatt. — Bei Anzeigen mit Wiederholung Rabatt nach Uebereinkunft.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Expedition **Volksblatt,** Harz 42/44,
Zigarrenhandlung v. A. Albrecht, Lindenstraße 54
„ „ E. Bendlin, Torstraße 43
„ „ J. Schneider Nachf., Beesenerstr. 23
„ „ J. Sanow Nachf., Geiststraße 5
„ „ B. Leuschner, Mittelwache 9
„ „ E. Jungmann, Pfännerhöhe 33
Materialwarenhdl. v. G. Gerig, Triftstraße 28.
Ebenso nehmen die **Volksblatt-Austräger** Anzeigen entgegen.

Verkäufe.

Gut-erhalt. **Küchenschrank** und Tisch bill. z. verk. 7291] Bernhardstraße 39, III. r.

Ca. 20 Stck. Alumin.-Spiritus-Kocher, zusammenlegbar, billig abzugeben 7277] Landsbergerstr. 4, II.

Ein konkurrenzloses **Kino** in größerer Provinzstadt ist krankheitsh. m. 6000 Mk. Anzahl. l. s. verk. Vermittl. verbet. Off. unt. V. H. 254 a. d. Exp. d. Bl. [7292

Gr. Federb. 9 M., Kissen 3 M., rot. Inl., z. vk. Albrechtstr. 16, I. l. [3272

Extra große Riesen- 7140
Lachsheringe
hochfeine goldgelbe fette Ware, per Stück 15 Pfg. empfiehlt
Carl Stüwe, am Rannischestr. 1, am Alten Markt.

3 Stück gut-erhaltene **Garten-Lauben,** für Schrebergärten passend, bill. zu verkaufen Burgstraße 27. [7280

Futter-Kartoffeln, große, gesunde, *3289] verkauft billig **Martin, Dölau,** Mansfelderstr.

Fast **neuer Kinderwagen** zu verkaufen *3322] **Böllberg 44,** l. l.

Makulatur verkauft Expedition Volksblatt.

Nur 16 Mk. Oberbett, Unterbett u. Kissen, rot. Inlett, z. vrk. Albrechtstr. 16, I. l. [6941

Auf Teilzahlung erhalten solide Familien sämtliche **Wäsche-Artikel: Gardinen,** Kleiderstoffe, Paletots, Golfjacken, Steppdecken, Schlafdecken, Uhren 2c. in nur reeller Ware bei
Friedrich Gronau,
7124] Barfüßerstraße 16.

Kaufgesuche.

Kaufe morgen, Mittwoch d. 25. ds., jed. Posten **Kanarien-Hähne** u. -Weibchen. Zahle, wie bekannt, höchste Preise. Karl Jenderling, Torstraße 20, II. [7293

Kaufe alte auch einzelne Teile künstlicher
Gebisse
nur
Freitag den 27. Februar cr. von 11—7 Uhr
im Hotel „Stadt Berlin", Leipzigerstraße 45, Zimmer Nr. 5, 1.
Willig aus Hamburg.
NB.: Zahle pro Stück bis 5 Mark. [*3324

Zu verleihen.

Eleg. **Damen-Masken** (National), z. Waldfest, bill. z. verleihen 7291] Brettestraße 31, I.

Eleg. **Herr.- u. Dam.-Masken** bill. z. verl. Alter Markt 17, III. [*3208

Arbeitsmarkt.

Hausierer,
welche mit Arbeiter-Kundschaft Fühlung haben, können durch Verkauf von **Berufs-Kleidung** täglichen Verdienst bis zu 10 Mk. erzielen. Meldungen [7284
Gr. Ulrichstraße 51, III. r.

Tüchtige Häuer und Schlepper
für **Braunkohlen-Tief- u. Tagebau gesucht.** Neue Wohnungen u. Kaserne vorhanden. Umzugskosten werden vergütet. Zu melden bei **Paul Baum, Braunsdorf,** Oberlausitz. [*3202

Einrichter für Automaten stellt ein [*3319
Schraubenfabrik Remitz.

Verschiedenes.

Hausschl., Wurstwaren, Pfd. 1.00 Mk., bei **H. Höpfner.** 6966] Gr. Brunnenstraße 32.

Einen **erstklassigen Tag-Schneider** sucht *3317 **Albert Drechsler Nachf., Poststr. 17.**

Terrazzoleger sowie **Zement- u. Kunststein-Arbeiter** tüchtige auch einige sehr geübte **Terrazzoschleifer**
7281] **sofort gesucht.**
P. Gellert & Co., Kunststein-Fabrik, Halle a. d. S.

Mittwoch den 25. Februar: 7295
Preis-Skat.
Hierzu ladet ergebenst ein
W. Zörner, Kröllwitz.

Volkspark Burgstr. 27.
Guter reichhaltiger Mittagstisch v. 50 Pf. an.

ff. Preiselbeeren
m. Zucker, f. Wiederverkäufer im Einzelnen billigst bei
3828] **Bernh. Barth.**

Rohes Rüböl
z. Backen empf. billigst [*3327
Bernh. Barth, Kl. Ulrichstr. 10.

Akkumulatoren, sowie Reparaturen u. Zubehörteile werd. bill. gefert. 6936] Wörmlitzerstraße 108.

Empf. m. Zigarren-Spezial-Gesch. 6745] Otto Haring, Triftstraße 5.

Zigarren, Zigaretten in allen Preislagen empfiehlt [5695
A. M. Albrecht, Lindenstr. 53.

6333 **Zigarren, Zigaretten** empfiehlt Aug. Lehnhardt, Böllbergerweg 6 u. Delitzscherstr. 6.

Zigarren, Zigaretten empfiehlt P. Leuschner, Mittelwache 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 47 — Halle (Saale), Mittwoch den 25. Februar 1914 — 25. Jahrg.

Geburtenrückgang und Gebärstreik"

Eine Debatte im Dreiklassenhause.

Der „unsittliche" Geburtenrückgang" macht der bürgerlichen Gesellschaft so viel Kopfzerbrechen, daß er die Montagsitzung des preußischen Dreiklassenhauses fast ganz ausfüllte. Natürlich schwangen sich die Redner der Rechten nicht zur Erkennung der Ursachen der Geburtenverminderung auf, sondern zeterten nur über seine „Unsittlichkeit", der man durch Verbot der empfängnisverhütenden Mittel beikommen müsse. Genosse Hirsch wies die sozialen Ursachen des Problems nach, zeigte, daß ein Verbot, wie es die Mucker fordern, nur der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten Vorschub leisten würde und zerfaserte die schon mehr böswillige als nur unsinnige Behauptung, daß die — Sozialdemokratie den Gebärstreik predige!

Ebenfalls beim Medizinaletat brachte Genosse Hänisch die sonderbare Impfgeschichte aus Dortmund zur Sprache, die wir schon wiederholt erwähnten. Dann wurde der Etat des Ministeriums des Innern erledigt. Dienstag: Bauetat.

•

Verhandlungsbericht.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Februar.

Zur Debatte steht das Medizinalwesen.

Abg. Frhr. v. Steinaecker (Ztr.): Der steigende Geburtenrückgang muß uns sehr bedenklich stimmen, namentlich im Hinblick auf unsere Wehrkraft. Nicht sexuelle Enthaltsamkeit, sondern steigende Unsittlichkeit ist der eigentliche Grund, auch wirtschaftliche Ursachen können ihn nicht erklären, da wir gerade ihn besonders in den besitzenden Klassen konstatieren können. Ich kann dem Abg. Ströbel nicht beistimmen, der früher einmal ausführte, daß die Beschränkung der Kinderzahl ein Beweis für ein fortgeschrittenes soziales Verantwortungsgefühl sei. Gerade das Verantwortungsgefühl dem Vaterlande gegenüber ist im Schwinden begriffen. Herr Minister unterstützen Sie uns im Kampf gegen die empfängnisverhütenden Mittel! **Vor allem müssen wir hier die Sozialdemokratie bekämpfen,** die die künstliche Beschränkung des Kindersegens und die antikonzeptionellen Mittel auf alle Weise propagiert. Man untergräbt die Religiosität der Frauen, um sie für die Gedanken der Geburtenverhütung zu gewinnen. Frauen, die in öffentlichen Versammlungen dafür Propaganda machen, sind schlimmer als wilde Tiere! (Bravo im Zentrum.)

Minister v. Dallwitz: Was auf polizeilichem Wege geschehen kann, soll geschehen. Wir suchen die Anpreisung der antikonzeptionellen Mittel und ihren Vertrieb zu verhindern.

Medizinaldirektor Dr. Kirchner: Der Geburtenrückgang ist eine Volkskrankheit, der mit polizeilichen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Aerzte, Lehrer und Geistliche müssen die Frauen auf die Gefahren der künstlichen Beschränkung der Geburten aufmerksam machen. Die übertragbaren Geschlechtskrankheiten nehmen bei uns einen geradezu erschrecklichen Umfang an und richten die fürchterlichen Verheerungen an. Die Zahl der Einkindereben, deren Ursache ausschließlich die Gonorrhoe ist, ist enorm. Der allgemeine sittliche Zustand des Volkes muß gehoben werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Nach den Reden der Abgg. v. Wonns und Frhr. v. Steinaecker müßte man glauben, daß die Sozialdemokratie zu allen anderen Beschuldigungen auch noch um Geburtenrückgang schuldig sei. Die Behauptung v. Steinaeckers, daß mein Freund Ströbel hier den Geburtenrückgang gepredigt habe, ist ganz falsch, denn das stenographische Protokoll beweist, daß die betreffenden Sätze nicht Ströbels eigne Meinung, sondern seine Darstellung der Meinung anderer gewesen ist. Ströbel selbst hat aber ausdrücklich erklärt,

daß die Sozialdemokratie in der Beschränkung der Kinderzahl keine Hebung des Proletariats erblicke,

daß sie sehr wohl wisse, daß in dem kinderarmen Frankreich die Lage des arbeitenden Volkes nicht besser ist und daß wir unserer eignen Nation die größtmögliche Machtfülle wünschen, deren Vorbedingung eine möglichst große Volkszahl ist. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wenn der Bericht der Budgetkommission weiter sagt, daß bei allen bürgerlichen Parteien die Ueberzeugung durchgedrungen sei, daß es sich hier um ein großes Problem handele, so soll das vielleicht heißen, daß dies von der Sozialdemokratie schon längst erkannt ist! (Sehr gut! b. d. Soz.) Jedenfalls aber sollte man in die Erörterung einer solchen, das ganze Volk ohne Unterschied interessierenden Frage nicht politische Unterschiede hineintragen. **Wie kann man nur die Bedeutung der wirtschaftlichen Lage für die Frage des Geburtenrückgangs verkennen!** Handelte es sich dabei wirklich nur um sittliche Momente — was hätte es dann für einen Zweck, daß Sie kinderreichen Beamten Beihilfen bewilligen. **Sie wollen doch damit ihre Lage bessern.** Auch der Hirtenbrief der Bischöfe erkennt an, daß Not und Wohnungselend am Geburtenrückgang schuld sind. Nach der Statistik des Berliner Statistischen Amts

hat hier der Geburtenrückgang zur Zeit des Beginns unserer Schutzpolitik eingesetzt

und war am größten im Jahre 1911, im Jahre der größten Teuerung. Für ganz Deutschland beweist die Statistik eine ganz rapide Zunahme des Geburtenrückganges, namentlich für die Jahre von 1902 bis 1911,

wo die stärkste Lebensmittelteuerung herrschte.

Eine weitere Ursache ist die Frauenarbeit, zu der die Frauen dort genötigt sind, wo das Einkommen des Mannes zur Erhaltung der Familie nicht ausreicht. Sorgen Sie also mit uns dafür, daß die Frauen nicht zur Erwerbsarbeit gezwungen werden. Uebrigens scheint auch die Gebärfähigkeit der Frauen abgenommen zu haben. Wenn Sie der Erscheinung des Geburtenrückganges Herr werden wollen, müssen Sie ihre Ursachen beseitigen, aber nicht nur über Unsittlichkeit schreien. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist hier behauptet worden, daß die Sozialdemokratie eine Agitation für die Geburtenbeschränkung geduldet und gefördert habe. Tatsache ist aber, daß in dem Augenblick, wo diese Agitation einen größeren Umfang annahm, die Parteileitung in Berlin Versammlungen gegen diese Agitation einberufen hat. Wir wissen sehr wohl, wie falsch die Behauptung ist, daß der Gebärstreik eine revolutionäre Waffe sei, denn wenn der Staat weniger Soldaten bekommt, wird er die Anforderungen an die Militärtauglichkeit herabsetzen und wenn die Kapitalisten keine Arbeiter erhalten, werden sie Kulis einführen. **Künstliche Einschränkung der Geburtenzahl kann aber in Fallen besonderen Elends gewiß menschlich erklärlich sein.** Aufklärung der Massen tut hier not, ebenso wie Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten; diesen Kampf aber würde durch das von Ihnen verlangte Verbot der antikonzeptionellen (empfängnisverhütenden) Mittel in widersinnigster Weise gehindert werden. (Sehr wahr! links.) **Die Säuglingssterblichkeit hat im Vorjahre wieder zugenommen** und sie ist auf dem Lande größer als in den Städten und besonders groß im Osten. (Hört, hört! links.) Was gegen die Säuglingssterblichkeit geschehen ist, ist zumeist von den Gemeinden getan worden. Wir brauchen aber

Schwangerschaftsversicherung und mehr Wöchnerinnenhilfe,

darauf muß der Staat die Gemeinden hinweisen und ihnen, wenn es nötig ist, beistehen. Der Staat muß aber auch energischer als bisher den Kampf gegen die aus sozialen Ursachen entstehenden und sich verbreitenden Volkskrankheiten führen. Dazu gehört eine größere Ausbildung der Aerzte in sozialer Medizin. Wenn Dr. Mugdan, der doch gewiß in sozialer Medizin nicht ungebildet ist, bestreitet, daß die Schwindsucht eine Proletarierkrankheit sei und uns beschuldigt, dies nur zu behaupten, um die Sinne des Volkes aufzupeitschen, so widerlegt doch die Statistik den Abg. Dr. Mugdan auf das Bündigste. **Die Proletarier werden auch prozentual in stärkerem Maße von der Schwindsucht ergriffen, als die Angehörigen der bürgerlichen Schichten.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn Sie also ein gesundes, kräftiges, sich vermehrendes Volk haben wollen, **dann erschweren Sie vor allem nicht denen, die um die Besserstellung der breiten Volksmassen kämpfen, ihren Kampf.** Nur wenn Sie das tun, dienen Sie der Gesamtheit und leisten dem Vaterland den Dienst, den zu leisten jeder wahre Patriot verpflichtet ist. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Mugdan (Vp.): Der Geburtenrückgang ist nicht auf wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen, denn dort, wo die Frauen noch die schwersten körperlichen Arbeiten leisten müssen, besteht kein Geburtenrückgang. Der Geburtenrückgang ist durch Nationalisierung (vernünftige Regelung) des Geschlechtslebens zu erklären. Die Tuberkulose ist keine Proletarierkrankheit und die bürgerlichen Kreise haben viel für ihre Bekämpfung getan. (Beifall b. d. Vp.)

Medizinaldirektor Dr. Kirchner: Ich freue mich über eine Aeußerung des Abg. Hirsch, daß die Sozialdemokratie den Geburtenrückgang bedaure; es wird sehr nützlich sein, diese Aeußerung im Volke zu verbreiten. Bisher hat man es nämlich anders gelesen. Auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft läßt sich der Geburtenrückgang nicht zurückführen, denn es ist bewiesen, daß sich die Lage der Arbeiter gehoben hat. Die Tuberkulose ist keine Proletarierkrankheit (Beifall rechts), sondern eine Krankheit der Familie. (Beifall rechts.)

Abg. v. d. Osten (kons.): Das Zusammengehen aller bürgerlicher Parteien zur Bekämpfung des Geburtenrückganges ist erfreulich. Heute haben sich zwar die Sozialdemokraten hier diesem Vorgehen angeschlossen, aber außerhalb dieses Hauses machen sie es ganz anders, indem sie durch Lichtbildervorträge und durch Broschüren mit Illustrationen, wie sie der Verlag Vorwärts und der bekannte Züricher Arzt (Dr. Brupbacher) herausgegeben haben, für den reichlichen Gebrauch der empfängnisverhütenden Mittel Propaganda machen. Der Abg. Adolf Hoffmann hat im Februar vorigen Jahres den Ernst bei der Behandlung dieser Frage vermissen lassen. Die Regierung sollte vor allen Dingen gegen die unheilvolle Organisation der gewissenlosen Fabrikanten der antikonzeptionellen Mittel vorgehen und alle Parteien sollten in dieser Frage das Wohl des ganzen Volkes über die Sonderinteressen stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (natlib.): Die ausschlaggebende Ursache für den Geburtenrückgang ist die Genußsucht in allen Kreisen der Bevölkerung. Die Arbeiterschaft hat sich dabei als ein sehr gelehriger Schüler **der schlechten Sitten der oberen Zehntausend** erwiesen. Es ist vollkommen falsch, wenn man den Schutzzoll als die Ursache einer angeblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und des Geburtenrückganges ansieht. Das ist so ein Steckenpferd des Abg. Hirsch. (Widerspruch b. d. Soz.) Die protestantische Kirche ist leider nicht so energisch gegen den Gebrauch der antikonzeptionellen Mittel vorgegangen, wie die katholische und wir erwarten, daß es noch geschehen wird. Die Verhinderung der Empfängnis trägt zum Geburtenrückgang mehr bei, als der künstlich herbeigeführte Abort. Jetzt halten sich schon Aerzte für berechtigt, aus sozialen Gründen den Abort herbeizuführen. Es geht mit uns abwärts. (Beifall b. d. Natlib.)

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird angenommen.

Abg. Adolf Hoffmann (persönlich): Ich muß mich gegen die Aeußerung des Abg. v. d. Osten wenden. In einer Auseinandersetzung mit dem Abg. Ströbel hat er auf einen angeblichen Unterschied zwischen unserer Theorie und unserer Praxis in Sachen des Geburtenrückganges hingewiesen und ist dabei uns gegenüber zuerst persönlich geworden. Außerdem hat er gegen eine Broschüre polemisiert, von der er zugeben mußte, daß er sie gar nicht gelesen habe. Auch die Aeußerung des Abg. Lohmann, daß ich den Geburtenrückgang auf die Not und das Elend der arbeitenden Bevölkerung allein zurückgeführt habe, ist unzutreffend, da ich ja ausdrücklich erklärt habe, daß die „bessere" Gesellschaft lange vor der Arbeiterschaft Gebrauch von den empfängnisverhütenden Mitteln gemacht habe.

Abg. Hirsch (Soz.): Der Schluß der Debatte macht es mir leider unmöglich, die gegen mich gerichteten Angriffe zurückzuweisen. Wenn der Abg. v. d. Osten die Sozialdemokratie ausschließen wollte von dem gemeinsamen Kampfe gegen den Geburtenrückgang, so hat er damit bewiesen, daß ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie wichtiger ist, als gegen den Geburtenrückgang. (Beifall b. d. Soz.)

Ein Impfskandal.

Abg. Hänisch (Soz.):

Das Kind Hedwig des Gymnasialoberlehrers Prof. Dr. Mirus-Dortmund war vom Arzt von der Impfung befreit worden, weil es krank war und die Impfung nicht vertragen könne. Trotzdem sollte das Kind zwangsweise geimpft werden, es wurde von der höheren Lehranstalt verwiesen, weil es „eine gesundheitliche Gefahr" sei; man legte Herrn Mirus nahe, sein Kind in die Volksschule zu schicken, dort würde es keine gesundheitliche Gefahr sein! (Hört, hört! b d. Soz.) In einem offenen Briefe fragt der Vater, ob denn die Volksschulkinder gut genug seien, gesundheitlich gefährdet zu werden. Ich frage, ob der Fall so liegt — dann ist er ein wahrer Skandal! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Entweder das Kind ist ungefährlich, dann kann es auch in der höheren Schule bleiben, oder es ist gefährlich, dann darf man es auch nicht in die Volksschule stecken. Zehn Aerzte haben erklärt, **daß ein ungeimpftes Kind gar keine Gefahr für seine Mitschüler darstelle.** Ich ersuche um Aufklärung über diesen Fall. (Bravo! b. d. Soz.) Persönlich, nicht als Fraktionsredner, frage ich, wie sich die Regierung zur Einsetzung einer paritätischen Kommission zur Prüfung der Impffrage und zur Einführung der Gewissensklausel stellt.

Ministerialdirektor Kirchner: Die Beantwortung dieser Fragen gehört vor den Reichstag. — Herr Prof. Mirus ist überzeugter Impfgegner, der seine Kinder auf Grund von Attesten der überzeugtesten Impfgegner Preußens nicht impfen ließ. In solchen zweifelhaften Fällen muß nach dem Gesetz Untersuchung durch den Impfarzt eintreten. In dieser Sache hat der Kultusminister entschieden, sie gehört also nicht zum Medizinalwesen. Natürlich ist ein ungeimpftes gesundes Kind nicht gefährlich, aber es wird die einer Pockeneinschleppung gegenüber weniger widerstandsfähig sein. Von höheren Schulen können solche Kinder zurückgewiesen werden, **von der Volksschule nicht,** da sie dorthin auf Grund des gesetzlichen Schulzwangs kommen. (Zurufe d. Soz.)

Der Etat des Ministeriums des Innern ist erledigt. Schluß 5¾ Uhr.

Gaswerks-Etat und Vorschulen

Der Oberbürgermeister bringt den bürgerlichen Kritiker Hüllemann als Beamten zur Strecke. — Der Gaswerksetat findet doch nach dem Vorschlag des Magistrats Annahme. — Die Plusmacherei, System Holly, geht also weiter.

Debatte um die Vorschule des Gymnasiums. Obzwar ihre Schädlichkeit feststeht, weicht die bürgerliche Mehrheit einer von der Sozialdemokratie geforderten klaren Entscheidung aus.

Rosenmontag war gestern. „Rosenmontag" betitelte der Dichter Hartleben seine Tragödie des Unteroffiziers. „Rosenmontag" könnte man auch auf den Deckel des Protokolls der gestrigen Hallischen Stadtverordnetensitzung schreiben, denn sein Inhalt spiegelt die Tragödie der bürgerlich-subalternen Kritik an der städtischen Verwaltung wieder. Deutlicher gesagt: die Tragödie des Beamten-Stadtverordneten Hüllemann.

Unsere Leser werden sich entsinnen, daß Herr Hüllemann in der Stadtverordnetensitzung vor 14 Tagen lebhaftesten Widerspruch gegen den Magistratsentwurf zum Haushaltsplan des Gaswerkes erhob. Nach Meinung des Kritikers sollten die eingestellten Zahlen hinter der zu erwartenden Wirklichkeit so erheblich zurückbleiben, daß ein um mindestens 150 000 Mk. geringerer Ueberschuß eingestellt wurde. Da dies Verfahren der absichtlichen Niederhaltung der veranschlagten Gewinne aus den gewerblichen Werken nach der bisherigen Uebung bei der Etatsaufstellung durchweg angewendet worden sein soll, so erreichte die Endsumme des Gewinns nicht die Höhe, die zum Ausgleich des Voranschlages ohne Steuererhöhung notwendig gewesen wäre, mußte also die Steuererhöhung um zehn Prozent vorgeschlagen werden.

Eine große Zahl von Stadtverordneten vertritt nun die Meinung, wenn man das Mehrergebnis der Einkommensteuerveranlagung nach dem Generalpardon gebührend in Rücksicht ziehe und weiter als Ueberschüsse der gewerblichen Werke die Summen einstelle, die bisher tatsächlich erreicht wurden und die auch mindestens wieder erreicht würden — dann ließen sich die beiden Rubriken des Haushaltsvoranschlags bequem ohne jede Steuererhöhung zur Balanze bringen.

Dieser Auffassung hat sich die sozialdemokratische Fraktion angeschlossen, freilich aus anderen Gründen, insbesondere aber, weil sie die vom Magistrat bisher betriebene Plusmacher-Politik auf jeden Fall verwirft. Es ist ein ungesunder Zustand, daß eine Stadtverwaltung als Erträgnisse der gewerblichen Werke Summen in den Etatsvoranschlag einstellt, die auf Grund langjähriger Erfahrungen bombensicher von der Wirklichkeit als viel zu niedrig über den Haufen geworfen werden. Es ist weiter eine zwar angenehm scheinende, aber den städtischen Körperschaften wenig Lob verschaffende Tatsache, daß die Stadtkassenrechnung für die letzten abgelaufenen Jahre, in denen eine Steuerherabsetzung gegen die Absicht des Magistrats durchgesetzt wurde, trotz alledem mit einem Millionenüberschuß abschloß. Bei 10 Millionen überhaupt. Das ist die Politik des Wurstelns, nicht eine solche nach gesetzlichen Bestimmungen und sozialen Gesichtspunkten, wie sie von einer städtischen Finanzverwaltung betrieben werden sollte. Wenn das preußische Kommunalabgabengesetz in seinen grundlegenden Bestimmungen ausdrücklich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Naturaldiensten zur Deckung der Ausgaben und Bedürfnisse, des städtischen Bedarfs, spricht, so wird darin zugleich die Pflicht ausgedrückt, daß dieser Bedarf möglichst genau festgestellt werden muß, und daß die Erhebung von Steuern zur Ansammlung von Vermögen, außer zu bestimmten, gesetzlich erlaubten Zwecken, untersagt ist.

Die städtische Verwaltung von Halle ist der Meinung, sie sei bei dem bisher geübten Verfahren der zu knappen Schätzung der Einnahmen so gut gefahren, daß sich seine Fortsetzung empfiehlt. Und sie setzte ihren ganzen Einfluß und noch viel mehr in Bewegung, um die endgültige Annahme des Antrages Hüllemann auf höhere, den wirklichen Aussichten entsprechende Veranschlagung der Betriebsgewinne im Etat abzuwehren. Wie schon bemerkt, hatte die Stadtverordnetenversammlung vor vierzehn Tagen beschlossen, den Gaswerks-Etat an den Haushaltsausschuß zurückzugeben zur nochmaligen Beratung im Sinne der Hüllemannschen Kritik. Die große Mehrheit unterstützte des Verlangen, um so mehr, als Bürgermeister von Holly, dem Finanzdezernenten, nachgewiesen worden war, wie gleichgültig er der Tatsache gegenüberstand, daß die in den Gaswerks-Etat eingesetzten Beträge für Kohlenankauf schon zur Zeit der Ausschußberatung sich auf Grund des getätigten Jahresabschlusses in der Wirklichkeit um mehr als fünfzigtausend Mark niedriger stellten, trotzalledem aber eine Berichtigung des Etats unterblieb.

Herr Hüllemann hatte dem Haushaltsausschuß seine Berechnungen unterbreitet, denen er den dreijährigen Durchschnitt zugrunde legte. Er sagt, in den letzten drei abgerechneten Jahren hat sich der Reingewinn des Gaswerkes jedesmal um reichlich fünfzigtausend Mark gesteigert, also kann man angesichts der sicheren Entwicklung des Gaskonsums damit als mit einer festen Tatsache rechnen. Weiter verlangte der Magistratskritiker die Zugrundelegung des Ist-Ueberschusses, nicht des veranschlagten. So kam er entgegen dem Magistratsantrag, der ursprünglich nur 584 129,83 Mk., nach der Berichtigung des Betrages für Kohle 634 129,83 Mk. Ueberschuß einstellt, auf 734 000 Mk. Nettogewinn. Dieser Betrag ist immer noch geringer als der im Etatsjahr 1912-13 tatsächlich erzielte Gewinn von 765 500,06 Mk.!

Zwei Stunden währte in der gestrigen Sitzung der Kampf, bis der Magistratskritiker, vom Oberbürgermeister an der Beamtenehre gefaßt, bedingungslos die Waffen streckt und damit seinen Anträgen selbst das Grab geschaufelt hatte. Nur siebzehn Mitglieder, von sechsundsechzig, bekannten sich zum Antrag Hüllemann.

Die Tragödie ist aus. Sie hat erschreckend deutlich in die Erscheinung treten lassen, **wie groß doch die Abhängigkeit des subalternen Beamten in jeder Beziehung, selbst bei der Ausübung eines Stadtverordnetenmandats, ist.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 25-19/fragment/page=0005

Nachstehend eine kurze Skizzierung der entscheidenden

Debatte über den Gaswerks-Etat.

Der Vorsteher eröffnet die Verhandlungen mit der Bekanntgabe der Eingänge, unter denen sich eine Petition des Reichsvereins der liberalen Arbeiter, Ortsgruppe Halle, um Einführung einer Arbeitslosenversicherung befindet. Sie wurde dem Sozialen Ausschuß überwiesen, der gegenwärtig auch den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in gleicher Richtung in Beratung hat.

Dann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Der Petition der städtischen Bureauassistenten um Gehaltsregulierung — sie verlangen die Erhöhung ihres Endgehaltes um 200 Mk. von 3400 auf 3600 Mk. — wurde entsprochen. Herr Michel hatte diese Stellungnahme namens des Haushaltsausschusses empfohlen. An Kosten entstehen im kommenden Jahre bei 148 Assistenten, die die Stadt überhaupt beschäftigt, 7600 Mk. Der Entwurf zum städtischen Alters- und Pflegeheim (wir berichteten bereits gestern darüber) fand debattelos Annahme. Nur von einer Seite wurde die Höhe der Zimmer als zu niedrig bezeichnet, doch wurden diese Bedenken zerstreut. Zugestimmt wurde gleichfalls umfangreichen Landaustausch mit der Provinzialverwaltung, wobei es sich um Gelände zur Erweiterung der Irren-Heil- und -Pflegeanstalt Nietleben handelt. Die Turnhalle auf dem Roßplatz soll für die Märkte des kommenden Jahres dem Gastwirt Böhlert um den Preis von 1600 Mk. verpachtet werden.

Dann wurde in der Etatsberatung fortgefahren. Zur Debatte stand zuerst der Voranschlag des Gaswerks. Stadtv. Stedner wies auf den Antrag Hüllemann hin, der zweifellos eine fleißige Arbeit darstelle. So verlockend es auch sei, erhöhte Einnahmen in den Etat einstellen zu können, sei der Haushaltsausschuß dem Antrag doch nicht gefolgt, vielmehr empfehle er die Annahme des Magistratsvoranschlags mit der Abänderung allerdings, daß sich durch die Ersparnisse bei den Gaskohlen der Ueberschuß auf 634 129,83 Mk. erhöht. Die Berechnungen des Herrn Hüllemann wolle man dem Magistrat als Material für zukünftige Etatsfestsetzung überweisen.

Stadtv. Hüllemann: Vom Referenten haben wir nicht das mindeste gehört zur Begründung der ablehnenden Stellung, die der Haushaltsausschuß gegenüber meinem Antrag eingenommen hat. Die Ueberschüsse des Gaswerks sind eine indirekte Besteuerung der Bürgerschaft, die um so mehr zu verurteilen ist, wenn sie nicht einmal im Haushaltsplan zum Ausdruck kommt. Dagegen muß entschieden Widerspruch erhoben werden. Die von ihm vorgenommenen Aenderungen beruhten auf den wirklichen Ziffern. Die Ueberschüsse aus dem Jahre 1913 würden über 800 000 Mk. betragen, so daß, wenn 734 000 Mk. Ueberschuß eingestellt würden, diese Zahl bei weitem noch nicht die Ziffer erreichen würde, die das wirkliche Ergebnis aus 1912 und 13 darstellen. Ich beantrage, den Haushaltsplan des Gaswerks in Einnahme und Ausgabe auf 2 524 200 Mk. festzusetzen.

Bürgermeister v. Holly will sich den Dingen objektiv gegenüberstellen und der Tendenz des Vollswillens, auf Streichung der vorgeschlagenen Steuererhöhung nicht allein folgen. Daß die Ist-Zahlen des Etats mit denen des Verwaltungsberichtes nicht übereinstimmen, ergibt sich aus den Unterschieden der kameralistischen und kaufmännischen Buchführung. Nach Herrn Hüllemanns Schablone können wir keinen Etat aufstellen. Die Annahme des Antrages würde ein Mißtrauensvotum für Magistrat, Kuratorium und Haushaltsausschuß sein.

Stadtv. Hüllemann: **Auf meine guten Gründe, gegen die auch nichts vorgebracht werden kann, geht man gar nicht ein; dafür gefällt man sich in persönlichen Vorwürfen. Sogar des Spionierens im Gaswerk hat man mich verdächtigt, obwohl ich keinen Fuß ins Werk gesetzt habe wegen meiner Aufstellung.** Aber ist diese Aengstlichkeit nicht eigentlich ein Beweis dafür, daß bei uns im Gaswerk etwas nicht so ist, wie es sein sollte? Die Unterschiede in den Buchführungen kommen gar nicht Betracht, nur die Ergebnisse der Rechnungslegung. Wir haben keine Veranlassung, den Gewinn für 1914 niedriger zu veranschlagen, als er im Jahre 1912 war,

Bürgermeister v. Holly: Herr Hüllemann muß auch den vermehrten Schuldendienst und andere neue Mehrausgaben in Rechnung stellen.

Stadtv. Gerig (Soz.): Die Grundsätze, nach denen der Etat bisher aufgestellt worden ist, sind nicht mehr zeitgemäß. Das beweisen auch die kritischen Erörterungen. Ich wundere mich darüber, daß der Magistrat die Forderung des Herrn Hüllemann auf Zugrundelegung eines dreijährigen Durchschnitts nicht akzeptieren will, wo er es doch wiederholt bei anderen Etats anwandte. Er handelt, wie es scheint, nach dem Grundsatz: Wie's trifft, bald so, bald anders! (Heiterkeit.) Wir halten die Rechnung des Herrn Hüllemann für zutreffend. Im Jahre 1912 wurde ein Ueberschuß erzielt von 765 500 Mk. für verbrauchte Kohlen wurden verausgabt 630 000 Mark. 1914 erwartet der Magistrat jedoch nur 584 000 Mk. Ueberschuß, 181 500 Mk. weniger, trotzdem für Kohlen 757 000 Mark bereitgestellt werden, 127 000 Mk. mehr. Die Berechnungen des Magistrats können unmöglich stimmen. Wie könnte es sonst sein, daß 1912 für 100 Mk. verfeuerte Kohle 121 Mk. Reingewinn erzielt wurden, 1914 aber nur 77 Mk., 44 Mk. weniger — trotz der ständigen Vervollkommnung der Gaserzeugungsanlagen und Arbeitslohnersparnisse? Die Berechnungen des Herrn Hüllemann dürften durchaus zutreffend sein und wir werden für seine Anträge stimmen. Wobleibt überhaupt die von der Versammlung geforderte Uebersicht über die Betriebsergebnisse der gewerblichen Werke in den neun Monaten des laufenden Etatsjahres? Will sie der Magistrat so lange zurückhalten, bis die Etatsberatung zu Ende ist?

Stadtv. Hüllemann: Heute sagt der Magistrat, die Neuerungen müßten uns zur Vorsicht mahnen. Als er den Einheitspreis und die Automaten bewilligt haben wollte, hat er alles rosarot gemalt. (Heiterkeit.) Woran sollen wir uns denn eigentlich halten? Die Beschwerde des Vorredners über die Nichtvorlegung der Betriebsübersicht ist durchaus berechtigt. (Bürgermeister von Holly lacht.) Herr von Holly lacht, er scheint also überhaupt keine Neigung zu besitzen, unserem berechtigten Verlangen entsprechen zu wollen.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Der Eindruck ist nicht niederzukämpfen, daß diese Verhandlungen unfruchtbar bleiben müssen. Ich wäre wenigstens nach dem Gang der heutigen Verhandlungen nicht in der Lage, mir ein Bild zu machen, das mich befähigte, über die Anträge des Herrn Hüllemann die Entscheidung zu treffen. Derartige Verhandlungen gehören überhaupt in den Ausschuß. Auf Prüfung der Einzelheiten kann sich ein Plenum gar nicht einlassen. Ueberhaupt entspricht der Antrag Hüllemann parlamentarischen Gepflogenheiten nicht. Wenn Sie hier andere Sitten einführen, kommen wir in unberechenbare Bahnen. Als Beamter der Eisenbahn würde Herr Hüllemann gewiß nicht der Arbeit eines ganzen Kollegiums widersprechen. Davon wird ihn schon das Taktgefühl abhalten! Prophezeien ist eine bittere Sache. Folgen Sie nicht dem verlockenden Rufe eines Einzelnen!

Stadtv. Hüllemann dankt dem Herrn Oberbürgermeister für den konziliianten Ton. Gewiß ist es im parlamentarischen Leben üblich, den Beschlüssen von Ausschüssen beizutreten. Aber man muß doch hier beachten, daß die der Anschauung des Magistrats zugeneigten Beschlüsse gegen eine große Minderheit, die anderer Auffassung war, gefaßt wurden. Gewiß, mancher hat schon vorbeiprophezeit; und es ist möglich, daß es auch mich betrifft. (Oberbürgermeister Rive ruft laut: Aha, da haben wir's!) Ich werde im nächsten Jahr wieder auf die Sache zurückkommen.

Stadtv. Pfautsch, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, erläutert das Verfahren des Ausschusses bei der Prüfung der Hüllemannschen Anträge.

Stadtv. Dr. Herzau beantragt Schluß der Debatte. Es wird so beschlossen. Bei der Abstimmung erheben sich für die Anträge Hüllemann nur 17 Stadtverordnete. Es bleibt also bei dem Magistratsentwurf zum Gaswerks-Etat. Einverstanden ist die Versammlung mit dem Antrag, aus den Gasbehältern Luftschifferorientierungssignale zu machen durch Anbringung des Ortsnamens Halle-Saale in riesengroßen Buchstaben.

•

Für die Beseitigung der Vorschulen

am städtischen Gymnasium trat bei der folgenden Beratung von Teilen des Schuletats — Referent Stadtv. Dr. Herzau — unser Genosse Hennig ein. Er führte die mannigfachen sozialen und pädagogischen Gründe an, die für diese sozialdemokratische Forderung sprechen, und wies darauf hin, daß sogar der frühere Kultusminister Dr. Bosse einmal erklärt habe: „Es hat keine großen Vorzüge, die Kinder zunächst in die allgemeine Volksschule zu schicken, und seine sehr großen Nachteile, durch die Vorschule schon die Kinder nach Ständen und ihren Anschauungsweisen zu trennen, zu Zeiten, wo dieselben dafür noch nicht reif sind, und wo dafür ein spezielles Bedürfnis noch nicht besteht." Es sei also wirklich an der Zeit, auch in Halle den Anfang zu machen mit der Beseitigung der Vorschulen. Er stelle folgenden Antrag und erwarte, daß vor allem die pädagogisch interessierten Mitglieder des Kollegiums für ihn eintreten würden, um so mehr, als die mildeste Form gewählt sei:

Unter grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit, die Vorschulen allgemach zu beseitigen, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, bis zur Etatsberatung 1915 eine Denkschrift auszuarbeiten, die den gangbaren Weg und die praktische Durchführbarkeit der Aufhebung der Vorschulen aufzuzeigen hat.

Die Stadtvb. Hoë und Völker, zwei Lehrer, erklärten, daß sie in theoretischer Hinsicht mit der Ansicht des Genossen Hennig übereinstimmten. Die Vorschulen seien für die Pädagogen wirklich eine unerwünschte Beigabe zu den höheren Schulen. Aber die Frage ihrer Beseitigung müsse aus zwei Richtungen gewürdigt werden.

Herr Stadtschulrat Brendel machte darauf aufmerksam, daß die Hallische Schulverwaltung dem Ziele des Antrags Hennig schon zustrebe, daß es sich einstweilen aber erst um die Abschaffung der Michaelisversetzungen handele. Der Vorsitzende meinte, die große Mehrheit der Versammlung würde für den Antrag Hennig stimmen, wenn die grundsätzlich verpflichtende Einleitung fortfiele und lediglich die Ausarbeitung einer Denkschrift vom Magistrat gefordert werde. Genosse Hennig erklärte jedoch, darauf nicht eingehen zu können, um so weniger, als der Stadtschulrat kundgetan hätte, daß die Verwaltung bereits in der Richtung auf Beseitigung der Vorschulen wirke und es darauf ankomme, dieses Bestreben zu unterstützen. Stadtv. Völker entsprach nun der Anregung des Vorstehers und beantragte beim Magistrat die Vorlage einer Denkschrift. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, der Antrag Hennig aber gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Unsere Genossen allein bekannten sich frei und offen als Gegner eines aus pädagogischen und sozialen Gründen längst unhaltbar gewordenen, von den führenden Schulfachleuten bekämpften Schulsystems der Klassenscheidung. Die bürgerliche Mehrheit konnte sich nicht einmal dazu verstehen, die beantragte Zulage des Gymnasialdirektors in Höhe von 600 Mk. für die Leitung der Vorschule abzulehnen. Das „Prinzip", die Direktorengehälter nicht zu erhöhen, ist ja längst über Bord geworfen worden von den Leuten, die in allen, also auch in kommunalpolitischen Angelegenheiten unter dem Gesichtswinkel des persönlichen oder des Interesses ihrer Klasse entscheiden.

Der Etat der Volksschulen steht in der nächsten Sitzung zur Beratung.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 24. Februar 1914.

Es hilft nur eines: der Sozialismus!

Wir haben uns vor wenigen Tagen erst mit den Unzulänglichkeiten der gesellschaftlichen Hilfe gegen die Auswüchse und schlimmen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise befaßt, als ein Vortrag zu besprechen war, den der Führer der Hallischen Bodenreformer, Herr Dr. Polenske, im Leipziger Wirtschaftsverband gehalten hatte. Unserer Meinung haben wir im Schlußsatz dahingehend Ausdruck verliehen, daß die große kulturelle Not der breiten Masse des lohnarbeitenden Volkes, die der Kapitalismus der Menschheit gebracht, nur vollkommen zu überwinden sein wird mit dem Kapitalismus selbst. Deshalb sind wir Sozialdemokraten auch gefeit vor einer Ueberschätzung der Bestrebungen jener bürgerlichen Bodenreformer, die nicht dem Sozialismus, sondern dem kapitalistischen Staat dienen wollen.

Wir hätten demnach eigentlich recht wenig Ursache, uns bereits wieder mit dem gleichen Thema zu befassen. Doch eigenartige Umstände und lehrreiche Geschehnisse in Halles Mauern veranlassen uns trotzalledem dazu. Am Freitag vor acht Tagen fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung des Lehrerinnenvereins und des Frauenbildungsvereins statt, in der Herr Dr. Andler-Berlin in einem Referat die Frage erörterte: Sind wir mit unserer Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik auf dem rechten Wege? Nach einem in den bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Bericht hat der Redner, gleichfalls ein Anhänger der Bodenreform, ausgeführt:

Es geschieht an öffentlicher und privater Wohltätigkeit heute ungeheuer viel. Zahllose Versicherungen sind geschaffen. Siedelungsarbeit wird geleistet, allerlei Fürsorgeanstalten sind ins Leben gerufen. Volkskrankheiten werden bekämpft — allein 700 Vereine z. B. arbeiten zur Tuberkulosebekämpfung. **Durch alle diese Bestrebungen wird das Elend wohl gelindert, aber nicht verhütet.** Obgleich der materielle Besitz des gesamten Volkes höher ist als früher, ja höher als der anderer Völker, so ist die Verteilung des Besitzes höchst ungleich geworden. **Dagegen helfen auch Lohnkämpfe und Gehaltsaufbesserungen nichts, da das Steigen der Wohnungs- und Lebensmittelpreise die Aufbesserungen schnell verschlingt.** Verschuldetes und unverschuldetes Wohnungselend und Arbeitslosigkeit zehren an der Volksgesundheit und töten das Heimatsgefühl. Eine individualistische Weltanschauung hat geglaubt, durch Beseitigung der Schranken und Durchführung des Selbstbestimmungsrechts das Glück der Menschen zu begründen. Die dadurch entstandene freie Konkurrenz gab aber nicht jeder Arbeit ihren natürlichen Lohn, sondern erwirkte im Gegenteil die Monopolisierung des Bodens und seiner Schätze in der Hand einzelner. . . .

Liest sich dieser Auszug aus dem Bericht nicht wie ein Abschnitt aus einem Buche, das die Sozialpolitik im kapitalistischen Staate als unzulänglich, letzten Endes erfolglos kennzeichnen und die Notwendigkeit des Sozialismus begründen will?

„Das Elend wird (durch Sozialfürsorge) wohl gelindert, aber nicht verhütet."

„Dagegen helfen auch Lohnkämpfe und Gehaltsaufbesserungen nichts."

„Wohnungselend und Arbeitslosigkeit zehren an der Volksgesundheit und töten das Heimatsgefühl."

„Die . . . freie Konkurrenz gab . . . nicht jeder Arbeit ihren natürlichen Lohn."

So steht im Kommunistischen Manifest, im Erfurter Programm unserer Partei zu lesen, teilweise sogar in genauester, wörtlicher Uebereinstimmung. Aber leider zieht die Anhängerschaft des bodenreformerischen Gedankens nicht die praktischen Konsequenzen aus ihren theoretischen Grundgedanken. Sie meinen, allein aus der Ueberführung des Grund und Bodens und der Erdschätze in Staatsbesitz würde alles Heil der Menschen entspringen. Törichte Auffassung und unerfüllbare Hoffnung das! Nicht die monopolisierte Ausbeutung der Bodenschätze, nicht die kapitalistische Grundstücksspekulation sind allein schuld an dem Elend der Arbeiterklasse, sondern vielmehr und in weit stärkerem Maße die Monopolisierung der Warenproduktion und des Warenvertriebes durch die Kapitalisten: die Ausbeutung des schaffenden und verzehrenden Menschen zum Zwecke der Reichtumsanhäufung. Dagegen, gegen den Kapitalismus selbst, gilt es anzukämpfen, dem Sozialismus, der gesellschaftlichen Gütererzeugung und Verteilung ohne die Absichten des Verdienstes einzelner gilt es die Wege zu ebnen! Es ist schon so, wie wir in der Ueberschrift sagten: Es hilft uns (der Menschheit) **nur eines** (vom Elend der kapitalistischen Produktionsweise): der Sozialismus!

Die Halbheit der bodenreformerischen Bestrebungen erkannte übrigens, wie wir dem veröffentlichten Bericht weiter entnehmen, sogar die Hallische Wohnungspflegerin. **Sie meinte, die Wohnungsnot, die die Bodenreformer beseitigen möchten, sei nur ein Teil der ganzen Not. Die heutigen Zustände seien nicht einzig durch Bodenwucher hervorgerufen, sondern durch die allzu schnelle Umwandlung** des Agrarstaates Preußen mit kleineren Gemeinwesen zum Industriestaat mit schnell anwachsenden Städten. Daß schon die heutigen Wohlfahrtsbestrebungen vorbeugend wirken, ergebe sich aus der Sterblichkeitsabnahme trotz Städtezunahme. Die Bodenreformer sähen alles von ihrem Standpunkte aus.

Frau Dr. Lange vertrat also trotz alledem genau solche Halbheiten, wie die von ihr angegriffene Bodenreform. Sie erwartet sogar alle soziale Reform von der Wohlfahrtspflege. Und originell ist auch, wo die Wohnungspflegerin **die Quellen der Not gefunden zu haben glaubt: in dem rapiden Anwachsen der Industriestädte, durch die „allzu schnelle Umwandlung des Agrarstaates Preußen mit kleineren Gemeinwesen zum Industriestaat mit schnell anwachsenden Städten".** Bei allem Respekt vor der sozialen Wissenschaft **einer Dame finden wir diese Auffassung reichlich naiv. Weiß Fräulein Dr. Lange gar nichts davon, daß auch in den agrarischen Gefilden unseres Vaterlandes die Not und das Elend in erschreckendem Maße haust? Hat die Dame niemals** im städtischen Verwaltungsbericht der Stadt Halle für 1912-13 die Stelle gelesen, die sie als Wohnungspflegerin eigentlich besonders interessieren sollte, die Stelle, an der von der Rechtsberatung die Zustände auf dem Lande in der Nähe von Halle zutreffend als außerordentlich schlecht charakterisiert werden?

Es bleibt dabei: Die bürgerliche Sozialreform ist Stückwerk und wird es immerdar bleiben. Erlösung von den tausenderlei Uebeln der kapitalistischen Wirtschaftsweise, unter der heute nicht nur das Proletariat seufzt, sondern auch weite Kreise des Bürgertums, erwartet die Arbeiterklasse nur vom Sozialismus, von der Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung. Und deshalb lächeln wir über die Bodenreformer, die vom Sozialismus als von „Utopistereien" zu sprechen belieben und die gar nicht zu bemerken scheinen, daß sie damit auf ihre Bestrebungen das **rechte Kennwort geprägt haben.**

---

* **Kinderausflug.** Morgen, Mittwoch, findet bei gutem Wetter ein Ausflug nach Wörmlitz statt. Abmarsch 2½ Uhr vom Ranunschen Platz. Die Kinder aus dem Norden treffen sich um 2 Uhr im Volkspark.

* **Die neuen Grunderwerbungen der Stadt.** Der Magistrat hatte beschlossen, von den A. Riebeckschen Montanwerken A.-G. eine Anzahl Grundstücke von insgesamt 96,1853 ha in den Gemarkungen Burg, Radewell u. Osendorf und einen Teil Rudloffsche Ländereien zum Preise von zusammen 341 800 Mk. anzukaufen und die Mittel aus der Anleihe von 1910, Position für Grunderwerb, zu nehmen. Die Unterhaltung der drei Brücken, welche bislang dem Gut Radewell obgelegen hat, soll allein von den A. Riebeckschen Montanwerken getragen werden.

Die Grundstücke in Burg, Radewell und Osendorf sollen vom 1. April 1914 bis 31. Dezember 1922 für den Preis von jährlich 8400 Mk. an die Herren Rittergutsbesitzer Nette-Müglenz und Wörbzig verpachtet werden. Die Zahlung des Kaufpreises soll in der Weise erfolgen, daß die Stadtgemeinde rund 40 000 Mk. bar zahlt und der Rest auf bestehende und zu übernehmende Hypotheken verrechnet wird.

In der Begründung wurde ausgeführt: Die A. Riebeckschen Montanwerke haben sich das rund ca. 530 Morgen große Gut Radewell bis Ende Februar d. Js. zu einem Gesamtpreise von 720 000 Mk. anstellen lassen. In der Anstellung ist zur Bedingung gemacht, daß das Gut bis zum 31. Dezember 1922 für 13 250 Mk. — d. i. ein Durchschnittssatz von 25 Mk. pro Morgen — den Herren Rittergutsbesitzern Nette-Müglenz und Wörbzig verpachtet bleibt. Nun will die Stadtgemeinde eine Anzahl Flächen erwerben. Die Montanwerke haben in erster Linie Interesse an dem zu dem Gut gehörenden Kohlenfeldern; die Stadtgemeinde Halle ihrerseits hat Interesse an dem Erwerb der in der Aue gelegenen Flächen, von welchen die 30 Morgen große Ackerfläche westlich der Merseburger Chaussee zur Erweiterung der Wassergewinnungsanlage in Beesen unbedingt gebraucht wird. Auch der Erwerb der großen Pläne östlich der Merseburger Chaussee zwischen dieser und der Merseburger Eisenbahnlinie wird von dem Kuratorium des Wasserwerks im Interesse des Werkes für wünschenswert gehalten, weil ein großer Teil des aufzufangenden Wassers aus dem tiefhaltigen Untergrund dieser Grundstücke herströmt.

Der Ankauf liegt aber nicht allein im Interesse des Wasserwerks, sondern wird ebensosehr von der Landauterverwaltungsdeputation im Interesse der ferneren Erhaltung des Rittergutes Beesen befürwortet; denn ein großer Teil der zu erwerbenden Flächen grenzt unmittelbar an die Beesener Gutsländereien an. Die ganzen Flächen können nach ihrer örtlichen Lage bequem vom Beesener Gutsgehöft aus bewirtschaftet werden. Die Ergänzung des Beesener Gutsbestandes ist nötig, weil schon jetzt und in kommender Zeit immer mehr von dem alten Gutsbestande, soweit er östlich der Halle—Ammendorfer Chaussee gelegen ist, zu industriellen Zwecken entzogen wird.

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Rittergasse 1 :: Bitterfeld, Halleschestrasse 17. Eilenburg, Leipzigerstrasse 25 :: Torgau, Bäckerstrasse 16. [...]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 25-19/fragment/page=0006

Bei Berechnung des Preises für die von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Gutsländereien ist für

30 Viertelhektar Acker	ein Preis von je	1000 Mk.	90 000 Mk.
80 „ „	„ „ „	900 „	72 000 „
170 „ Wiese	„ „ „	900 „	153 000 „
12½ „ Wasserstück	„ „ „	200 „	2 500 „
		zusammen	317 500 Mk.

auf Grund des eingeholten Gutachtens des Herrn Professors Dr. Steinbrück vom 21. November 1913 eingesetzt worden.

Der Magistrat hält den Kaufpreis, nachdem es in langwierigen Verhandlungen gelungen ist, die schwerwiegende Brückenlast, betr. Unterhaltung dreier Brücken, auf die Riebedichen Montanwerke abzuwälzen, für günstig.

Zugleich mit dem Netteschen Gutsland sollen 32 Morgen Wiese des Rudolfischen Bauernguts zum Preise von 800 Mk. pro Morgen übernommen werden. Der Erwerb der 9 Morgen großen Fläche südlich des Dorfes Planena liegt wiederum im Interesse des Wasserwerks. Das Kuratorium hat sich bereit erklärt, diesen Plan zum Preise von 900 Mk. pro Morgen zu erwerben. Die übrigen 29 Morgen gruzen unmittelbar an die von Nette's zu erwerbenden Gutsländereien. Da die Familie Nette die den A. Riebedichen Montanwerken gegebene Anstellung nur bis Ende Februar 1914 verlängert hat, war die Erledigung der Vorlage sofort geboten. Ohne Debatte wurde dem Magistratsantrage in der geschilderten Stadtverordnetensitzung zugestimmt.

* **Die erste Voranschlagsüberschreitung beim Schwimmbadbau.** Bei den Ausschachtungsarbeiten für den Neubau des Hallenschwimmbads hat sich herausgestellt, daß größere Felsmassen vorhanden sind, was nach den seinerzeit angestellten Bohrversuchen nicht angenommen worden war. Für Beseitigung der geschlossenen Felsmassen fordert der Unternehmer eine Zulage von 6,50 Mk. für den Kubikmeter. Der Magistrat hat diese Mehrforderung, soweit es sich um Felsen handelt, der durch Sprengen beseitigt werden muß, anerkannt. Hierdurch entsteht gegenüber dem Kostenanschlag eine Mehrausgabe von 3000 Mk.

* **Gasfernzündung.** Die städtische Gasanstalt hat die erste Gasfernzündungsanlage bei Privaten in der Wohnung des Ingenieurs Waldmann, Bertramstraße 24, ausgeführt. Eine mit Fernzünder ausgestattete Gaslampe steht der Bequemlichkeit, wie sie elektrisches Licht bietet, nicht nach. Ein Vorzug der Fernzünder besteht darin, daß eine Lampe von zwei Stellen aus beliebig gezündet oder gelöscht werden kann. Auch brennt nicht dauernd, wie bei Kleinstellern, eine Zündflamme, sondern ein elektrischer Funke bringt im Moment der Oeffnung des Gashahns das Gas zur Entzündung.

* **Ueber die Verlängerung der Stadtbahn nach dem Süden** werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Vom Rannischen Platz werden im Bogen zwei Gleise in die Beesener Straße hineingelegt, dann geht ein Gleis fast in der Mitte der Straße bis zum Endpunkt. Am Melanchthonplatz und am Endpunkt werden Weichen angelegt. Mit der Anlage dieser Bahnlinie wird zugleich ein Stück Straße vor der Provinzial-Blindenanstalt reguliert. Es wird wohl von niemand Einspruch erhoben werden, so daß mit der Anlage alsbald begonnen werden kann. Kommt nichts Unvorhergesehenes dazwischen, so kann die Bahnlinie in wenigen Monaten fertiggestellt sein.

* **Schnellere Verbindung zwischen Berlin, Halle und Stuttgart.** Vom 1. Mai ab werden neue rasche Züge zwischen Berlin und Stuttgart verkehren. Der Fahrplan ist folgender: Berlin (Anh. Bahnhof) ab 7.48 Uhr vorm., Halle ab 9.42 Uhr vorm., Stuttgart an 5.56 Uhr nachm. In der Nord-Richtung: Stuttgart ab 1.30 Uhr nachm., Halle an 9.58 Uhr nachm., Berlin (Anh. Bahnhof) an 11.50 Uhr nachm. Die Züge werden Wagen 1. und 2. Klasse und Speisewagen führen.

* **Neue Armenpfleger.** In der letzten geschlossenen Stadtverordnetensitzung wurden im 2. Armenbezirk anstelle des Zahnarztes Paul Waichel der Uhrmacher Hermann Uhlig, Kleine Märkerstraße 11; im 21. Armenbezirk anstelle des Fabrikanten Otto Braune der Buchdruckereibesitzer Paul Nietschmann, Geiststraße 28, und im 15. Armenbezirk anstelle des Kaufmanns Willi Gottschalk der Kaufmann Albert Ehrhardt, Merseburgerstraße 14, zu Armenpflegern gewählt.

* **Wie vernichtet man Tuberkelbazillen in der Milch?** Die Polizei gibt bekannt: In der Kuhmilch sind von amerikanischen Forschern wiederholt lebensfähige Tuberkelbazillen nachgewiesen worden. Solche Milch kann der menschlichen Gesundheit schädlich werden und insbesondere bei Kindern Darmschwindsucht hervorrufen. Diese Gefahren können nach zahlreichen, in dem Institute für ansteckende Krankheiten in Berlin bis in die jüngste Zeit wiederholten Kochversuchen leicht und vollkommen dadurch beseitigt werden, daß **Milch und Sahne vor dem Genusse fünf Minuten lang am zweckmäßigsten in einem irdenen, innen gut geglätteten und gedeckten Kochtopfe im Sieden (Aufwallen) erhalten werden.** Zur Verhütung des Anbrennens muß die Milch (Sahne) vom Beginn des Aufwallens bis zum Entfernen vom Feuer hin und wieder gerührt werden.

* **Stadttheater.** Heute abend — Beginn 8 Uhr — erste öffentliche Aufführung des vieraktigen Scherzspiels Schirin und Gertraude. Morgen (Mittwoch) abends 6 Uhr: Parsival, mit dem Berliner Tenor Paul Hansen in der Titelrolle. Den Amfortas singt der Hofopernsänger Cornelis Bronsgeest aus Berlin, die Kundry unsere einheimische Hochdramatische, Frl. Susanna Stolz, der sich Herr Kammersänger Franz Schwarz als Gurnemanz und Herr Viktor Erik van Horst als Klingsor anschließen. Die gesamte übrige Besetzung ist genau die gleiche wie bei den Festvorstellungen. Die Preise sind ungefähr um die Hälfte der Festspielpreise ermäßigt worden; eine weitere Ermäßigung ist für die letzte Vorstellung, die für kommenden Sonntag in Aussicht genommen ist, nicht vorgesehen. Es muß aus diesem Grunde von Vorstellungen im Abonnement Abstand genommen werden. Donnerstag zum 15. Male: Wie einst im Mai; Freitag: Hamlet; Sonnabend: Der Waffenschmied.

* **Bei der Arbeit verunglückt.** In der Hafenstraße stürzte ein Arbeiter beim Auffstapeln von Säcken aus einer Höhe von 3 bis 4 Metern von einer Treppe. Er erlitt anscheinend innere Verletzungen und wurde mit einem Kraftwagen nach dem Diakonissenhause geschafft.

* **Kleine Nachrichten.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 22. Februar 1 goldene Krawattennadel mit 1 Ausstreldiamant, 4 goldene Damenringe mit 4 weißen Perlen und 1 Rubin mit 1 Opal, mit 1 Blutstein und mit kleinem roten Stein; am 20. Februar ein gelbgestrichener Handleiterwagen, 1 Meter lang, eine hintere Stemmleiste ist mit Draht befestigt, an der hinteren Querleiste sind die Buchstaben G. L. eingeschnitzt. — Die Influenza (Brustseuche) unter den Pferden des Herrn Oswin Schreiber im Grundstück Schmiedestraße 20 ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßregeln und die Grundstücksperre sind aufgehoben worden. — Gestern nachmittag gegen ½4 Uhr verunglückte in der Bismarckstraße ein Radfahrer durch Sturz vom Rade und brach den rechten Oberschenkel. Er wurde von zwei Männern in ärztliche Behandlung gebracht.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Volkspark. Wie aus dem gestrigen Inserat ersichtlich ist, findet heute abend großer Fastnachtstrummel mit originellen Ueberraschungen statt. Die Räume sind mit schöner Walddekoration ausgestattet, so daß sie einen gemütlichen Aufenthalt bieten.

Walhalla-Theater. Heute zur Fastnacht wird Das Farmermädchen zum zehntenmal gegeben. Anschließend daran ist karnevalistischer bunter Abend, gegeben von sämtlichen Solo-Mitgliedern des May Halden-Ensembles. Auch wird es an diversen ulkigen Ueberraschungen nicht fehlen.

Apollo-Theater. In dem gegenwärtigen Varietéspielplan nimmt das Ausstattungsstück: Eine Meile in der Minute, mit seiner Ueberraschung am Schlusse der Vorführung ein täglich sich steigerndes Interesse in Anspruch. Es sei besonders bemerkt, daß diese Attraktion, die im Berliner Metropol-Theater allabendlich den Höhepunkt der Vorstellung bedeutete, nur noch bis nächsten Sonnabend zu sehen ist.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterregierung und Streiks.

In Neuseudwales gewann die Arbeiterpartei über die in der liberalen Partei koalierten Gegner bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen erneut einen glänzenden Sieg. Während der Wahlkampagne waren die Gegner ganz besonders mit dem Vorwurf hervorgetreten, daß der wirtschaftliche Friede von einer Arbeiterregierung stets gefährdet und zum Beispiel die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe unter der Arbeiterregierung bedeutend größer gewesen sei wie unter dem liberalen Regime. Die von der Arbeiterregierung aus Anlaß dieser Behauptung gemachten statistischen Feststellungen aber ergaben ein überraschendes Resultat: bei gleicher Regierungsdauer waren unter liberalem Regime 531 Streiks mit 120 366 Beteiligten und 2 512 468 verlorenen Arbeitstagen zu verzeichnen, unter dem Arbeiterregime dagegen nur 388 Streiks mit 92 437 Beteiligten und 771 413 verlorenen Arbeitstagen. Auf jeden Beteiligten kamen danach unter liberalem Regime 23,7, unter dem Arbeiterregime aber nur 8,3 verlorene Arbeitstage. Auch eine Arbeiterregierung kann unter dem heutigen Wirtschaftssystem Streiks nicht ganz verhindern, aber ihr Vorhandensein genügt, dem Unternehmertum die Hoffnung auf das Auftreten der staatlichen Macht gegen Arbeiter zu nehmen. Das erklärt auch, warum unter der verhaßten Arbeiterherrschaft die Streiks so viel schneller beendet werden konnten.

Soziales.

Die Hinterbliebenenrente schlechter wie Armenunterstützung.

Wie verbesserungsbedürftig das System der staatlichen Arbeiterversicherung in Deutschland ist, läßt besonders drastisch die „Hinterbliebenenversicherung" erkennen. Man braucht nur die Leistung dieser Versicherung, auf die sich die herrschenden Kreise so viel zugute tun, mit den Leistungen der Armenfürsorge in Vergleich zu stellen.

Nach neuerdings in 20 deutschen Großstädten angestellten Erhebungen erhält eine Einzelperson durchschnittlich 4,79 Mk. Armenunterstützung pro Woche. Das ergibt für das Jahr eine Summe von 249 Mk. Die Hinterbliebenenrente für eine Witwe deren verstorbener Ehemann durch jahrelange Beitragszahlung bei einer Landesversicherungsanstalt Anwartschaft auf Unterstützung für sich oder seine Hinterbliebenen erworben hat, beträgt aber bis zum Jahre 1917 für die Witwen versicherungspflichtiger Männer und bis zum Jahre 1924 für Witwen freiwillig versicherter Männer höchstens 68 Mark im Jahre. Das macht pro Tag den horrenden Betrag von zirka 17 Pf. aus. Um aber in den Genuß dieser Unterstützung zu kommen, muß erst die Erwerbsunfähigkeit infolge Invalidität bei der Witwe anerkannt sein. Dadurch allein gehen zirka 90 Prozent aller Witwen ihres Anspruches auf Hinterbliebenenrente verlustig.

Die Opfer der Lungenschwindsucht.

Die Lungentuberkulose ist in der kapitalistischen Gesellschaft die schrecklichste Geißel der Menschheit geworden. Und es hat den Anschein, als ob diese verheerende Krankheit, die aus den sozialen Verhältnissen entspringt, an Ausdehnung und Furchtbarkeit nicht abnimmt, sondern immer noch fortgesetzt im Zunehmen begriffen ist. Das Reichs-Gesundheitsamt veröffentlichte kürzlich im dritten Heft der „Medizinalstatistischen Mitteilungen" das Resultat der Erhebungen in den Jahren 1908, 1909 und 1910 über die Heilanstalten des Deutschen Reiches, das jedenfalls sehr nachdenklich stimmen muß und Veranlassung genug ist, sich mit diesen sozialen Erscheinungen immer ernsthafter zu beschäftigen. Mit Lungentuberkulose gingen den allgemeinen Krankenhäusern während der drei Berichtsjahre nacheinander 105 146, 113 722, 123 336, im ganzen 342 204 Kranke zu, darunter 124 641 (36,4 Proz.) weiblichen Geschlechts. Im Vergleich mit den vorhergehenden dreijährigen Berichtszeiten hat die Zahl der Lungenkranken um 72 936 oder um 27,1 Proz. zugenommen. Von je 1000 überhaupt in Zugang gekommenen Kranken litten im ganzen rund 63 an Lungentuberkulose. Diese starke Zunahme der Tuberkulosekranken in den Heilanstalten ist natürlich auch darauf zurückzuführen, daß immer mehr Tuberkulose vorübergehend Aufnahme in Lungenheilanstalten finden. Aber es liegt auch noch kein Anzeichen vor, aus dem auf eine Abnahme der Lungentuberkulose geschlossen werden könnte. In den Heilanstalten findet ja auch nur ein kleiner Teil der Kranken Aufnahme. Und es steht fest, daß alljährlich immer noch mehr als 100000 Menschen, zum weitaus größten Teil Arbeiter, dieser Volksseuche zum Opfer fallen.

Solche Massenopfer sind sicherlich nur durch eine ganz gründliche Umwälzung der heutigen Zustände zu verhindern. Die Sozialdemokratie arbeitet rüstig daran.

Aufgelöste Aerzte-Organisation.

Der Reichsverband deutscher Aerzte, eine Gegenorganisation des Leipziger Aerzteverbandes, die sich für die Kämpfe mit den Krankenkassen bildete, hat sich am Sonntag wieder aufgelöst. In dem Auflösungsbeschluß heißt es, daß die Einigungsverhandlungen mit den Krankenkassen die Programmforderungen des Reichsverbandes der Aerzte erfüllt und auf 10 Jahre festgelegt hätten. Demzufolge habe der Reichsverband seine Ziele erreicht und könne die Waffen niederlegen. Der Verband zählte zuletzt ca. 150 Mitglieder.

Die im Leipziger Verband organisierte große Masse der deutschen Aerzte ist bekanntlich nicht so friedfertig.

Aus der Provinz.

Mansfeld. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Gehaltserhöhung eines endgültig angestellten Lehrers nachbewilligt. Sodann wurde über die Verlegung der Aborte in der Turbenschule debattiert, die annähernd 3000 Mk. Kosten verursachen würde. Der Stadträter stimmten einem Antrage zu, wonach gebaut werden soll, wenn — Geld vorhanden ist. Es wäre an der Zeit, die Aborte aus hygienischen Gründen recht bald zu verlegen; aber in Mansfeld ist für allerhand Patriotenfeiern wohl Geld vorhanden, aber nicht für notwendigere und nützlichere Dinge. Einem Antrage, die Wasserleitung am Spahnweg weiterzuführen, wurde zugestimmt und die Arbeit dem meist mit Lehrlingen arbeitenden Herrn Dittmar übertragen. Sodann erstattete der Bürgermeister den Verwaltungsbericht, aus dem hervorgeht, daß die Landratsresidenz Mansfeld 2379 Einwohner hat. Es haben 16 Magistrats- und 14 Stadtverordnetensitzungen stattgefunden. Wähler sind 449 vorhanden, und zwar 13 erste, 82 zweite und 354 drittklassige. Zu Pflasterzwecken war nichts vorhanden, trotzdem man in unserem Spießbürgernest auf manchen Straßen Hals und Beine brechen kann. Die Klage mit dem Großagrarier Heine-Möllendorf, die sehr oft hinter verschlossenen Türen debattiert worden ist, schwebt noch. Der Berichterstatter sagte unter anderem noch, daß der Gesundheitszustand der Stadt ein guter sei, denn die meisten Sterbefälle entfielen auf das Siechenhaus. Diese Tatsache ist sehr oft bestritten worden. Da die Stadtväter an den Verwaltungsbericht nichts auszusetzen hatten, wurde zur Etatsberatung geschritten. In etwa 30 Minuten war die schwere Arbeit geleistet und der Etat durchberaten. Der Gesamtetat schließt ab mit 68 200 Mk. Steuerzuschläge werden erhoben bis 240 Mk. Einkommen 200 Proz., und von 240 Mk. ab 240 Proz. Zuschlag. Die Unterstützungen, welche die Insassen der Wernickeschen Stiftung erhalten, betragen monatlich 5 Mk., wovon noch Feuerung und Nahrung besorgt werden muß. Bekanntlich war es ein Vertreter der dritten Klasse, der mit Hilfe des besonders gut funktionierenden Mansfelder Systems ins Stadtparlament kam, der bei Beratung eines Antrages, die Unterstützungen zu erhöhen, entwortete, man sollte doch die alten Weiber nicht zu Millionärinnen machen. Merkwürdigerweise war es diesmal wieder derselbe Herr, welcher der Witwe Puff, die monatlich 3 Mk. Unterstützung zur Erziehung ihrer Kinder erhält, diese beschneiden, ihnen noch kürzen wollte. Für Beleuchtung sind diesmal 100 Mk. mehr eingesetzt. Merkwürdig ist es auch, daß, trotzdem die Bevölkerungszahl zurückgeht, die Verwaltungskosten immer mehr steigen. Ob das auch mit Sparsamkeit zusammenhängt, können wir nicht feststellen. Wie es scheint, hat der „Generalpardon" mit dazu beigetragen, daß wir von einer drohenden Steuerhöhung für diesmal verschont worden sind, denn nach umgehenden Gerüchten haben auch hier verschiedene Leute, die sonst als arm gelten, einen hübschen Haufen Geld ans Tageslicht gebracht.

Torgau. Eine Warnung für Auswanderungslustige. Der Oberschweizer Eichhorn vom Rittergut Tristewitz, ein Schweizer vom Rittergut Zwethau und noch mehrere andere wanderten vor zwei Jahren mit ihren Familien nach Kanada aus, um dort Reichtümer zu erwerben. Jetzt teilt die Frau des Oberschweizers einer Freundin in Tristewitz mit, daß vor nicht langer Zeit ihr Mann sowie sein Freund, der Zwethauer Schweizer, auf der Jagd von wilden Tieren getötet worden seien. Trotz der zweijährigen Anwesenheit in der „neuen Welt" scheinen die Auswanderer kein Glück gehabt zu haben, denn die Frau befindet sich mit ihren Kindern in größtem Elend und sie ersucht ihre Bekannten um Zusendung von Geldmitteln, um die Heimreise nach der Heimat antreten zu können. Nicht genug, daß in den meisten Fällen die in Kanada Einwandernden öde und wilde Ländereien vorfinden und erst jahrelang schuften müssen, ehe ihre Arbeit den verdienten Lohn einbringt, so fallen sie auch noch wilden Tieren zum Opfer und lassen die Familienangehörigen in tiefstem Kummer zurück. Darum soll auch dieser Fall eine Warnung vor der Auswanderung sein.

Kleinleipisch. Die Gemeindevertreterwahl findet nächsten Freitag, den 27. Februar, im Henselschen Gasthofe in folgender Weise statt: Abends 8 bis ½9 Uhr für die dritte Klasse, von ½9 bis 9 Uhr für die zweite Klasse, von 9 bis ½10 Uhr für die erste Klasse Wähler, Parteigenossen, erscheint alle pünktlich zur Wahl. Die Kandidaten werden vor der Wahl bekanntgegeben.

Mühlberg. Stadtverordnetensitzung. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten gab der Vorsteher bekannt, daß am 26. Januar eine Revision der Stadthauptkasse und der Sparkasse stattgefunden habe und alles in Ordnung gefunden wurde. Der in voriger Sitzung als Protokollführer gewählte Stadtsekretär Wunderlich wurde vom Bürgermeister für seine Tätigkeit verpflichtet. — Die Periode des Schiedsrichters war abgelaufen und wurde Buchbindermeister Franz Elteste für dieses Amt einstimmig wiedergewählt. Das in der Vorstadt an Baumeister Muschter abgetretene Straßenland, 50 Quadratmeter, berechnete die Versammlung auf 250 Mark. Dies wurde angenommen. Dann wurde beraten über einen Magistratsantrag dahingehend, die bereits früher bewilligte Summe von 3000 Mark zur Ansiedlungsgesellschaft Sachsenland auf 2000 Mark herabzusetzen. Früher war sich der Magistrat und die Stadtverordneten einig wegen einer Beteiligung mit 3000 Mark. Genosse Naumann erklärte im Namen der drei sozialdemokratischen Vertreter, daß sie an der ganzen Sache kein Interesse mehr hätten, da es sich ja nur noch um eine unwesentliche Sache handele und sie die Beteiligung daran nicht mit beschließen hätten. Er erklärte weiter, daß, wenn heute darüber definitiv beschlossen würde, würden die drei Arbeitervertreter dagegen stimmen. Auf eine Begründung verzichtete Genosse Naumann, da der Vorsteher zweifellos dies nicht mehr zulassen würde und es bereits beschlossene Sache sei. Mit 6 gegen 2 bürgerlichen Stimmen wurde der Antrag angenommen. Unsere drei Genossen enthielten sich der Abstimmung. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Allerlei.

Die Agrarier und Berlin bei Nacht.

Ueber die Nachtlokale in der Agrarierwoche lesen wir im B. T.: „Man hat gesehen, daß im Laufe voriger Woche sowohl im Reichstag wie im preußischen Abgeordnetenhause die Berliner Sittenverhältnisse wieder einmal in sehr düsteren Farben geschildert und alle staatlichen Mächte gegen die Berliner Nachtlokale aufgerufen worden sind. Am Mittwoch hat der Abgeordnete Dr. Oertel seine Moralrede gehalten, am gleichen Tage hat im Abgeordnetenhause der konservative Freiherr Schenk zu Schweinsberg sich gegen die „Schmutzfluten" gewendet und gesagt: „Berlin bei Nacht, angeblich ein Stern erster Größe, ist der dunkelste Fleck in Preußen und im Deutschen Reiche", und der Freikonservative Vorster hat „scharfe Maßnahmen" gefordert und von den Besuchern der Berliner Nachtlokale erzählt, sie zeichneten „sich häufig mehr durch Alter und Schminke als durch Jugend und Schönheit aus". Gerade in derselben Woche, wo die konservativen Herren sich derartig gegen das Berliner Nachtvergnügen ereiferten, hat bekanntlich der Bund der Landwirte im Zirkus Busch seine große Heerschau abgehalten. Und da die Ereignisse zu zusammentrafen, schien es uns interessant, durch eine Anfrage bei den Besitzern einiger bekannter Berliner Nachtlokale festzustellen, wie weit die Abneigung der Konservativen und Agrarier gegen das Berliner Nachtleben sich im Augenblick der landwirtschaftlichen Bundesveranstaltung bemerkbar gemacht hat.

Im Admiralskasino erklärt man: „Es sind in allen unseren Etablissements sehr viele Landwirte gewesen; der Besuch war bedeutend stärker als sonst." Im Moulin Rouge: „Der Besuch war weit stärker, prozentual nicht feststellbar." Im Restaurant Riche (Nachtfalter), Unter den Linden: „Es war eine Zunahme der Besucherzahl um etwa 15 bis 20 Proz. zu konstatieren, der Gewinn aber nicht höher, da das mehr ausgebende Publikum ausblieb." Im Palais de Danse und in Mascotte: „Der Besuch beider Lokale war in der landwirtschaftlichen Woche viel stärker. Er betrug etwa 20 Proz. mehr. Am Sonntag und Montag war ein besonders großer Ansturm auf die billigen Plätze im Palais de Danse, so daß um 1 Uhr gesperrt wurde und Hunderte von Personen abgewiesen werden mußten." Im Berliner Vergnügungspalast (Rosensäle): „Den Mehrbesuch kann man auf etwa 10 Proz. schätzen." In Tom Grünfelds Weinstuben in der Jägerstraße: „Der Verkehr war stärker, es kamen sehr viele Landwirte." Im Alten Ballhaus: „Wir hatten eine Mehreinnahme durch die Landwirte, doch stand die Einnahme in keinem Verhältnis zu der Anzahl der Gäste." Im Tabarin: „Unser Lokal hatte während der Landwirtschaftswoche einen außerordentlich stärkeren Besuch als sonst aufzuweisen." Nur Trocadero und Apollolokalen haben keine Steigerung der Besuchsziffer vermerkt. Aus zwei Nachtlokalen wird berichtet, die Herren vom Lande hätten „Radau gemacht" und andre Gäste „vergrault".

Aus diesem Ergebnis der Umfrage ließen sich sehr, sehr weitgehende Schlüsse ziehen. Aber wir wollen nur mit dem B. T. schüchtern bemerken: es ist doch nicht hübsch, nicht gerecht und eigentlich nicht dankbar, die „Schmutzflut" so pathetisch zu schmähen, wenn es feststeht, daß eine stattliche Anzahl der konservativ-agrarischen Männer in diese Fluten unterzutauchen liebt." Sie fühlen sich sauwohl in dem Sumpf.

Dynamitattentat auf einen Bischof.

Der nationalistische Hader, der seit Jahren das gesamte öffentliche Leben Ungarns vergiftet, hat sich am Montag vormittag in einem Dynamitattentat auf die bischöfliche Residenz in Debreczin furchtbaren Ausdruck verschafft. In dem Palais des griechisch-katholischen Bischofs Dr. Miklosiy kam eine Höllenmaschine zur Explosion, durch die drei Personen getötet und sieben schwer verletzt wurden. Ueber das Attentat erhalten wir folgende Meldungen:

Debreczin, 23. Februar. Eine furchtbare Detonation, die alle Stadtviertel in Schrecken versetzte, wurde heute vormittag 11 Uhr aus der Gegend der Handels- und Gewerbekammer, in deren Nähe der Bischof des griechisch-katholischen Bistums wohnt, gehört. Den von allen Seiten Herbeieilenden bot sich ein fürchterlicher Anblick. Das Bischofspalais lag zum großen Teil in Trümmern. Das zu Hilfe herbeigeeilte Militär befreite unter großer Mühe sechs Tote und acht Schwerverletzte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0007

aus den Ruinen. Hatte man erst vermutet, daß die verheerende Explosion auf entstandene Heizungsdefekte zurückzuführen sei, so ergab die Untersuchung alsbald, daß es sich um ein schweres Dynamit-Attentat handelte. Unter den Toten befinden sich der Vikar des Bischofs Dr. Jaczkovics, der bischöfliche Sekretär Dr. Schleptovsky, der Advokat Dr. Esath. Unter den Schwerverletzten sind die Advokaten Dr. Kun und Dr. Tiroler, dessen Frau sowie die Gattin eines Theaterdirektors. Der Bischof selbst entging dem sicheren Tode, da er, seit längerem kränklich, zufällig kurz vorher im Tragstuhl aus dem Palais zu einer Spazierfahrt hinausgebracht worden war. Die Explosion hat auch in der Nachbarschaft großen Schaden angerichtet. Abgesehen davon, daß viele Fensterscheiben zerbrachen, verletzten umher geschleuderte Ziegelsteine gerade in der Nähe befindliche Passanten. Als die Tochter des Bischof-Stellvertreters von dem Tode ihres Vaters in Kenntnis gesetzt wurde, erlitt sie einen Wahnsinnsanfall. Die Getöteten erlitten besonders an den Füßen entsetzliche Verletzungen. Der Advokat Esath starb an innerer Verblutung. Den sieben am schwersten Verletzten wurden die Blutadern im Gesicht vom Luftdruck aufgerissen; sie erlitten Blutungen von Nase und Mund. Die leichter Verletzten klagen über Schmerzen in der Brust. Sie wurden ins Spital gebracht.

Budapest, 23. Februar. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Dynamitbombe von Czernowitz mit der Post an den Bischof Miklossy gesandt worden ist. Ein gestern eingetroffener Brief kündigte an, daß eine Sendung, enthaltend einen Kirchenleuchter und einen für Kultuszwecke geeigneten Teppich aus Leopardenfell sowie 100 Kronen für den Bischof ankommen werde. Der Brief war mit Anna Kovacs unterschrieben. Die Sendung traf auch wirklich ein und wurde von dem bischöflichen Vikar geöffnet, der durch die Explosion sofort getötet wurde. Die Zahl der Toten beträgt drei, die der Verwundeten sieben. Die anfangs aufgetauchte Vermutung, daß der Anschlag aus einer Mißstimmung der protestantischen Bevölkerung entsprungen sei, hat sich als völlig grundlos erwiesen.

Neue Schneestürme im Westen.

Nachdem schon seit einigen Tagen vereinzelte Meldungen von Ueberschwemmungen und Schiffskatastrophen von der atlantischen Küste kamen, wird jetzt aus den westlichen Ländern allgemein ein schwerer Wettersturz gemeldet.

Karlsruhe, 23. Februar. In der verflossenen Nacht ist im Schwarzwald wieder ein Witterungswechsel eingetreten. Bis auf 600 Meter herab schneit es. Der Neuschnee liegt in der Höhenlage von etwa 10 Zentimeter. Die Temperatur ist von gestern mittag 11 Grad Wärme auf heute früh 2 Grad Kälte gesunken.

Paris, 23. Februar. Der Sturm fährt fort zu wüten; in verschiedenen Gegenden haben Wasserhosen und Hagelschlag schweren Schaden angerichtet. Im Departement Vendée hat das Meer die Küsten schwer beschädigt; auch das Mittelländische Meer hat Verheerungen angerichtet. In der Gegend von Toul haben ebenfalls Verwüstungen stattgefunden; in einem Dorfe sind die Kirche und achtzig Häuser beschädigt worden.

Paris, 23. Februar. Heute morgen ist ein heftiges Gewitter über die Stadt niedergegangen. Die Straßen waren bald in Bäche verwandelt. Im Departement Aveyron ist heftiger Schneefall eingetreten, der bereits 24 Stunden anhält. Die Gegend ist mit einer dichten Schneeschicht bedeckt.

Lissabon, 24. Februar. Schwere Stürme haben in ganz Portugal große Verheerungen angerichtet. Zahlreiche Telegraphenstangen sind umgerissen worden. Die Flüsse führen Hochwasser.

Verbesserungen im Eisenbahnverkehr

In der vom 18. bis 20. März abzuhaltenden Sitzung des Personenwagenausschusses der preußisch-hessischen Eisenbahnen sollen Verbesserungen der D-Zugwagen dritter Klasse besprochen werden. Im Anschluß an die Konferenz wird eine Probefahrt mit einem verlängerten D-Zugwagen auf der Strecke Berlin—Halberstadt erfolgen.

Ein Riesenbrand.

Der Brand der Naphthabehälter in den Bakuniwerken bei Baku dauert fort. Bisher sind in 18 Reservoirs über 500000 Pud Naphtha verbrannt. Der Schaden beträgt eine Million Rubel.

Versammlungsberichte.

Bezirksversammlungen im Gau 17 des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität. Die Bezirke 3 und 12 hielten ihren Bezirkstag gemeinsam am 8. Februar in Halle ab. Anwesend waren 15 Delegierte. Nach dem Jahresbericht des Bezirksleiters hatte die Bezirkskasse eine Einnahme von 151,58 Mk., der eine Ausgabe von 126,28 Mk. gegenübersteht. Anfangs des Jahres zählte der Bezirk 20 Mitgliedschaften mit 468 Mitgliedern, am Ende 18 Mitgliedschaften mit 528 Mitgliedern. Unterstützungen wurden in zehn Fällen, insgesamt 267,50 Mk., Rechtsschutz in vier Fällen gewährt. Genosse Mahlburg vom Gauvorstand sprach dann über die Politischerklärung des Bundes. Als Bezirksleiter für den 3. Bezirk wurde Genosse Wilczek-Bennstedt wiedergewählt, für den neugebildeten 12. Bezirk wurde Gen. Meißner-Osendorf gewählt. Der 12. Bezirk veranstaltet am Karfreitag eine Ausfahrt nach Leipzig.

Der Bezirk 7 tagte am 15. Februar in Düben; 18 Mitgliedschaften waren vertreten. Dem Jahresbericht des Bezirksleiters ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder im Bezirk von 948 auf 1043 stieg. Die Nadelstichpolitik der Behörden haben auch im Berichtsjahr verschiedene Mitgliedschaften zu spüren bekommen; geschadet hat dieses der Bewegung nichts, im Gegenteil haben sich gerade an den betreffenden Orten die Mitgliedschaften gekräftigt. Unfälle wurden zwölf gemeldet, wofür 254 Mk. Unterstützung und 10 Mk. Sterbeunterstützung gezahlt wurden. Der Kassenbericht schließt ab: Einnahme 164,48 Mk., Ausgabe 127,40 Mk., mithin Kassenbestand 37,08 Mk. Zum Bezirksleiter wurde Wiewald-Eilenburg wiedergewählt. Beim Punkt Gautag brachte der Gauleiter die neuen Bestimmungen über das Wahlverfahren zur Sprache. Der Antrag, an Stelle des Gaufestes eine Gauausfahrt zu beschließen, wurde angenommen. Folgender Antrag soll zum Gau- bezw. Bundestag gestellt werden: „Der Bundestag wolle beschließen: a) Die Obmänner sowie Fahrwarte sind verpflichtet, gemeldete Radunfälle eingehend zu untersuchen; b) jeder Radunfall ist dem Bezirksleiter zu melden.“ Die erste Bezirksausfahrt findet am 24. Mai statt mit Bericht vom Gautag in Delitzsch, die zweite am 6. September mit Bericht vom Bundestag.

Die Bezirke 8 und 13 hielten am 8. Februar in Torgau ihren diesjährigen Bezirkstag ab. Außer Bethau und Kähnitzsch waren alle Mitgliedschaften durch Delegierte vertreten. Aus dem vom Bezirksleiter erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß am Schlusse des Jahres 670 Mitglieder vorhanden waren. Für zehn Unfälle wurden 351,75 Mk. ausgezahlt. Die Einnahme der Bezirkskasse betrug 138,70 Mk., der eine Ausgabe von 48,51 Mk. gegenübersteht. Seit 1. Januar ist der 8. Bezirk geteilt und der 13. Bezirk gebildet worden. Sodann hielt der Gauleiter Bandermann-Halle einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Politischerklärung des Bundes. Der Bericht von der in Eilenburg abgehaltenen Bezirksleiter-Konferenz rief eine lebhafte Debatte hervor. Vor allem war es der dort angenommene Antrag auf Einführung einer Karenzzeit bei der Unfallunterstützung, der lebhaft bekämpft wurde. Der Bezirkstag lehnte sämtliche Anträge auf Einführung einer Karenzzeit ab. Als Bezirksleiter für den 8. Bezirk wurde Braun-Belgern wieder- und für den 13. Bezirk Bachmann-Annaburg neugewählt. Entgegen einer Beschwerde der Parteigenossen in der Vertrauensmänner-Konferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Torgau wurde konstatiert, daß die Arbeiterradfahrer des Bezirks stets bestrebt waren, die freien Lokale zu unterstützen und neue zu erringen. Der 13. Bezirk beschloß, sein diesjähriges Bezirksfest am 28. Juni in Annaburg abzuhalten; der 8. Bezirk hält in diesem Jahre kein Bezirksfest ab.

Humor und Satire.

„Aus Rücksicht.“ In einem Armenviertel zu Metz liegt in bitterer Not ein „Einarm“, der sich bisher als Kutscher sein Brot verdient hatte, an Lungenentzündung lebensgefährlich krank darnieder. Seiner Frau oblag es, außer sich selbst auch ihren Mann und die zwei Kinder zu ernähren. Um vier Uhr morgens begann ihr Tagewerk; aber nicht lange, da brach sie unter der Last zusammen. Ein Kind ist zu allem Unglück noch augenleidend. Ein guter Ofen ist der Familie ein unbekanntes Ding. Sie liegen alle in feuchten Betten. — Zu diesen Aermsten kam ein Barmherziger Bruder, um den Mann zu pflegen, aber aus Rücksicht auf sein Keuschheitsgelübde mußte er dieses ablehnen, weil die Frau daneben lag. Da kam eine Barmherzige Schwester, um die Frau zu pflegen; aber aus Rücksicht auf ihr Keuschheitsgelübde mußte sie dieses ablehnen, weil der Mann daneben lag. (Simpl.)

Der Handelsmann. Joseph Wasserberger soll mit Röntgenstrahlen behandelt werden. Der Professor gibt der Assistentin Anweisungen und schließt: „Also, Fräulein, drei Minuten!“ Als der Professor das Zimmer verlassen hat, nähert sich Joseph Wasserberger der Assistentin und flüstert ihr zu: „Fräulein, fünf Minuten!“ (Lustige Blätter.)

Der fünfjährige Max ist eines Tages bei seiner Tante eingeladen. In seinem kleinen Kopf scheint er über die dicken Backen der Tante intensiv nachzudenken. Auf die Frage der Tante: „Nun, Max, fürchtest du dich vor mir?“ antwortet er: „Nein — aber —, warum trägst du denn deine Waden im Gesicht?!“

Unzugänglich. Der Großgrundbesitzer Graf D. mag untertäniges Wesen an seinen Angestellten auf den Tod nicht leiden, und einem Inspektor, den er für liebedienerisch hält, läßt er eines Tages kurzerhand die Kündigung mitteilen. Der Mann kommt zu ihm, stellt ihm vor, daß er niemals eine seiner Pflichten vernachlässigt habe, und daß schließlich angeborene Höflichkeit kein Verbrechen sei. Aber der alte Herr ist nicht umzustimmen. Erbittert von so viel verbohrter Ungerechtigkeit, verliert der Inspektor zuletzt die Haltung und ruft: „Schön, ich komme auch anderswo unter, meinetwegen können Sie . . .“ Und es folgt eine Redensart, die den höchsten Ansprüchen an Grobheit genügt. „Tja, mein Bester,“ sagt Graf D. mit Kopfschütteln, „jetzt ist's zu spät, jetzt können Sie sich nicht mehr einschmeicheln.“

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland und Feuilleton Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Soziales, Genossenschaftsbewegung und Vermischtes Wilh. Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Kerzig; Verleger Alfred Jähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.)

Vereins-Anzeiger.

Bitterfeld.
Fabrikarb.-Verb. Dienst., 3. März, ab. 8½ U., i. Rest. Hohenzoll.: Vers.

Bockwitz.
Arb.-Radf. Jed. 1. Donnerstag i. Mon., ab. 8½ Uhr, b. Ledwig: Vers.

Düben.
Sozialb. Ver. Sonnabd., 7. März, abds. 8 Uhr, b. Hübner: Versamml.

Eilenburg.
Arb.-Radf. Jed. Dienstag nach d. 15. eines jed. Mon. i. Tivoli: Vers.

Eisleben.
Zentralvbd. d. Zimmerer. Mittwoch ab. 8 U., Bürgergart. (Herling) Vers.
Ges.-Ver. Hoffnung. Jed. Mittwoch abs. 8-10 U., b. Fessel: Uebung.

Greppin.
Fabrikarb.-Verb. Freitag, 6. März, ab. 8½ U., i. Prinz v. Preuß.: Vers.

Halle (Saale).
Arbeiter-Sängerchor. Probe der Süd-Abt.: Mittwoch ab. b. Streicher, Nord- „ Freitag ab. i. Volkspark.
Maschinisten u. Heizer. Vereinslokal Gold. Kette. Sonntag, 1. März, nachm. 4 U.: Vers.
Gemeindearb.-Verbd. Sonnabd. nach d. 15., i. Volkspark: Versamml.
Tabakarbeiter. Sonnabend n. d. 1. in Lohses Restaurant: Versamml.

Holzweißig.
Fabrikarb.-Verb. Freit., 27. Feb., ab. 8½ U., i. Schröters Lok.: Versamml.

Merseburg.
Arbt.-Radf.-Bund Solidarität. Jed. Dienstag nach dem 1., abds. 8 Uhr, in der „Kaiser Wilhelmshalle“: Mitglieder-Versammlung.

Torgau.
Gewerkschafts-Kartell. Am Mittwoch nach dem 15. jeden Monats: Sitzung.

Wittenberg.
Mitgliedschaft d. Arb.-Radf.-Bundes. Am 17. März bei Geist: Versamml.

Katalog enthält grösste Auswahl; versende gratis u. franko.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten **Straussfedern** alle fertig zum Selbstgarnieren; es ist dies der feinste Hutputz, im Winter wie im Sommer immer modern, sehr elegant und vornehm. Ein **echter Straussfedernhut** findet überall das grösste Interesse. Ich liefere echte Straussfedern unter Nachnahme in tiefschwarz u. schneeweiss:

Länge ca 36 cm,	Breite ca. 13 cm,	zu 1.50 Mk.
„ „ 39 „	„ „ 14 „	„ 2.50 „
„ „ 45 „	„ „ 16 „	„ 4.50

Retournahme nach 8 tägiger Probe.

*3326 **Ernst Lange,** Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Kaiserstr. 29.
Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Unsern neuesten **Möbel** Katalog 1914 senden wir Ihnen auf Verlangen **umsonst.** Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Herren- und Damen-Garderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.
Eichmann & Co. Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstrasse **Halle a. S.** 6 Schaufenster. 3258

*3325 Bei **Rückgrat-Verkrümmungen** wurden glänzende Erfolge erzielt mit meinem berühmten **Geradehalter-Apparat Original-System „Haas“** Zahlreiche Auszeichnungen, zuletzt auf dem 17. Internat. Aerzte-Kongreß London 1913.
Reichillustrierte Broschüre gratis!
Franz Menzel, Leipzig, Barfussgässchen 11, III. (am Markt). Alleiniger Hersteller des Original-„Haas“-Apparates.
Zu sprechen: Montag den 2. März, von 9—4 Uhr, in Halle, Hotel „Stadt Berlin“.

Eier billiger!
Heute grosse Zufuhr garantiert frischer
Altmärker Land-Stempel-Eier
erste Sortierung die Mandel 135 Pf. mit 5 % Rabattmarken netto **128½ Pf.**
zweite Sortierung die Mandel 120 Pf. mit 5 % Rabattmarken netto **114 Pf.** 7303
Die Eier der zweiten Sortierung sind von gleich guter Qualität und normaler Grösse, die erste Sortierung dagegen sind wirkliche Riesen-Eier — die Mandel wiegt zumeist weit mehr als 1¾ Pfund.

Zu den drei Glocken
Paul Horlitz, Fernsprecher 3848
Steinweg 19a, Gr. Ulrichstr. 18.

Die Hausfrau zur Freundin spricht:
Meine Wäsche hält jetzt nicht.
Ich kann es nicht begreifen,
Verwendest Du wohl scharfe Seifen?
Bei meiner Wäsche gibt's das nit,
Ich wasche nur m. Hydraulith
Man hat viel dabei gespart,
Denn **Hydraulith** ist mild u. hart.
— Ueberall erhältlich! — 4050

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig **R. Weihmann,** 6306 Bernhardystr. 35. Fernruf 1708.

Schnell-Schönschreiben, von Jedermann in wenigen Stunden ohne Lehrer zu erlernen, Preis 80 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle (S.), Harz 29.

Jedermann freut sich über seine von mir gekaufte Laufdecke. Wer liefert Ihnen dieses in ein. solch vorzügl. anerk. Qualität.

Laufdecken	1 Jahr Gar.	4.60 M.
Luftschläuche	1 „ „	3.30 M.
Laufdecken	ohne „	1.70 M.
Luftschläuche	„ „	1.50 M.

Otto Sparmann, nur Gr. Steinstr. 47, neben dem Walhalla. *3171

Lehrmeister-Bibliothek
Eine Sammlung praktischer Anleitungen für alle möglichen Bedürfnisse des tägl. Lebens.
Jede Nummer 20 Pf., 25 Heller. Verlag Hachmeister u. Thal, Leipzig.

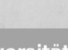
IV. Hauswirtschaft.
3 **Einmachen der Früchte.** Von J. Schneider. Mit 21 Abb. Preis 20 Pf.
4 **Marmeladen- u. Musbereitung.** Von Schneider. Mit 15 Abb. Preis 20 Pf.
211 **Einfachstes Kochbuch für Kinder, Wandervögel u. Pfadfinder.** Von Frau Rektor Volchert. Preis 20 Pf.
234 **Buchführung f. kleine Wirtschaftsbetriebe und für den Privatmann.** Preis 20 Pf.
187 **Vegetarisches Kochbuch.** Von Irma Lindekam. Preis 20 Pf.
169 **Kandierte Früchte u. Konfitüren.** Mit 5 Abb. 20 Pf.
83/84 **Diätetische Kochkunst.** 40 Pf.
46 **Ein Monat Arbeiterküche.** Preis 20 Pf.
60 **Backbuch.** Von P. Mahlich. Preis 20 Pf.
77 **Verwertung des Honigs im Haushalt.** Von J. Dennler. Preis 20 Pf.
55/56 **Ernte, Aufbewahrung, Versand des Obstes.** Mit 60 Abb. Preis 40 Pf.
15 **Die Elektrizität im Haushalt.** Von Ing. K. Wernicke. 33 Abb. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle (Saale), Harz 29.

Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek.
I. Heft: **Die Frauen und der politische Kampf.** Von Luise Zietz. Preis 30 Pfg.
Heft: **Die Frau und die Gemeindepolitik.** Von Klara Weyl. Preis 30 Pfg.
III. Heft: **Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommission.** Von Luise Zietz. Preis 50 Pfg.
IV. Heft: **Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs.** Von M. Richter. Preis 40 Pfg.
Heft: **Die Frauen und der Preußische Landtag.** Von Mathilde Wurm. Preis 30 Pfg.
Heft: **Die Arbeiterinnen u. die Gewerkschaften.** Von Adolf Braun. Preis 40 Pfg.
VII Heft: **Sozialistische Erziehung im Hause.** Von Käte Dunker. Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Halle (Saale)** Harz 29.

Frauen erhalten b. kr. Störung, Blutstockung, Weißfluß, alle anerkannten Präparate, sanitäre Artikel, Spülapparate billigst von der Genfer Fa. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. d. S., Graseweg 3a, pt. l. Frau Böhnert. Rückporto. Nachnahmeversand. [2524

Robert Franz-Str. 10
Natürliche Solbäder stark radiumhal. aus eigener Solquelle. Irisch römische Bäder. Alle andere Bäder u. Massage. Gut geschultes Personal. Dampfheizung in allen Räumen. **Solbad Fürstental** Telefon 2640. 4165

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig. F. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachritzstraße 5. 36 Rabattmarken.



Mittwoch: Schlachtefest. C. Wilke, Triftstraße 2. 42

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621914022519/fragment/page=0008

Halle, 25. Februar

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 47 — 1914.

Es ist ein herrlich Ding um die Einsamkeit! Aber wir brauchen immer ein Wesen, dem wir sagen können. Es ist ein herrlich Ding um die Einsamkeit.

Matthison

Geburtenverminderung und Proletariat.

Die kämpfende Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Proletarierfrauen mehr Kinder bekommen. In jedem Sozialistenkind steckt ein Soldat der Revolution!

So hört man es oft. Und dieses Argument verdiente wirklich Beachtung — wenn es ein Argument wäre. Josephine Jolsch, die in Nr. 48 der Wiener Arbeiter-Zeitung neuerdings zu dem Problem Stellung nimmt, macht aber dahinter ein großes Fragezeichen. Sie meint, die Rechnung stimme nicht. Ein Sozialistenkind könne nämlich-ebenso gut ein indifferenter Gelber werden oder ein Lumpenproletarier oder ein gewissenloser Streber oder ein Dummkopf, den jegliche Politik kalt läßt oder — eine Kindesleiche! Denn selbst in einer sogenannten Arbeiterstadt wie Bourneville sterben immer noch 8 Prozent der Proletarierkinder im ersten Lebensjahr; anderswo ist es reichlich die Hälfte der Kinder oder mehr, die nicht für das Leben, sondern für den Tod gezeugt wurden . . .

Ebenso wichtig wie das „Gebärproblem" sei aber, so meint Josephine Jolsch, das Erziehungsproblem. Da es nun einmal nicht möglich ist, das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem so ungerechten Verteilungsmodus über Nacht zu beseitigen, so wäre es doch Sache jedes Arbeiterelternpaares, zu überlegen, wie viele Kinder es mit seinem Lohne wohl halbwegs menschlich großziehen könne und bei dieser Schätzung möglichst vorsichtig zu sein.

Wie ist die Anteilnahme der Eltern an dem geistigen Leben der Kinder möglich, wenn in jeder Familie zu viele da sind, wenn die Sorge um ihr leibliches Fortkommen jede andere erschlägt? Alle Versuche, die in jüngster Zeit ja wirklich gemacht werden, die Kinder der Armen und Aermsten während ihrer schulfreien Zeit unter Aufsicht zu bekommen und sie verderbenden Einflüssen zuzuführen, können zufolge der Masse der Kinder, die in Betracht kommen, nur ganz bescheidene Erfolge aufweisen. Das Wirken unserer „Kinderfreunde" ist ausgezeichnet. Aber wie viele Kinder werden davon erfaßt? Einige Hundert in jedem Bezirk, wenn's gut geht. Zehntausende aber hocken im engen Pferch der elterlichen Behausung oder toben auf den Straßen herum, stiften Schaden oder kommen zu Schaden . . . Nun ist nicht anzunehmen, daß derartig vernachlässigt, undisziplinierte Kinder dereinst leicht in das Heer der Soldaten der Revolution" sollen einzuexerzieren sein, und die Schwierigkeiten in der Agitation beweisen ja, daß dies eben nicht der Fall ist.

Diesem Zustand, so fährt Josephine Jolsch fort, ist weder mit sentimentalen Redensarten, noch mit Entrüstungskundgebungen, noch mit Forderungen an die öffentlichen Gewalten, welchen man keinen Nachdruck zu geben vermag, abzuhelfen. Dazu ist vielmehr notwendig, daß sich die Arbeiter mit den Erziehungsaufgaben unserer Zeit, die gewiß andere sind, als sie unseren Altvordern gestellt waren, ernstlich befassen. Das aber erfordert Zeit, Zeit. Man soll deshalb nicht so entrüstet tun, wenn sich's die Eltern, zumal die Mütter, ein wenig bequemer machen wollen. Von Bebel ist gesagt worden, daß er bei den Frauen auf äußere Nettigkeit großen Wert legte, daß eine unordentliche Frau gegen eine starke Antipathie bei ihm aufzukommen hatte. Es wäre sehr zu wünschen, daß alle Männer so anspruchsvoll wären; denn wer für äußere Ungereimtheiten keinen Sinn hat, der hat ihn für innere wohl auch nicht. Nun stelle man sich aber vor, wie eine Frau, die, sagen wir, nur vier Kinder und einen Mann hat, der den Durchschnittswochenverdienst des Arbeiters, also etwa dreißig Kronen nach Hause bringt, die sich also im Haushalt durchaus nicht helfen lassen kann, viel eher zu seiner Erhaltung durch gewerbliche Arbeit wird beitragen müssen; man stelle sich vor, wie eine solche Frau ihrer Verpflichtung zur Reinlichkeit nachkommen, dabei aber noch Zeit und Interesse für Kulturaufgaben erübrigen soll. Bei solch einer geplagten Frau ist es schon als überdurchschnittliche geistige Leistung zu werten, wenn ihr die Merkwürdigkeiten ihres sozialen Lebens auffallen. Welch weiter Weg ist aber von dem dumpfen Gefühl, einer Ungerechtigkeit erlegen zu sein, bis zu jener klaren Erkenntnis der Sachlage, die als Klassenbewußtsein bezeichnet wird und die die erste — gewiß nicht die einzige! — psychologische Vorbedingung des Befreiungskampfes des Proletariats ist! Von den Schwierigkeiten dieses Weges wissen die Männer genug zu erzählen. Die Frauen weniger, weil sie ihn in der Regel nicht machen. Nicht machen können, solange sie so mit Arbeit und Sorgen überhäuft sind, wie es noch immer der Fall ist. Man gönne ihnen deshalb doch so viel Zeit, daß sie inne werden können, wieviel an Bildung und Kultur man ihnen vorenthält, und der Wunsch in ihnen entstehe, daß ihre Kinder es weiter bringen mögen, und die Fähigkeit, dafür zu wirken. Wenn darüber einige Zehntausend Unglückskinder weniger zur Welt kommen, so schadet das gar nichts. Schließlich kommt es doch nicht auf die Masse der Existenzen an, sondern auf den Inhalt, der sie erfüllt. Genosse Kautsky meint freilich, eine Erhöhung der Qualtität der Arbeiterschaft auf Kosten der Quantität wäre von Uebel. Das ist aber durchaus nicht einzusehen. Daß das Proletariat seine Geburtenzahl so herabmindert, daß die Gefahr des Aussterbens entstehen könnte, ist nicht zu befürchten. Wenn aber durch eine mäßige Herabminderung die Verwandlung des ländlichen und bäuerlichen Proletariats in städtisches und industrielles rascher vor sich geht, so bedeutet dies doch nicht, daß die Arbeiterschaft mit älterer und höherer Kultur in den Bannkreis jener mit niedriger Kultur geraten müsse. Viel eher ist doch das Gegenteil anzunehmen. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung ist es der Geist, der sich den Körper baut. Je stärker der proletarische Geist ist, desto leichter wird er fremde Elemente aufnehmen und sie seinen Zwecken nutzbar machen. Auch der Gefahr der Einwanderung „bedürfnisloser Kulis" ist wohl leichter mit der Ausrottung der einheimischen Bedürfnislosigkeit, als mit der Erzeugung einheimischer Kulis zu begegnen. Ein wahrhaft gebildetes, hochherziges, einiges Proletariat ist jedem Gegner, jeder Gefahr gewachsen; denn es hat die Macht über die materiellen und geistigen Güter der Erde.

Immer müssen die Gescheiten wegen der Dummen, die Beweglichen wegen der Trägen, die Mutigen wegen der Feigen streiten. Ach, beseitigen wir doch die Dummheit, die Trägheit, die Feigheit! Und fangen wir damit, wie sich's gehört, beim Kinde an. Es ist doch wahr: was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr! Was aber sollen die Hänschen lernen, und was brauchen die alten Hansen? Was sind die Ziele der Pädagogik und was die Notwendigkeiten des Sozialismus? Ist es nicht die Fähigkeit, seinen Willen dem der Gesamtheit unterzuordnen, ohne die Freiheit des Urteils einzubüßen? Die Fähigkeit, Gesetzgeber und Gesetzvollstrecker in einer und eigener Person zu sein? Die Fähigkeit, in einem Ganzen aufs, aber nicht darin unterzugehen? Man spöttle nicht, daß die bekannte alte Forderung nach Engelhaftigkeit der Menschen sei, wenn der Sozialismus möglich sein solle. Natürlich ist es unter den gegenwärtigen sozialen Zuständen nicht möglich, alle Menschen auf das gleiche Bildungsniveau zu bringen. Wäre dies der Fall, brauchten wir ja ihre Veränderung nicht anzustreben. Aber die Sorge, die Volksbildung möchte „auf Kosten der Quantität" zu rasche Fortschritte machen, können wir doch noch recht lange den Nutznießern der Dummheit überlassen. Es ist vielmehr freudig zu begrüßen, daß die Menge es endlich ablehnt, in der Schaffung und Erhaltung nur physischen Lebens will, als bisher. Trügt diese Hoffnung nicht, so kommt dereinst seinen Daseinszweck zu sehen, weil damit die Hoffnung gegeben ist, daß sie dem Geistigen mehr Bedeutung beimessen die Stunde, da von dem ganzen Proletariat gesagt werden kann, was einst auf einen ganz Einzigen, ganz Großen gesagt worden war:

„Und hinter ihm, in wesenlosem Scheine,
Liegt, was uns alle bändigt, das Gemeine."

21] **Die Götter dürsten.** [Nachdr. verb.

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France.

„Schließlich," fuhr Brotteaux fort, „kann auch die Vendée siegen, und die Priesterschaft erhebt sich von neuem auf Trümmerhaufen und Leichenhügeln. Sie ahnen ja nicht, teure Freundin, welche Macht der Klerus über die meisten Esel noch hat . . . Ich habe mich versprochen, ich meinte die meisten Seelen . . . Nach meiner Ansicht ist das Wahrscheinlichste, daß das Revolutionstribunal das Regime, von dem es eingesetzt ist, vernichtet; es bedroht zu viele Köpfe. Die von ihm Schreckten sind zahllos; sie werden sich zusammentun, und um es zu vernichten, werden sie das ganze Regime stürzen. Ich glaube, auf Ihre Veranlassung ist der junge Gamelin in diesen Gerichtshof berufen worden. Er ist tugendhaft; er wird ein Wüterich werden. Je mehr ich darüber nachdenke, liebe Freundin, um so mehr glaube ich, daß dieses Tribunal, das die Republik retten soll, sie zerstören wird. Der Konvent wollte, ganz wie das Königstum, seine großen Strafgerichte, seine peinlichen Gerichtshöfe haben und sich durch Beamte schaffen, die er ernennt und die von ihm abhängen. Aber wie sehr stehen die großen Strafgerichte des Konvents denen der Monarchie nach, und wieviel unpolitischer ist sein peinlicher Gerichtshof als der Ludwigs XIV.! Im Revolutionstribunal herrscht ein Geist niedrer Justiz und blöder Gleichmacherei; der wird es bald verhaßt und lächerlich machen und jedermann Widerwillen einflößen. Wissen Sie, Luise, daß dieses Gericht, vor dem die Königin von Frankreich und einundzwanzig Gesetzgeber demnächst erscheinen sollen, gestern eine Dienstmagd verurteilt hat, weil sie in böser Absicht, um die Republik zu stürzen, gerufen hat: „Vive le roi!" Unsre Richter mit ihren schwarzen Federhüten arbeiten im Stil William Shakespeares, den die Engländer so lieben und der in die erschütterndsten Szenen seiner Stücke grobe Narrenpossen einflicht."

„Sagen Sie mal, Maurice," fragte die Bürgerin, „haben Sie noch immer Glück in der Liebe?"

„Nein!" seufzte Brotteaux, „die Tauben fliegen zum weißen Taubenschlag und setzen sich nicht auf Turmruinen."

„Sie sind der Alte geblieben . . . Auf Wiedersehen, mein Freund!"

Am selben Abend kam der Dragoner Henri unaufgefordert zu Frau von Rochemaure. Er traf sie beim Versiegeln eines Briefes, auf dem er die Adresse des Bürgers Rauline in Verron las. Er wußte, daß der Brief für England bestimmt war. Durch einen Postillon der Paketpost erhielt Rauline die Korrespondenz der Frau von Rochemaure und ließ sie von einer Seefischhändlerin nach Dieppe befördern. In der Nacht brachte ein Fischerboot sie an Bord eines britischen Schiffes, das vor der Küste kreuzte. Ein Emigrant, Herr von Erpilly, nahm sie in London in Empfang und teilte sie, wenn er es für angezeigt hielt, dem Kabinett von Saint-James mit.

Henri war jung und schön. Achill besaß nicht so viel Anmut, mit Kraft vereint, als er die Waffen anlegte, die Odysseus ihm brachte. Doch die Bürgerin Rochemaure, die bisher für die Reize des jungen Revolutionshelden empfänglich gewesen, wandte ihr Denken und ihre Blicke jetzt von ihm ab, seit man sie bedeutet hatte, daß er den Jakobinern als Radikaler verdächtig war. Dieser junge Soldat konnte sie bloßstellen und ins Verderben stürzen. Henri fühlte sich vielleicht nicht außerstande, der Liebe zu der Bürgerin Rochemaure zu entsagen; aber es verdroß ihn, daß sie ihn nicht mehr liebte. Auf sie rechnete er bei gewissen Ausgaben, zu denen der Dienst der Republik ihn verpflichtete. Schließlich dachte er auch an die verzweifelten Mittel, zu denen die Frauen bisweilen greifen, und wie rasch sie von der glühendsten Zärtlichkeit zur kältesten Fühllosigkeit übergehen, wie leicht es ihnen fällt, das, was sie geliebt haben, zu opfern und das, was sie angebetet haben, zu vernichten. Und so kam ihm der Argwohn, die holde Luise könnte ihn eines Tages ins Gefängnis werfen lassen, um ihn loszuwerden. Seine Klugheit riet ihm, diese verlorene Schönheit wieder zu erobern. Deshalb erschien er, mit all seinen Reizen gewappnet. Er näherte sich ihr, entfernte sich, kam wieder näher, streifte sie und floh sie nach allen Balletregeln der Verführung. Dann warf er sich in ein Fauteuil, und mit seiner bezwingenden Stimme, der kein Frauenherz standhielt, pries er die Natur und die Einsamkeit und schlug ihr seufzend einen Spaziergang nach Ermenonville vor.

Jedoch sie klimperte auf ihrer Harfe und warf ungeduldige, gelangweilte Blicke umher. Plötzlich stand Henri mit finsterer Entschlossenheit auf und erklärte, daß er zur Armee ginge und in einigen Tagen vor Maubeuge stände.

Sie nickte ihm billigend zu, ohne Zweifel oder Ueberraschung zu zeigen.

„Sie wünschen mir Glück zu diesem Entschluß?"

„Ich tue es."

Sie wartete auf einen neuen Freund, der ihr ausnehmend gefiel und von dem sie sich große Vorteile versprach. Das war ein ganz anderer Mann als dieser: ein auferstandener Mirabeau, ein gereinigter und zum Armeelieferanten beförderter Danton, ein Löwe, der alle Patrioten in die Seine werfen wollte. Jeden Augenblick glaubte sie die Klingel zu hören und fuhr auf.

Um Henri loszuwerden, schwieg sie, gähnte, blätterte in einem Notenheft und gähnte wieder. Da er keine Anstalten trat, sie zu verlassen, so erklärte sie, daß sie ausgehen müßte, und verschwand in ihrem Toilettenzimmer.

Mit bewegter Stimme rief er hinter ihr her:

„Adieu, Luise! . . . Werd' ich Sie je wiedersehen?"

Und seine Hände wühlten in dem offenen Schreibtisch . . .

Auf der Straße öffnete er den Brief an den Bürger Rauline und las ihn gespannt. Er enthielt in der Tat eine eigenartige Schilderung der öffentlichen Zustände in Frankreich. Von der Königin war die Rede, von der Théverin, ja selbst von dem biederen Brotteaux des Ilettes.

Nachdem er den Brief gelesen, steckte er ihn in seine Tasche und blieb einen Augenblick unschlüssig stehen. Dann ging er, wie einer, der einen Entschluß gefaßt hat und der sich sagt: „Je früher, desto besser," nach den Tuilerien und trat in das Vorzimmer vom allgemeinen Sicherheitsausschuß.

Am selben Tage, um drei Uhr nachmittags, setzte sich Evarist Gamelin auf die Geschworenenbank neben seine vierzehn Kollegen, die er großenteils kannte, ehrliche und patriotische kleine Leute, Gelehrte, Künstler und Handwerker: ein Meser, wie er, ein Zeichner, beide sehr talentvoll, ein Wundarzt, ein Schuhmacher, ein früherer Marquis, der große Proben seines Bürgersinnes abgelegt hatt, ein Buchdrucker, kleine Kaufleute, kurz, ein Auszug des Pariser Volkes. Sie saßen in ihrem Arbeitskittel oder in bürgerlicher Kleidung, mit langen Haaren oder gezopft; sie hatten den Zweispitz ins Gesicht gedrückt, die runde Kappe auf den Hinterkopf geschoben oder die rote Mütze über die Ohren gezogen. Die einen trugen Rock, Weste und Kniehose wie in der alten Zeit, die anderen Karmagnole und gestreifte Beinkleider nach Art der Sansculotten. Sie hatten Stiefel, Schnallenschuhe oder Holzschuhe an und zeigten in ihrem Anzug alle Verschiedenheiten der damaligen Männertracht. Da sie alle schon mehrmals getagt hatten, so saßen sie gemächlich auf ihrer Bank, und Gamelin beneidete sie um ihre Seelenruhe. Sein Herz pochte, seine Ohren summten, seine Augen umflorten sich, und alles, was er sah, hatte einen fahlen Schein.

Als der Gerichtsschreiber den Gerichtshof meldete, erschienen drei Richter auf einer kleinen Estrade und nahmen vor einem grünen Tische Platz. Sie trugen Hüte mit Kokarden und großen schwarzen Federn und die Amtsrobe mit einem Band in den Nationalfarben, von dem eine schwere silberne Medaille auf ihre Brust herabhing. Vor ihnen, zu Füßen der Estrade, saß der Vertreter der Anklage in der gleichen Tracht. Der Gerichtsschreiber nahm zwischen dem Richtertisch und dem leeren Stuhl für den Angeklagten Platz. Die drei Richter erschienen Gamelin heute anders als sonst, schöner, würdiger, furchtgebietender, obwohl sie sich zwanglos benahmen, in Schriftstücken blätterten, einen Gerichtsdiener riefen oder sich zurückneigten, um eine Mitteilung von einem Geschworenen oder einem Beamten entgegen zu nehmen.

Ueber den Richtern hing die Tafel mit der Verkündung der Menschenrechte; rechts und links von ihnen, an den mittelalterlichen Mauern, waren die Büsten von Marat und Le Peltier angebracht. Gegenüber der Geschworenenbank, im Hintergrunde des Saales erhob sich die Tribüne für das Publikum. Frauen hatten die erste Reihe inne, blond, brünett oder grau, mit hoher Spitzenhaube, deren Bänder ihre Wangen verschatteten. Auf ihren Busen, der nach der Tagesmode üppig hervortrat, kreuzte sich ein weißer Schal oder spannte sich der Latz einer blauen Schürze. Sie verschränkten die Arme auf der Brüstung der Tribüne. Hinter ihnen sah man auf den dünn besetzten Stufen die Bürger in ihrer mannigfachen Tracht, die den damaligen Versammlungen ein phantastisches, malerisches Aussehen gab. Rechts an der Eingangstür lief eine Holzschranke, hinter der die Stehplätze für die Zuschauer waren. Heute kamen nicht viele. Der Fall, den diese Sektion des Gerichtshofs zu entscheiden hatte, interessierte nur wenige; bei den anderen Sektionen, die zu gleicher Zeit Sitzung hatten, mußten sich wohl aufregendere Dinge zutragen.

Das beruhigte Gamelin etwas; denn sein Herz, das fast zu schlagen aufhörte, hätte den glühenden Dunstkreis einer großen Sitzung nicht ertragen. Sein Blick hastete an den geringsten Kleinigkeiten; er bemerkte die Watte im Ohr des Gerichtsschreibers, einen Tintenklex auf den Akten des Vertreters der Anklage. Wie durch eine Lupe erkannte er die gemeißelten Blattkapitelle der gotischen Säulen, die aus einer Zeit stammten, wo jeder Begriff der antiken Baukunst verloren war und die Säulenknäufe mit Verzierungen von Nesseln und Stechblatt geschmückt wurden. Aber immer wieder schweiften seine Blicke zu dem alimodischen Lehnstuhl des Angeklagten mit seinem roten, abgenutzten Utrechter Samt und seinen vom Alter geschwärzten Armlehnen. Bewaffnete Nationalgarden hielten alle Ausgänge besetzt.

Endlich erschien der Angeklagte, von Grenadieren geführt, aber ungefesselt, wie das Gesetz es vorschrieb. Es war ein Mann in den Fünfzigern, hager, braun, kahlköpfig, mit hohlen Wangen und dünnen, bläulichen Lippen. Er trug einen rotbraunen Rock aus der alten Zeit und hatte offenbar Fieber, denn seine Augen leuchteten wie Karfunkel und seine Backen glänzten wie gefirnißt. Er nahm Platz, kreuzte die Beine, die auffällig mager waren, und umspannte die Knie mit seinen großen knochigen Händen. Er hieß Marie Adolf Guillerguès und war wegen Unterschleifs bei den öffentlichen Lieferungen angeschuldigt. Die Anklage legte ihm gehäufte und schwere Vergehen zur Last, von denen aber keines klar bewiesen war. Beim Verhör leugnete Guillerguès die meisten Strafaten und legte die übrigen zu seinen Gunsten aus. Er sprach deutlich, kalt und merkwürdig geschickt und erweckte den Eindruck von einem, mit dem man nicht gern Geschäfte macht. Auf alles hatte er eine Entgegnung. Stellte der Richter ihm eine peinliche Frage, so blieb sein Gesicht kalt und seine Worte bestimmt; nur seine beiden auf dem Knie gefalteten Hände krampften sich angstvoll zusammen. Gamelin merkte es und flüsterte seinem Nachbar, einem Maler, ins Ohr:

„Sehen Sie nur seine Daumen!"

(Fortsetzung folgt.)

Albaniens „König".

Mit der albanischen Thronbesteigung wird es jetzt Ernst. Prinz Wilhelm zu Wied, den man dazu ausersehen hat, den rauhen wilden Söhnen der albanischen Berge europäische Kultur und Gesittung beizubringen, ist von seiner Rundreise nach Berlin, Wien, Rom, Paris und London zurück und dürfte, neben den freundschaftlichen Versicherungen wohlwollender Unterstützung auch den zum Regieren notwendigen „Zaster" mitgebracht haben, woran in Albanien bekanntlich kein Ueberfluß herrscht. — Damit die Berufung zum Albanesenherrscher auch nach etwas und so aussieht, als ob die braven Albanesen sich in Sehnsucht nach dem Prinzen zu Wied als „Landesvater" verzehrten und sich förmlich darum rissen", just von ihm „regiert" zu werden, wurde eine Abordnung albanischer „Großer" nach Neuwied, dem Stammsitze der Wieds geschickt, um dem Erwählten offiziell und in aller Form „Albaniens Thron" anzubieten. Daß es dabei sehr „feierlich" zugegangen ist, schöne Reden geschwungen wurden und was sonst noch dazu gehört, ist so selbstverständlich, wie es nunmehr gewiß ist, daß der erwählte König Albaniens sich Wilhelm I. nennen wird. Ob er in seinem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0009

neuen Berufe viel Freude erleben wird, darf nach den bisher in Albanien gemachten Erfahrungen füglich bezweifelt werden. Aber da Fürsten bekanntlich „Instrumente des Himmels" und durch die „Gnade Gottes" dazu ausersehen sind, die „Geschicke der Völker zu lenken", so ist ihr Geschick natürlich auch einer besonderen Fürsorge des „lieben Gottes" anvertraut. Na, und die wird auch dem neugemachten Könige — unter dem tun es die Albanier nicht! — von Albanien nicht fehlen. Daß er sie brauchen kann, darüber sind sich wohl alle Kenner der albanischen Verhältnisse einig . . . Erklärlich genug, daß das Schicksal des Prinzen zurzeit aller Welt am Herzen liegt. Dafür nur einen Beweis: Der bekannte Schriftsteller Roda Roda beschäftigt sich damit im Berliner Tageblatte in folgender Weise:

Es gibt ein Schicksal in Europa, das ich gespannter als mein eigenes verfolge. Ich zog im Geist dem Prinzen von Wied nach Rom nach, an die Donau — ich folge ihm nach Albanien. In Rom hat er den Papst nicht besucht. Schade. Wer weiß, ob die Gelegenheit so hübsch noch einmal wiederkehrt. . . .

Und wie mir, geht's tausend anderen. Der neue Mbret von Albanien ist aller Welt lieb Kind. Man wird Partei gegen die Leute dort nehmen, wenn sie den Prinzen nicht mit ausgesuchter Freundlichkeit behandeln sollten.

Er muß ein idealer Herrscher sein. Waschzettel, die „Informierte verbreiten, schildern ihn als groß, gütig und zu gelegener Zeit auch streng — vor allem: übermenschlich kraftvoll; er hat im Scherz oft Kameraden mir nichts dir nichts mit einem Arm in die Luft gehoben. Die Prinzessin wieder ist die geborenen Königin; sie brennt darauf, die Spitäler von Durazzo zu besuchen. Man sieht, es war höchste Zeit, für dieses sympathische Paar einen Staat zu gründen.

Ich hoffe, sie werden sich wohl in Albanien fühlen. Allerdings soll es im Palast von Durazzo Ratten geben — die internationale Kontrollkommission verspricht aber, noch ehe der Herrscher da ist, fertig mit ihnen zu werden. Nach dem bisherigen energischen Auftreten der Kommission ist ihr das durchaus zuzutrauen.

Ich habe dieses Durazzo (Dratsch, Dyrrhachium) wiederholt besucht — und so oft ich's betrat, liefen mir die Schauer der Geschichte über den Rücken. Aus dem berühmten Marmorbrunnen Durazzos hat einst Amalasuntha getrunken, Theodorichs des Großen Tochter — und vor ihr blickte Marcus Tullius Cicero, emeritierter Justizrat am römischen Reichsgericht, zu den schneebedeckten Tomorbergen auf.

Eine arme, eine sonderbare Hauptstadt. Arm und sonderbar wie Albanien selbst. Alles, was man davon hört, ist interessant.

Albanien grenzt im Norden an Montenegro, im Süden an Griechenland, im Osten an Mazedonien. Die Westgrenze scheint mir die angenehmste: das Meer.

Albanien hat 1 200 000 Einwohner; 65 Prozent sind Moslemin, 40 Prozent griechisch-nichtuniert, 20 Prozent katholisch. Das gibt zusammen 125 Prozent. Es hat eben mehr Einwohner, als man gemeinhin glaubt.

Albanien führt Felle aus, Oel, Büffel (das habe ich selbst gesehen) und kostbare Hölzer. Auch jene Pflanze, aus der man das persische Insektenpulver bereitet, kommt in Massen aus Albanien. Die Einwohner selbst wissen die prächtige Gottesgabe nicht nach Gebühr zu schätzen.

Die Leute sind hochgewachsen und hochgemut, vorzügliche Soldaten. So räuberisch sie sind — sie haben feste Ehrbegriffe. Das Manneswort gilt ihnen alles. Es soll aber ein tiefgehender Unterschied zwischen Nord- und Südalbanien bestehen: im Norden hält man Versprechungen fast immer; im Süden fast nie.

Die Südalbanier mögen die Nordalbanier nicht recht leiden. Die Mainlinie wird durch den Schkumbifluß gebildet.

Das Volk gliedert sich in Stämme oder Fisse — das Oberhaupt des Fisses heißt Kren oder Barjaktar. Die mächtigsten Leute sind Prenk Bib Doda, Barjaktar der Mirditen, und Essad Pascha von Tirana.

Essad Pascha holt den Prinzen Wied aus Potsdam ab und stellt ihm auch die Leibwache. Er hat erklärt: er unterwerfe sich dem Prinzen; sollte der Prinz aber sterben oder auf den Thron verzichten, dann trete Essad die Regierung an. Diese beiden Herren werden also gleichsam um die Wette leben. Nur sind die Chancen ungerecht verteilt: um sie halbwegs auszugleichen, müßte der Prinz auch die Leibwache Essads wählen dürfen. . . .

Essad ist ein Ehrenmann durch und durch. Immerhin es mußte uns ausdrücklich gesagt werden, damit wir's wissen. Daß er aber ein kräftiger Mann ist, brauchte man uns nicht erst zu versichern.

Beim Prinzen zu Wied ist's gerade umgekehrt: ihm rühmt man die Stärke nach; daß er ein vollkommener Ehrenmann ist, braucht keinem erst gesagt zu werden.

Da wird also ein ehrlicher deutscher Kraftmensch — der Prinz — dem kräftigen Ehrenmann Albaniens gegenüberstehen. Die Partie braucht nicht letal zu enden; fatal wird sie höchstwahrscheinlich.

Die Moslim sagen:

„Lojss'ewwelu karuretim kjussiret bējne-I-Islami."

„Es sind schon viel Kürbisse zerbrochen worden im Land des Islams."

„Wied" bedeutet im Südslawischen Ansehen oder Augenlicht. Möge es ein Omen sein!

Kleines Feuilleton.

Die Baumwolle und ihre Gewinnung.

Die Baumwolle entstammt keineswegs, wie das ihrem Namen zufolge vielfach geglaubt wird, einem Baume, sondern einer in der Regel nur 1 bis 1½ Meter und nur in Ausnahmefällen bis 5 Meter hohen Pflanze. Diese ist zumeist einjährig und hat einen zuerst krautartigen, später holzigen Stengel von Finger- bis Armdicke. Die langgestielten Blätter sind herzförmig, meist fünflappig gezahnt, etwa 10 Zentimeter lang und ebenso breit. Die Blüten wachsen einzeln oder zu zweiten aus den Blattwinkeln hervor. Sie haben fünf am Grund zusammengewachsene Blumenblätter, deren Farbe unten rot und nach oben hin blaßgelb wird. Aus den Blüten entwickelt sich die Frucht, die aus einer drei- bis fünffächerigen Kapsel von etwa Walnußgröße besteht. In dieser sitzen die Samenkörner, welche von feinen Wollfasern umhüllt sind. Reifen die Samen, so wird die Kapsel von den elastischen Wollknäueln aufgesprengt und diese quellen aus derselben hervor.

Die Heimat der Baumwollpflanze, welche in mehreren Arten vorkommt, ist jedenfalls in Indien zu suchen, wo sie nachweisbar bereits 3000 bis 4000 Jahre angebaut wird. Die ältesten Berichte über die Gewinnung der Baumwolle finden sich bei dem Geschichtsschreiber Herodot. Nach ihm lieferten in Ostindien wild-wachsende Bäume statt der Früchte Wolle, welche feiner als Schafwolle sei und von den dortigen Einwohnern zu Kleidungsstoffen verarbeitet werde. Der römische Schriftsteller Plinius beschreibt in ähnlicher Weise das Vorkommen und die Verwendung der Baumwolle in Aegypten. Von Ostindien verbreitete sich der Anbau der Baumwollpflanze in alle Weltteile. Infolge ihrer großen Anpassungsfähigkeit an das Klima ist sie auch in den gemäßigten Zonen heimisch geworden und wird jetzt in den meisten Ländern zwischen dem 40. nördlichen und dem 35. südlichen Breitengrade angepflanzt, und zwar in erster Reihe in Indien, Persien, Syrien, Kleinasien, Aegypten, China, dem südlichen Europa und Amerika. Auch in den deutschen Kolonien, in Südwest- und Ostafrika, in Kamerun und Togo wurden Baumwollpflanzungen angelegt und erzielten stellenweise bereits gute Erfolge. Während ursprünglich Indien allein Baumwolle lieferte, steht jetzt Amerika als Produzent an erster Stelle. Vor allem sind es die Südstaaten der nordamerikanischen Union, in denen die zu Anfang des 17. Jahrhunderts aufgenommene Baumwollkultur in hoher Blüte steht. Die Pflanze wird hier aus Samen gezogen, den man im April und Mai in Reihen von 1 bis 1½ Meter Abstand einpflanzt. Von Juli ab kommen die Blüten zum Vorschein, welche sich jedoch nicht gleichzeitig entwickeln, sondern erst vor und nach im Verlaufe von drei bis vier Monaten, so daß die Sträucher gleichzeitig Knospen, Blüten und Früchte tragen. Dementsprechend erstreckt sich auch die Ernte über einen längeren Zeitraum. Diese erfolgt in der Art, daß die reifen aufgeplatzten Samenkapseln täglich von zwischen den Reihen hindurchgehenden Arbeitern gesammelt werden, wobei ein Arbeiter es täglich auf 50 bis 60 Kilo bringt.

Eine wichtige Arbeit, die der Ernte unmittelbar folgt, ist das Abtrennen der Wolle von den mit ihr verwachsenen Samenkörnern. Sie erfolgt durch besondere Entkörnungsmaschinen. Diese sind so eingerichtet, daß die zu entkörnende Wolle an Messern vorbeigeführt oder zwischen Sägenblättern hindurchgezogen wird, wobei die Durchgangswege so eng sind, daß wohl die Wolle, nicht aber die etwa wickenkorngroßen Samen durchgehen, welch letztere deshalb von den Haaren abgeschnitten oder abgerissen werden. Die entkörnte und gereinigte Wolle wird in Ballen von bestimmter Größe verpackt und so in den Handel gebracht, während die Samen, soweit sie nicht zur Aussaat erforderlich sind, zu Oel verarbeitet werden.

Bei der Baumwolle werden verschiedene Sorten unterschieden, wobei vor allem der Herkunftsort, die Feinheit und die Länge der Faser, sowie die Farbe bestimmend sind. Die Länge der Faser, welche den Wert der Wolle für Spinnereizwecke in weiten Grenzen beeinflußt, schwankt zwischen 10 und 50 Millimeter. Die frische Baumwolle ist nicht reinweiß, sondern hat einen gelben Farbenton. Die gelbe Farbe gilt sogar als Zeichen besonderer Güte, wohingegen reinweiße Wolle den geringeren Qualitäten zugezählt wird. Die für viele Zwecke beliebte schneeweiße Farbe der Wolle wird durch Bleichen erreicht, wobei der natürliche Faserfarbstoff entweder entfärbt oder entfernt wird. Als Bleichmittel kommen vor allem Chlorverbindungen, alkalische Lösungen und Säuren zur Verwendung. Die bei den sonstigen Pflanzenfasergeweben, Leinen u. dergl., viel benutzte Rasenbleiche, bei welcher der Sauerstoff der Luft als Bleichmittel wirkt, ist für Baumwolle zu wenig wirksam und erfordert deshalb zu lange Zeit.

Humor und Satire.

Mondäne Heilgymnastik. „Wenn sich die modernen Tänze so weiter entwickeln, werden noch alle Masseure brotlos."

Faschingskinder. „Wia siehgt denn dei Vata aus? — „I woaß net; d' Alimenten bringt alleweil der Briefträger."

Falsch eingeschätzt. Neulich abends kam ich mit meiner Frau von einem privaten Lämmerhüpfen. Ich hatte noch eine Verabredung im Café und wollte meine Frau im Auto nach Hause schicken, bemerkte aber, daß ich außer einem Zwanzigmarkstück kein Geld bei mir hatte. Wirtschaft war keine in der Nähe, und so entschloß ich mich, einen Passanten mit der Bitte anzugehen, mir das Geldstück zu wechseln. Dieser, ein biederer Bierbürger, holte schnaufend das gewünschte Silber hervor, sah meine Frau an, dann mich und meinte endlich: „Ham S' scho recht aa, zwanz'g Mark war a biss'l vui g'wen!"

(Simpl.)

Genossenschaftsbewegung.

Krasse Armut — Borgwirtschaft.

Wieder einmal, wie so oft schon, zeigt eine Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung einer Industriestadt den engen Zusammenhang zwischen schlimmster Not und Borgwirtschaft. Nicht so zu verstehen, als ob das Borgen allein schuldig an der Armut wäre, aber daß Borgen sein gerüttelt Maß Schuld mitträgt am Elend karg entlohnter Arbeiterschichten, darf nicht bestritten werden. In diesem Falle handelt es sich um eine Untersuchung über „die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland", von Frau Dr. Fischer-Eckert. In Hamborn sind viele Ausländer, meist mit großen Familien, zur Arbeit in der Industrie angeworben. Sie kommen oft in durchweg zerrütteten Vermögensverhältnissen an, und es treffen manche Umstände zusammen, die diesen Zustand verewigen helfen. Dazu gehört auch die stärkere Vermehrung der Gewerbetreibenden und Händler als die der Gesamtbevölkerung. Die üblichen langen Lohnzahlungsfristen und die Lohnschwankungen innerhalb einzelner Arbeiterkategorien erschweren zu ihrem Teil eine geregelte Kauftätigkeit und leisten somit dem Borgsystem Vorschub. Dazu kommen dann die Lohnpfändungen für Borgschulden. Nach den Angaben der Deutschen Bergwerkszeitung wurden im Jahre 1908-09 auf 1000 Mann Belegschaft 850 Lohnbeschlagnahmungen wegen Verschuldung vorgenommen, 1909-10 kamen auf 1000 Mann Belegschaft über 1400 Lohnbeschlagnahmungen. Da sieht man, was für einen „Segen" der borgende Krämer dem Arbeiter ins Haus bringt! Die Hausfrau wartet mit den hungernden Kindern sehnsüchtig darauf, daß der Mann am Lohntag endlich Geld mitbringt. Statt dessen hat der borgende Krämer einen Pfändungsbeschluß erwirkt.

Kein Wunder, daß die Antworten bitter waren, die auf die Fragen kamen, was sich die Frauen wünschten oder wie sie ihr Alter verbringen möchten. Eine wünschte sich, „so leben zu können, daß die Schulden alle bezahlt wären und sie keine Schulden mehr zu machen brauche". Eine andere Frau möchte da gern ihr Leben verbringen, „wo wir satt zu essen haben". Genug zu essen haben, das ist ihnen der Inbegriff ihrer Sehnsucht. Diese eine Frage der Beschaffung der notwendigen Lebensmittel beherrscht das Denken der Mutter. Sie stehen alle bei dem Spezereihändler dick in der Kreide, und wenn sie vom letzten Lohn oder Abschlag ihm nichts abzahlen konnten, dann weigert er sich oft, weiter zu borgen.

Sieht man nun näher zu, so zeigt sich auch hier wieder, daß die Aermsten in der schlimmsten Abhängigkeit zum Krämer stehen. Die wirtschaftlich etwas besser stehenden Arbeiter haben zum Teil schon das Mittel erkannt, das allein geeignet ist, dem Borgunwesen zu Leibe zu gehen. Allmählich räumt die Konsumgenossenschaftsbewegung mit dem himmelschreienden Zustande, den die Borgwirtschaft zeitigte, auf. Aber sehr viel Arbeit ist noch zu leisten, dem trüben Bilde größten Elends inmitten der so hochgepriesenen und technisch vollkommenen Großindustrie das erfreulichere Zeichen einer ständig wachsenden Organisation der mittellosen Konsumenten entgegenzustellen, damit nicht immer noch vermeldet wird, daß die berauschende Zunahme von Reichtum und Macht fast ganz auf die besitzenden Kreise beschränkt geblieben ist.

Genossenschaftliche Schlächterei.

Der Bielefelder Konsumverein beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung, die von über 2000 Genossenschaftern besucht war, eine eigene Schlächterei zu errichten. Nach den vorgelegten, im Grundsatze genehmigten Plänen soll die Anlage auf dem Grundstück der Zentrale in der Märkischen Straße in Bielefeld errichtet werden. Der Bauentwurf sieht ein Kellergeschoß und drei Stockwerke vor. Die Baukosten sind berechnet mit 210 000 Mk. für das Gebäude, 50 000 Mk. für die Maschinen und die innere Einrichtung; der bilanzmäßige Wert für das Grundstück wurde mit 65 000 Mk. eingesetzt, also Gesamtbaukosten: 325 000 Mk., welche einstimmig bewilligt wurden. Die Mittel sollen den verfügbaren Beständen aus der Genossenschaftssparkasse entnommen werden. Man gedenkt, etwa sechs Fleischerläden, von den bisherigen Verkaufsstellen getrennt, zu errichten. Begründet wurde der Beschluß damit, daß die Schlächter auch bei den sinkenden Fleischpreisen ihre Preise hochhielten und daß durch die Errichtung der eigenen Schlächterei (es sind im letzten Jahre für 500 000 Mark Fleisch- und Wurstwaren umgesetzt) auch eine Preisregulierung für die Allgemeinheit eintreten werde.

Das ist ganz recht so. Angesichts des Bestrebens der Viehhändler und der Schlächter, die Konsumenten so lange wie möglich zu schröpfen, kann nur die Selbsthilfe wirken. Wie das Fleisch künstlich verteuert wird, zeigen die Vorgänge, die aus Offenbach und Frankfurt a. M. gemeldet werden. Dort kaufen die Viehhändler die Schweine zu außerordentlich günstigen Preisen auf. Um aber ihren Profit zu steigern, verringern sie künstlich den Auftrieb auf den Viehmärkten in Offenbach und Frankfurt, schieben vielmehr einen Teil des Viehs in andere Gegenden ab. So wird der Preis künstlich hochgehalten, weil das Angebot nicht der Nachfrage entspricht. Und wie in Offenbach und Frankfurt werden es die schlauen Viehhändler wohl noch anderswo machen. In Bremen machen es die Viehkommissionäre noch anders. Dort haben sie mit den Fleischerinnungsmeistern ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, dahingehend, daß die Viehkommissionäre sich verpflichten, Konsumvereinen und Warenhäusern kein Vieh oder Fleisch zu verkaufen, während sich die Schlächter verpflichteten, bis 1920 keine neuen Viehkommissionäre zu unterstützen. Also ein gegenseitiges Monopol, dazu bestimmt, die Konsumenten ordentlich zu scheren. Dieses Bündnis dürfte aber die Konsumvereine nicht anfechten. Denn die Konsumvereine, die eigene Fleischereien betreiben oder betreiben wollen, werden eben ihr Vieh direkt von den Viehzüchtern kaufen, denn diese wissen auch, daß sie dabei besser fahren. Erstens durch Ausschaltung des Zwischenhändlers und dann, daß sie stets bares Geld bekommen und keine Einbuße erleiden. Diese Mittelstandsretterei dürfte also auch ein Schlag ins Wasser sein.

Ein zutreffendes Urteil.

In der Deutschen Techniker-Zeitung veröffentlicht Regierungsassessor Dr. Cl. Heiß einen Artikel über „Die Konsumvereine", in dem er den Erdrosselungsmanieren der Behörden und der Mittelstandsretter scharf zusetzt und unter anderem schreibt, daß die Hamburger Großeinkaufsgenossenschaft der im Zentralverband angeschlossenen deutschen Arbeiterkonsumvereine, nach einem Aufwand von 14 000 Mk. allein für die Konzessionserteilung und nach jahrelangem, hartnäckigem Kampf ums Recht, eine allen Anforderungen der modernen Technik und Hygiene entsprechende Seifenfabrik als Großbetrieb errichtet hat, daß sie neben mehreren eigenen Großbäckereien drei eigne Zigarrenfabriken besitzt.

Diese Zahlen — so fährt der Artikelschreiber fort — sind aber keusch und schamhaft. Deshalb erzählen sie uns nichts davon, wie sie sich zu Riesensummen aufgetürmt haben unter einem ununterbrochenen Kampf gegen Unverstand, Dummheit, Neid und Bosheit. Man hat den Arbeitern gesagt: Helft euch selbst, spart, damit ihr nicht zu borgen braucht, sondern bar zahlen könnt und in Zeiten der Arbeitslosigkeit einen Notgroschen habt! Als sie nun hingingen und diesen weisen Rat trotz himmelhoher Schwierigkeiten in die Tat umzusetzen begannen, da kamen die Händler, die dem Gesetzgeber die Ohren über die schlimmen Mißstände der Borgwirtschaft vollzujammern nicht müde werden, und sagten: Seht die bösen Konsumvereine treiben blühende Geschäfte, sie nehmen uns die Kunden weg, benutzen ihre Ueberschüsse zur Förderung staats- und gesellschaftsfeindlicher Zwecke, und obendrein bezahlen sie weder Einkommen- noch Gewerbesteuer. Wir zahlen unsere Steuern nicht, damit unsere Beamten, die wir mit unseren Steuergroschen erhalten, die Konsumvereine als unbezahlte Ehrenbeamte leiten.

Was Wunder, daß man den Konsumvereinen den Verkauf ihrer guten und preiswerten Waren an Nichtmitglieder verbot, daß die Steuergesetzgebungen der Einzelstaaten die Finanzwissenschaft vergewaltigten, um da ein Gewerbe und ein Einkommen (der Jurist nennt alle solche Vergewaltigungen des gesunden Menschenverstandes Fiktionen) zu fingieren, wo weder Gewerbe, noch Einkommen, sondern nur Warenverteilung und Ueberschüsse der Verkaufspreise über die Einkaufspreise plus Betriebsspesen vorhanden sind. Man hetzte den Lagerhaltern Polizeispitzel auf den Hals, um sie zum Verkauf an Nichtmitglieder zu verleiten. Der eine Minister verbot seinen Angestellten, Arbeitern und Beamten, in der Verwaltung der Konsumvereine sich zu betätigen, der andere legte ihnen sogar nahe, aus den Konsumvereinen auszutreten, daß man es lieber sehe usw.

Zum Schluß ermahnt Dr. Heiß die Privatangestellten ernstlich, sich als organisierte Konsumenten zu betätigen:

Gegenwärtig, wo die Lohnempfänger, d. h. die Arbeiter und ganz besonders die mit sozialen Repräsentationspflichten belasteten Privatangestellten unter dem doppelten Druck der bis zu einer als allgemeinen Kalamität empfundenen Teuerung und der wirtschaftlichen Depression leiden, die allgemeinen Gehaltserhöhungen aussichtlos erscheinen, wohl aber Stellenlosigkeit befürchten lassen, ist eine lebhafte Tätigkeit für die Konsumvereine am Platze.

Große Konsumvereine in der Provinz.

Die Konsumvereine im Bezirk des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine haben im letzten Jahre trotz der wirtschaftlichen Krise einen allgemeinen Fortschritt zu verzeichnen. Der Allgemeine Konsumverein Bernburg ist in diesem Jahre in die Reihe der Millionenvereine eingetreten, während die Vereine in Halle-Trotha und Quedlinburg zum erstenmal die erste halbe Million überschritten haben. Die Umsätze der einzelnen Vereine, die über eine halbe Million Mark Umsatz haben, sind folgende:

	1912	1913
Magdeburg	4 258 467 Mk.	5 403 088 Mk.
Halle	3 664 133 „	3 749 515 „
Dessau	1 535 494 „	1 662 137 „
Bernburg	888 449 „	1 222 700 „
Aschersleben	766 871 „	838 452 „
Merseburg	753 486 „	789 685 „
Eilenburg	727 469 „	544 156 „
Ammendorf	639 253 „	669 161 „
Halberstadt	545 530 „	564 088 „
Holzweißig	406 364 „	611 928 „
Halle-Trotha	447 224 „	516 403 „
Quedlinburg	432 604 „	511 316 „

Bei dem Konsumverein Eilenburg kommt im Jahre 1913 nur ein Geschäftsjahr von 9 Monaten in Betracht, während dasselbe beim Konsumverein Holzweißig im Jahre 1912 der Fall ist. Somit haben alle angeführten Vereine gute Mehrumsätze zu verzeichnen. Dasselbe Resultat, welches sich hier bei den größeren Vereinen ergibt, zeigen auch die mittleren und kleinen Vereine, so daß, wenn die Gesamtaufstellung erfolgt sein wird, wir in jeder Beziehung eine weitere Vorwärtsentwicklung konstatieren können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140225-19/fragment/page=0010